

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando.
Dritteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Verord-
nungen 50 Pf., für Anzeigen 60 Pf.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1500.
Telegraphisch: Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. Januar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Milizidee und der Boerenkrieg.

B. K. Noch niemals haben wir das „Militär-
Wochenblatt“ mit so viel Vergnügen gelesen, als seit
dem Beginn des Boerenkriegs. Unbewußt liefert hier die
genannte halboffizielle militärische Fachzeitung ganze Wagen-
ladungen Material für die Anhänger möglichst kurzer Präsenz-
zeit, vor allem der Miliz, für die Gegner des preussischen
Drills, für alle jene, die der Meinung sind, daß in unseren
Kasernen die überflüssigsten Dinge, die die Präsenzzeit nur
unnützlich verlängern, getrieben werden. Die Sache ist nament-
lich für die Socialdemokratie und auch in Anbetracht der
wieder auftauchenden Körperleiden an der zweijährigen Dienst-
zeit von so großer Wichtigkeit, daß es sich wohl lohnt,
darauf einzugehen.

Die gewöhnlichen Vorwürfe, die gegen Milizen erhoben
werden, bestehen im Mangel an Fähigkeit und Geübtheit der
Führer, Mangel an Disziplin, Ausdauer und moralischer
Widerstandskraft der Truppen, wodurch wieder die Ausführung
der strategischen und taktischen Bewegungen leiden soll, und
endlich in geringer Fertigkeit in der Handhabung der Waffen.
Alle diese Einwürfe werden nun durch die Aeusserungen des
„Militär-Wochenblatts“ über die Boeren-Armee, die be-
kanntlich auch nur eine Miliz ist, schlagend widerlegt.

Was zunächst die Strategie und die Taktik
der Boerenführer anbelangt, so finden sie beide von Anfang
an die Anerkennung des „Militär-Wochenblatts“, die sich im
Fortschreiten des Kriegs zur hellodornen, enthusiastischen
Verwunderung steigert. In Nr. 98 der genannten Zeitung
finden wir hinsichtlich der Vereinigung der Transvaal- und
Freistaatboeren auf dem östlichen Kriegsschauplatz folgendes
Urteil:

„Unter den schwierigsten, durch die Ausdehnung der
ursprünglichen Stellung und die Unwegsamkeit des Geländes ge-
schaffenen Verhältnisse hatte Joubert in konzentrischen,
hauptsächlich den linken Boerenflügel stark beanspruchenden Vor-
märschen im allgemeinen die Vereinigung mit den Orange-
boeren und die Umfassung der feindlichen Stellung
bewirkt.“

Und bezüglich des Gefechts bei Glencoe lesen wir:
„Während hier mit Aufbietung aller (englischen) Kräfte um
eine Vorpostenstellung des Feindes gerungen wurde, schob Joubert
unbeirrt und zielbewußt seine Hauptcorps vorwärts,
gewann verschiedene die Isolierung Glencoes bewirkende
Stellungen, sowie die unmittelbare Fühlung mit dem rechten
Flügel und durchschritt bis zum Abend die Verbindung
zwischen Glencoe und Badmitch, die Einschließung des
ersten Ortes vollkommen, jene von Badmitch größtent-
teils bewirkend.“

Die in den obigen Citaten ausgesprochene Anerkennung
ist gewiß warm, sie wird aber noch weit übertroffen von dem
glänzenden Lob, das wir in der übernächsten Nummer 101
finden. Da heißt es:

„Wenn man die Operationen der Boeren und ihre taktischen
Leistungen während der bisher geschilderten Anfangsperiode des
südafrikanischen Krieges und hauptsächlich bei der Unter-
nehmung gegen Natal betrachtet, so kann man weder
ihrer Führung noch der Gesamtheit ihrer kriegerischen
Scharen die berechnete Bewunderung und
das Zeugnis eines selten hohen Grades von
Disciplin, vollen Verständnisses für die Absichten der
vorrückenden höheren Führung, zielbewußter, nur
auf Vegetierung, Ausdauer und williger Ertragung
großer Strapazen sich aufbauender Verfolgung ihrer
Ziele und der Bewahrung hoher militärischer Tugenden
bei der Kraftabmessung mit dem Feinde verweigern. Die
Aufgabe, welche sich General Joubert gestellt hatte, einheitlich
und gleichzeitig mit allen verfügbaren Kräften vor den
englischen Stellungen anzulassen und nahe vor der Front der
Engländer die Vereinigung der bisher auf weiten Räumen
getrennt stehenden Heereskräfte des Orange- und Transvaal-Staats
zu betheiligen, stellt an die Führung und die Truppe so
hohe Anforderungen, daß die neuere Kriegsgeschichte
den Beleg hierfür nicht vermag, wenn sie Beispiele des
teilweisen oder gänzlichen Mißlingens dieser Operation
selbst bei festgelegten und organisierten
Heereskörpern europäischer Armeen zeigt, welche — wenigstens
was das Gelände betrifft — nicht mit gleichen Schwierigkeiten zu
rechnen hatten wie der Vormarsch der Boeren. Daß die Schwierig-
keit dieser Operation in einzelnen vorübergehenden oder stellen-
weisen Mißerfolgen der Boeren bei den ersten taktischen Verän-
derungen mit dem Feinde nachwirkte, haben allerdings die Gefechte
zwischen 20. und 24. Oktober gezeigt. Gerade dadurch aber wird
die Schwierigkeit der von Joubert eingeleiteten Operation
in das richtige Licht gestellt, wie andererseits auch der taktische
Gesamterfolg, den die Boeren aus jenen Gefechten unter Verwendung
außerordentlich anerkannter kriegerischer Eigen-
schaften zogen, den Beweis dafür liefert, daß der auf der Grundlage
zutreffender Berechnung und richtiger Beurteilung
der Verhältnisse aufgebaute Plan auch unter
Frictionen mit voller Energie aufrecht er-
halten und folgerichtig durchgeführt wurde bis
zum gesteckten Ziele — der engen Einschließung der englischen
Streitkräfte in Ladysmith.“

Bezüglich des bedeutungsvollsten Ereignisses der folgenden
Kriegsperiode, der Schlacht am Tugelafluß, lesen wir in Nr. 101,
nachdem die Stellung der Boeren kurz dargelegt ist:

„Diese Gruppierung der Boerenkräfte, welche sich als das
wohlüberdachte Ergebnis des seiner Zeit auf englischer
Seite mit so freudiger und zuverlässiger Stimmung begründeten
Rückzuges Jouberts von Wessien und Ecurat darstellt, verdient
die höchste Beachtung, weil sie die Erklärung
dieser damals so allgemein befremdenden Operation

bringt und das große Verständnis der Boeren-
führung für Ausnutzung der Geländeverhältnisse auch
in strategischem Sinne zeigt. Man kann nach der
heutigen Klärung der Lage behaupten, daß der damalige Rückzug
der Boeren keinen andern Zweck hatte, als die Engländer zu
einer Verfolgung in nördlicher Richtung zu verlocken, im Verlaufe
welcher sie an der starken Verteidigungslinie am Tugela auf-
gehalten, gleichzeitig aber von Weenen und Springfield auf
beiden Flügeln umfaßt werden sollten.“

Eben solches Lob wie der Strategie wird der Taktik
der Boeren gezollt. Nr. 107 des „Militär-Wochenblatts“ sagt
über sie u. a. folgendes:

„Die Boeren rücken nie vor, bevor sie die Verbindung
mit den Nebenschlachten, die Rückzugslinie gesichert, die rück-
wärtsliegenden Flügelübergänge und Eisenbahn-Knotenpunkte
in starke Verteidigungsstellungen verwandelt und sich aller
beherrschenden Höhen ihres Operationsgebietes bemächtigt haben.
Sorgfältigste Prüfung und Abwägung aller
Eventualitäten, weitgehende Vorsichtsmaß-
regeln zur Abwägung von Rückschlägen und
selbstverleugnende Ausdauer und Fähigkeit in
der praktischen Durchführung eines einmal
gesteckten Planes kennzeichnen alle ihre Maß-
nahmen.“

Nun ist es zwar von vornherein klar, daß solche
mustergültige Strategie und Taktik nur mit Musterfeldaten
möglich sind, daß also auch die Mannschaften der Boeren in
jeder Hinsicht vorzüglich sein müssen, aber wir wollen doch auch
in dieser Beziehung dem „Militär-Wochenblatt“ das Wort
erteilen. In Nr. 3 des neuen Jahrgangs charakterisiert es
die Boerentruppen wie folgt:

„Mit anerkannter Wertung Schmiegsamkeit ihre
Verhalten den wechselnden Geländeverhältnissen und den Schwächen
des Gegners anpassend, zeigen sich die Boeren ebenso verläßlich
in der Ausführung der ihnen durch den Operationsplan und die
Befehle der Führung aufgetragenen Bewegungen wie ge-
wandt in der Verwertung ihrer Waffen und der
selbständigen Ausnutzung des Geländes, sei es
zum eignen Schutz oder zur Erhöhung der Waffengewalt. Das
Zurückziehen der Artillerie in Momenten, wo die stärkere Spreng-
wirkung englischer Geschosse verhängnisvoll zu werden droht, das
Wiedereintreten derselben in entscheidenden Momenten des Kampfes,
die geschickte Anlage von Schützengraben, welche in
ihrer von den Bajonetts übernommenen Form und durch
ihre Maschierung sich der feindlichen Feuerwirkung ebenso zu entziehen
wie die eigene Feuerwirkung zu steigern geeignet sind,
die Beweglichkeit der Boeren in einem Gelände, wo die
englischen Truppen völlig verriegen, die Vermeidung eines die
eigene Stellung verletzenden und Gegenmaßnahmen des Feindes
ermöglichenden Feueres, kaltblättrige Zurückhaltung
auch des Infanteriefeuers, bis der sorglos vorrückende Gegner sich
seiner vernichtenden Wirkung nicht mehr entziehen kann: Alle diese
in der Schlacht am Tugelafluß in die Erscheinung getretenen
Momente beweisen, daß die Boeren mit großem Scharfsinn und
richtiger Abwägung von Ursache und Wirkung aus dem bisher mit
ihrem Gegner, seiner Kampfesweise und seiner Bewaffnung ge-
macht Erfahrungen die zutreffende Anwendung ableiten.
Sie bekunden aber auch einen solchen Grad von natürlicher
Fähigkeit, Schlaubeit und Selbstdisziplin, daß in dem
Kampfe mit ihnen nur ein Gegner Aussicht auf Erfolg haben
kann, dem entweder eine entscheidende Ueberlegenheit oder ein
höheres Maß jener Eigenschaften zur Verfügung steht.“

Damit schließen wir die Reihe unserer Citate und werfen
zugleich folgende Fragen auf: Lieben die Boeren auch stunden-
lang Garnisonswachtdienst wie die deutschen Truppen, üben
sie auch stundenlange Gewehrgriffe, Paradezüge und Rich-
tungen nach rechts, links, nach Rotten und nach Points? Hören
sie auch stundenlange Theorie über Ehrenbezeugungen,
Ballistik, Garnisonswachtdienst? Ist es bei ihnen auch ein
kleines Verbrechen, wenn einmal ein Mann einen Fuß zu weit
nach auswärts oder einwärts setzt? Kaum! Wenn aber
eine Armee, die alle diese deutschen Specialitäten nicht kennt,
strategisch, taktisch, sowie hinsichtlich der Disziplin und
Leistungsfähigkeit ihrer Truppen sich als mustergerichtet erweist,
so ist doch sonnenklar bewiesen, daß alle diese angeblich
unentbehrlichen Specialitäten überflüssig sind, daß sie die
Bedeutung, die ihnen zugeschrieben wird, absolut nicht haben
können.

Die fanatischen Anhänger des preussischen Militärsystems
werden uns wahrscheinlich „die veränderten Verhältnisse“, die
im Boerenkrieg herrschen und einen Vergleich mit europäischen
Feldzügen und Heeren verbieten sollen, entgegenhalten. Dies
ist aber vollkommen falsch. Man kann von veränderten Ver-
hältnissen wohl bei Kämpfen gegen geschlossenen anrückende
Derwische, bei Kämpfen gegen Wilde inmitten mannshoher
Grassteppen und undurchdringlicher Urwälder sprechen,
nicht aber beim südafrikanischen Krieg, wo beide Armeen
civilisiert und mit den modernsten Waffen ausgerüstet sind
und auch das Terrain des Kriegsschauplatzes europäischer
Natur ist. Der einzige thatsächlich vorhandene Unterschied
besteht in der Zahl der Kombattanten. Aber was will der-
selbe für unsere Erörterungen bedeuten? Zweifellos nichts?
Wenn ich fünfzigtausend Mann nach einer bestimmten Methode
vorzüglich ausbilden kann, so kann ich auch 400 000 Mann
und mehr nach derselben Art zu tüchtigen Soldaten erziehen.
Oder glaubt wirklich jemand, daß die Boerentruppen weniger
leisteten würden, sofern sie fünfmal stärker wären? Glaubte
wirklich jemand, daß sie ihre Siege nur in Südafrika errichten
können, aber etliche Drettengrade nördlich versagen würden?
Kein vernünftiger Mensch wird diese Fragen mit ja beant-
worten und daher bestehen unsere Schlussfolgerungen aus dem
Boerenkriege vollkommen zu Recht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar.

Der Reichstag.

erledigte am Mittwoch sehr rasch die zur Diskussion stehenden
Teile des Etats, und nahm schon vor 2 Uhr die Debatte
über die Anträge (unfren und den fortschrittlichen) zum Erlaß
eines Reichs-Vergesetzes wieder auf. Natürlich
glänzte der Bundesrat und die Reichsregierung durch Ab-
wesenheit. Dieses — nachgerade als Gewohnheits-Unfug sich
charakterisierende Gebahren ist nach zwei Richtungen hin be-
deutend und kennzeichnend. Es offenbart einerseits die
wahren Gefühle der Reichsregierung für wirkliche Social-
reform und bekundet andererseits eine beleidigende Nichtachtung
des Reichstags. Unser Genosse Sachse rügte im
Lauf der Debatte diesen Unfug mit scharfen Worten.
Eröffnete wurde die Debatte durch eine längere Rede des
Genossen Thiele, der namentlich die Zustände in den
Mansfelder Silberbergwerken an das Licht zog. Es
war im besonderen dasselbe Gemälde, wie hoch es bei Be-
gründung unseres Antrages im allgemeinen entrollt hat.
Rechtlosigkeit, Ausbeutung, Rohheit, Erziehung zur Rohheit, die
Bestimmungen des Arbeiterschutzes mit Füßen getreten, —
überall das gleiche Bild. Vergebens bemühten sich die Ab-
geordneten Franken (natl.), Hilka (natl.), Krendl
(freikonservativer Abgeordneter für Silberwährung und die
Mansfelder Silberbergwerke), die Ausführungen Thieles zu
entkräften. Dieser hielt siegreich alles aufrecht, und fand
kräftige Unterstützung bei dem Centrums- Abgeordneten
Dassbach, der die Zustände im deutschen Bergbau aus
eigener Anschauung genau kennt, und der in allen wesent-
lichen Punkten ndas heute von Genossen Thiele, und in früheren
Sitzungen von Genosse Sachse Vorgebrachte für richtig er-
klärte. Zu längerer Rede nahm dann noch Genosse Sachse
das Wort, und sagte das früher von ihm Gesagte
zusammen, ergänzte es, berichtete einige Zeitungen,
die ihm unterlaufen waren und ging mit den Grubenbesitzern
und Grubenleitern, speziell mit Herrn Hilka unbarmherzig
ins Gericht; Herr Hilka wußte gegen die vielen, wohl
substantiierten Angaben über die Zustände in seinen —
Hilka — Gruben nichts Besseres zu sagen als: „wenn ich
nicht alles widerlege, so ist damit nicht gesagt, daß ich es als
richtig anerkenne.“ Da Herr Hilka gar nichts widerlegt
hat, so wäre es entschieden klüger gewesen, er hätte ganz
geschwiegen.

Die Ausführungen unserer Redner waren so wichtig und
eindrucksvoll, daß das Haus mit großer Mehrheit, ja beinahe
einstimmig den Antrag auf Erlaß eines Reichs-Vergesetzes
annahm. Warten wir nun ab, was die Reichsregierung
ihm und nicht ihm wird.

Morgen: lex Heinze — Gesetz zur staatlich patentierten
Zitlikheit. —

Ein neues Ausnahmegesetz.

Die zweite Lesung des landwirtschaftlichen Etats, die am
Mittwoch im Abgeordnetenhaus begann, gab den
Agrariern aller Schattierungen wieder einmal Gelegenheit,
ihre bekannten Klagen über anzustimmen. Der konservative
Ober-Agrarier v. Mendel-Steinfeld, der Führer des
Bundes der Landwirte Hr. v. Wangerheim, die
Centrumsagrarien Schmich und Hr. v. Eynatten, der
nationalliberale Agrarier v. Sanden — sie alle sind sich
darüber einig, daß die Regierung noch lange nicht genug für
die Landwirtschaft gethan hat. Insbesondere wurde die alte
Forderung der Verstrafung des Kontraktbruchs landwirt-
schaftlicher Arbeiter mit erneutem Eifer erhoben. Abg.
v. Mendel verlangte den Erlaß eines Gesetzes, wie es kürz-
lich in Anhalt beschlossen ist, wonach der Kontraktbruch unter
Strafe gestellt wird. Dasselbe verlangte Herr v. Wangerheim,
nach dessen Meinung in letzter Zeit für seinen Stand so viel
geschehen ist, wie für die Arbeiter. In welcher Richtung die
Agrarier sich die härtere Verstrafung des Kontraktbruchs denken,
geht aus den Verhandlungen über den Antrag Gamp aus
der vorigen Session hervor. Damals traten fast alle Mit-
glieder des Abgeordnetenhauses für eine kriminelle
Abhandlung des Kontraktbruchs, also für ein Aus-
nahmegesetz gegen ländliche Arbeiter ein. Die
Regierung hat die damaligen Wünsche ihrer agrarischen
Freunde mit Andacht vernommen und der Landwirtschafts-
Minister Hr. v. Hammerstein konnte nunmehr die
strobe Botschaft verkünden, daß die Vorarbeiten für einen
Gesetzentwurf im Sinne des Antrags Gamp zur
Steuerung der Pentenot durch Erschwerung des Kon-
traktbruchs bereits im Gange seien. Vielleicht schon im
nächsten Monat werde sich das Haus mit dieser Vorlage
beschäftigen können.

Damit ist eine Art Ruchthausvorlage für die land-
wirtschaftliche Arbeiterchaft Preußens in sichere Aussicht ge-
stellt. Anstatt die landwirtschaftlichen Arbeiter aus der Recht-
losigkeit, in der sie gefesselt sind, zu befreien und sie wenigstens
mit den industriellen Arbeitern gleichzustellen, geht die
preussische Regierung auf Geheiß des übermütig drängenden
Agrariertums daran, die preussischen Landarbeiter durch neue
schmählische Ausnahmegesetze vollends zu entrechtchen.

Die weiteren Wünsche der Agrarier betrafen das Fleis-
schausgesetz, das angeblich den Beschlüssen des Abgeord-

nefenhause nicht entspricht und das auch nach Ansicht des Ministers nicht ausreichend ist. Ferner forderten sie die Regierung auf, beim Abschluss der neuen Handelsverträge in höherem Maße für die Landwirtschaft einzutreten und überhaupt dem Reiche gegenüber größere Energie an den Tag zu legen. Als ob Preußen nicht auch schon im Bundesrat die Kleinstaaten majorisierte!

Zur Einschränkung des Volksschul-Unterrichts und Verkümmern der Freizügigkeit sprach sich in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre Freiherr v. Eynatten aus. Der einzige Redner, der die agrarische Annahme zurückwies, war Abg. Dr. Girsch, der die Abschaffung aller Ausnahmegerichte gegen die ländlichen Arbeiter empfahl und unter Gelächter der Agrarier die Anstellung von landwirtschaftlichen Inspektoren nach Art der Fabrikinspektoren anregte.

Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt. —

### Monarchische Justiz.

Die Debatten des Reichstags über den Reichs-Justizetat haben wieder einmal erschreckende Proben davon geliefert, wie sehr sich das Rechtsgefühl der herrschenden Klassen abstumpft. Die Justizpflege soll einfach eine Waffe sein, womit der Klassenkampf des Proletariats niedergeschlagen wird, und je brutaler diese Waffe gehandhabt wird, um so besser. In diesem Sinn perorirte namentlich der agrarische Hauptling Dertel, indem er ausführte, das Königtum sei Quell und Grund und Fundament aller Ordnung, und somit auch aller Gerechtigkeit, und das müsse der Richter berücksichtigen, der im Namen des Königs Recht spreche. Die Richtigkeit dieses Dertelschen Satzes prüft die „Leipz. Volksztg.“ an einem Beispiel, indem sie einen Justizmord aus der Zeit Friedrich Wilhelms I. mitteilt, und zwar vollkommen richtig, nur mit nicht ganz unansehnlicher Quellenangabe. Sie beruft sich auf den Baron von Seld, der dies Beispiel als eine Erinnerung seines Großvaters erzählte, so daß es den Anschein gewinnen könnte, als handle es sich nur um ein Anekdotchen vom Hörensagen, die Sache ist aber vollkommen altentwählig; der Professor Stenzel erzählt sie in seiner Geschichte des Preussischen Staats so: „Als die Handwerksburden zur Beschleunigung des Turmbaus der Petricirche auch während des sogenannten blauen Montags arbeiten sollten und sich dessen weigerten, kam es zum Aufstande, wobei mehrere verletzt wurden. Der General Glasenapp als Kommandant von Berlin berichtete das an den König und fragte an, was er mit den Gefangenen thun solle. Der König schrieb wie gewöhnlich mit seiner sehr unfehlbaren Hand auf den Bericht sogleich den Bescheid, von dem Glasenapp weiter nichts entziffern konnte, als: „Nadel anheften, ehe ich komme“. Er wurde am folgenden Morgen um zehn Uhr erwartet. Niemand konnte den räthselhaften Befehl erklären, bis man sich entsann, daß ein übrigens in diese Angelegenheit gar nicht verwickelter Offizier der Garnison Nadel hefte. Glasenapp ließ diesen eingehen und zum Tode vorbereiten. Glücklicherweise kam ganz kurz vor der Vollstreckung der Kammersekretär Marschall an und erklärte, daß der König Nadelstiche gemeint habe. Glasenapp ließ erfreut den Lieutenant Nadel los und sogleich einen der Gefangenen aufheben, dessen rote Haare ihn als Nadelsticher zu bezeichnen schienen.“ Unmittelbar darauf, fährt Stenzel fort: „Die fürchterlichsten Exekutionen, außer dem Hängen und Köpfen, das Häckern von Lutten auf, das Aufradtschneiden, mit glühenden Zangen kneten und Zunge ausstechen rissen nicht ab in Berlin, die Gefängnisse und die Festung Spandau wurden nicht leer.“ Und Stenzel weist an einer Reihe schauerregender Beispiele nach, daß alle die fürchterlichen Exekutionen rein nach den Launen des Königs verhängt wurden. Um diesem permanenten Justizmorde zu steuern, versuchten die Gerichte, die dem Könige vorzulegenden Urteile nach Möglichkeit zu mäßigen und dadurch, wenn sie dann auch von ihm geändert wurden, immer noch im Geleise wahrer Gerechtigkeit zu bleiben.“ Aber damit kamen sie bei dem argwöhnischen Despoten schlecht an. Stenzel erzählt, daß der König ein Richterkollegium, das ein ihm mißfälliges Urteil gefällt hatte, vor sich geladen und, mit dem Stod in der Faust, gefragt habe: Ihr Schurken, warum habt ihr so erkannt? Als sich nun einige von ihnen wegen des gefällten Urteils rechtfertigen wollten, verlor der eine durch den Stod des Königs ein paar Zähne, die andern aber mußten mit blutigen Köpfen zur Thür greifen, und die Treppe, bis zu welcher der König sie verfolgte, hinunter eilen.“ So erreichte die „monarchische Justiz“, daß jeder Widerspruch gegen ihr blutdürstiges Wüten verstimmt.

Die „monarchische Justiz“, denn in ihrem Wesen wurzeln diese Schenkschleiten und nicht etwa nur in dem ja freilich ähnerst grausamen und rohen Charakter Friedrich Wilhelms I. Das zeigte sich, als sein Nachfolger, der sogenannte „große“ Friedrich, die preussische Justiz reformieren wollte, aber da er an dem Grundfeste festhielt, daß die Monarchie Quell und Grund und Fundament der Gerechtigkeit sei, auch nicht hinweg kam über die systematischen Justizmorde und das Zertrüßeln der Richter, die zwar gerechte, aber ihm mißfällige Urteile gefällt hatten. In den alten, preussischen Historiken, die noch nicht vom Apfel der Erkenntnis gegessen haben, findet sich darüber ein reichliches Material.

Wie von einem Alp erlöst, atmete die Bevölkerung des preussischen Staats auf, als der 18. März 1848, der deshalb allein schon als glorreicher Befreiungstag gefeiert werden sollte, sie von der „monarchischen Justiz“ befreite, und der Schrei der Sehnsucht, den der Abgeordnete Dertel nach ihren Justizmorden ausstieß, zeigt mit dankenswerter Klarheit, was die Vorkämpfer von der agrarischen Reaktion zu erwarten haben. —

### Bauarbeiterlohn.

Dem wiederholten Drängen von sozialdemokratischer Seite nachgehend, teilt jetzt Herr v. Posadowsky dem Erfolg seines Rundschreibens an die Bundesregierungen vom 30. Juni 1898, betreffend den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Bauarbeiter, der Oeffentlichkeit mit. Nach Herrn v. Posadowskys Meinung hätten sich die von ihm gegebenen Anregungen „in weitem Umfange wirksam“ erwiesen. Zunächst sei durch Vermittlung des Reichs-Berufshörsamts bei den Bauberufsgenossenschaften auf eine Verbesserung des Aufsichtsdienstes zur Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften hingewirkt worden. Die preussische Regierung hat die Regierungspräsidenten angewiesen, nach Bedürfnis geeignete Verordnungen zu erlassen, was auch teilweise bereits geschehen sei.

Dann wird auf das unseren Lesern ja bekannte Vorgehen Bayerns und auf das in Beratung befindliche sächsische Baugesetz verwiesen, Baden und Württemberg werden gelegentlich prüfen, Hessen und Braunschweig haben Polizeiverordnungen erlassen, ebenso Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Neuh. a. L. in Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Neuh. v. L. und Schaumburg sollen „im Bedarfsfalle“ bei der Bauerkonvention geeignete Bedingungen gestellt werden, in Lübeck wird beraten, Hamburg habe schon entsprechende Vorschriften und in Elsass-Lothringen sind die Polizeibehörden zum Erlaß von Vorschriften angewiesen worden.

Ueber den Inhalt dieser vielen Vorschriften wird ebenso wenig mitgeteilt, wie über die Art der Fürsorge für ihre Beachtung. Damit wäre auch wenig Staat zu machen. Wir haben die meisten dieser Verordnungen mitgeteilt. Den berechtigten Wünschen der Bauarbeiter entsprechen sie nicht im entferntesten und die Ueberwachung ihrer Durchführung ist ohne Ausnahme den Polizeibeamten überlassen, die Nichtbeachtung mit geringen Geldstrafen bedroht. Eine einzige Ausnahme bildet Bayern, wo man bekanntlich Arbeitercontroleure anstellen will.

Was ist auch Besseres zu erwarten nach der famosen „Anregung“ der Reichsregierung, die sich die Mitwirkung praktisch erfahrener Bauarbeiter bei der Kontrolle so denkt, daß der Bauherr oder Unternehmer seinen Vorarbeiter mit der Aufsicht betraut und ihm die Verpflichtung auferlegt, die Durchführung der Schutzvorschriften zu überwachen und ihre Vernachlässigung anzuzeigen.

Daß ein solcher Vertrauensmann viel zu abhängig von seinem Unternehmer ist, um irgend etwas für die Arbeiter durchzusetzen, liegt auf der Hand. Der Unternehmer würde den unbehaglichen Arbeiter einfach entlassen. Wohl aber wäre dieser Vertrauensmann der Pöbeljunge, auf den der Unternehmer, wenn sich ein Bauunfall ereignet, alle Schuld abwälzen kann. Deshalb, würde in einem solchen Fall der Herr entsetzt fragen, hat der Vertrauensmann nicht seine „Pflicht“ erfüllt und für „Abhilfe“ gesorgt? Und zu solchen lächerlichen Mitteln sieht sich unsere offizielle Socialpolitik genötigt, weil „es an den erforderlichen Geldmitteln fehlt, um genügend zahlreiche Beamtenkräfte anzustellen und zu besolden“. Natürlich: Hunderte von Millionen müssen dem Militarismus und Marinismus geopfert werden. Da können selbstverständlich die wenigen tausend Paal zum Schutze des Lebens und der gesunden Glieder von ca. einer Million deutscher Arbeiter nicht etabliert werden. So steht die „moderne“ Socialpolitik aus. —

### Deutsches Reich.

#### Die Chancen der Flottenvorlage.

steigen. Auch der Reichstags-Justizkommission ist nicht mehr immun gegen den Flottenbacillus. Die Herren Schmidt (Eberfeld), Wintermeyer und Lenzmann sind eifrig bemüht, ihre Fraktionskollegen für die Flottenvorlage zu entzünden. Wir empfehlen dem Flottenverein, den Herren ein Ehren Diplom mit der Devise „Vollstampf voraus“ zu dedicieren. —

Die Kostendeckungsfrage wird jetzt von den Blättern der bürgerlichen Parteien, die das Alldentschum, wie es sich räuspert und spuckt, noch nicht genügend gelernt haben, zur Hauptfrage im Flottenstreit gemacht. Von einer principiell gegen den sich ungeheuerlich ausbreitenden Maximismus gerichteten Politik keine Spur mehr. Wenn man nur den Wählern sagen kann: Wir haben darauf gedrungen, daß Ihr nicht die ganze Rechnung bezahlen müßt — so glaubt man das höchste gekonnt zu haben.

Katzenfisch liegt uns nichts ferner als eine Unterschätzung der Deckungsfrage. Wir haben wiederholt betont, daß wir nicht nur die Verringerung der Anleihe, sondern die Aufbringung der Gesamtkosten für die neuen Schiffsvermehrungen durch die besitzenden Klassen als Mindestforderung einer bürgerlichen Partei ansehen, die das Interesse der Steuerzahler wahrnehmen will. Die Absicht, eine derartige Forderung aufzustellen, ist aber in den Blättern des Centrums, von dem die Entscheidung auch dieser Frage abhängt, nirgends zu erkennen. Wohl verwahrt sich die „Germania“ auch heute wieder gegen Aufnahme von Anleihen zum Bau neuer Panzerschiffe und die „Allnische Volkszeitung“ betont mit Recht, daß die Berechnungen der Regierung, die jetzt aus dem bevorstehenden Flottengesetz in die Oeffentlichkeit dringen, keinesfalls auf längere Jahre hinaus innegehalten werden könnten, wie ja auch die Kostenschätzung des jetzigen Flottengesetzes sich schon nach 1 1/2 Jahren als zu niedrig herausgestellt haben. Nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ wird zur Herstellung der von der Regierung — vorläufig! — geplanten Flotte nicht eine Verdopplung des bisherigen Marine-Etats, sondern jedenfalls seine Verdreifachung nötig werden.

Je gewaltiger aber die Summen sind, die aufgebracht werden müssen, wenn erst einmal mit Centrumsbeihilfe die Flottenverdopplung beschlossen würde, um so größer ist die Verpflichtung, nicht nur bei der Abwehr von Anleihen stehen zu bleiben, sondern alle aus der weiteren Flottenvermehrung erwachsenden Ausgaben auf die „starken Schultern“ zu legen. —

#### Schuldendrückende Arbeitspflichten.

Ein Dokument unerhörter Arbeiterkinderlei bildet die nachstehende Zuschrift der Gewerbe-Inspektion Altona an einen Unternehmer des Aufsichtsbezirks:

Herrn . . . . . Altona, 28. Juli 1898.

In der Nacht vom 21. zum 22. d. Mts. fand ich in Ihrem Betriebe Leute bei der Arbeit, welche mir sagten, daß sie von morgens 6 Uhr am 21. bis abends 6 Uhr am 22. also in 36stündiger Schicht arbeiteten und daß dies wöchentlich ein- bis zweimal vorkomme. Eine so weitgehende Ausnutzung der Arbeiter muß auf die Dauer Gesundheitsstörungen zur Folge haben und ist, auch wenn sie nur vereinzelt vorkommt, nicht unbedenklich.

Ich ersuche Sie daher ergebenst, wenn Sie künftig nachts arbeiten lassen wollen, für einen regelmäßigen Schichtwechsel Sorge zu tragen. Andernfalls würde ich mich genötigt sehen, ein polizeiliches Verbot der Nachtarbeit herbeizuführen.

Innerchrift.

Ausfällig ist, daß in der dem Reichstage zugegangenen Uebersicht über die Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten aus dem Bezirk Altona gar nichts mitgeteilt wird über das Vorkommen außerordentlich langer Arbeitszeiten. Aus verschiedenen andern Bezirken werden eine ganze Anzahl solcher Klagen verzeichnet und auch das Vorkommen 36stündiger Schichten in mehreren Fällen erwähnt.

Siehe! In aber dieser Mangel im Bericht doch nicht auffällig, wenn man die lebenswürdige Art berücksichtigt, mit der der Herr Gewerbeinspektor dem rücksichtslosen Unternehmer entgegentritt. Um den Unternehmern die Lust zu solcher Ueberausnutzung zu nehmen, ist schon ein härteres Zupacken nötig. Eine Bestrafung ist möglich, wohl aber ein polizeiliches Verbot derartig Arbeitspflichten auf Grund von §§ 120a und 120d der Gewerbe-Ordnung, und das sollte in solchen Fälle nicht erst für die Wiederholung angedroht, sondern sofort angeordnet werden.

Tientsin zahlt alles. Der Flottenverein zu Tientsin (Hafenstadt von Peking) und die Deutschen Tientsins haben an den Reichskanzler nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Das weitgehende Vorgehen in der Flottenfrage beunruhigt wir dankbar und vertrauensvoll. Der nationale Geist der Volksvertretung muß die Mittel bewilligen, die erforderlich sind, um der ewig jungen Schaffenskraft deutscher Arbeit durch eine achtunggebietende Flotte daheim und allüberall die Segnungen des Friedens zu sichern. Ein Steuerappell an uns Ueberseeer wird nicht verfallen!“

Die Ueberseeer in China wollen die Bagatelle des Flottengesetzes zahlen — das ist eine erfreuliche Lösung der unangenehmen Deckungsfrage. Doch man müde den Flottenbegeisterten von Tientsin nicht allzu viel zu, man lasse auch die Ueberseeer anderer Sonnenplätze an dem Zahlberggängen teilnehmen. Es soll genug sein, wenn die

Herren in China nur die Millinen für Kautschou aufbringen werden. —

Eine Krappen-Beratung. Eine sehr spähige Mimik leistet sich zur Zeit der Bundesrat der deutschen Regierung. Er vertritt nämlich mit Eifer und Hingebung den längst feststehenden Flottenplan, von dem zuerst die Industriellen, dann die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, hernach die Hofe und ganz zuletzt die eigentliche Regierung erfahren hatten. Erst gedachte man die Sache in einer Sitzung schnell zu erledigen, zumal Strupp's Offener Organ sehr richtig bemerkt hatte, daß sich Begeisterung nicht einpfeifen lasse, namentlich wenn sie nicht vorhanden ist. Dann aber überlegte man sich, solche Hast würde einen schlechten Eindruck machen und so setzte man sich höchst ernsthaft hin und beriet das fertige Geleis, an dem kein Bundesratsmitglied mehr etwas zu ändern hat. Der nun nicht überzogen ist, daß der Bundesrat die ausschlaggebende Instanz in der deutschen Begeisterung der Gegenwart bedeutet, der seitdem einem Mangel von Verantwortung, der in der Zeit der weltpolitischen Schwärmegeistererei einfach unanständig gesund ist! —

Der gesetzliche Achtstundentag für Bergarbeiter hat in Bayern ein kurzes Leben gehabt: In der ersten Lesung der Berggesetznovelle wurde er von der Kommission beschlossen und in der zweiten Lesung wurde er schon wieder beseitigt. Genosse Segig, der Antragsteller, konnte zur zweiten Lesung nicht anwesend sein und deshalb zeigte sich die Kommission den Wünschen der Regierung geneigter. Sie beschloß nun einen Achtstundentag ohne Ein- und Ausfahrt. Die Genehmigung zu achtstündiger Arbeitszeit wurde von 30 auf 52 Stimmen erhöht. — Genosse Segig wird nun seinen Antrag im Plenum wiederholen, die Aussichten für dessen Annahme sind aber unter diesen Umständen noch geringer geworden. —

Sekundärbahnvorlage. Dem preussischen Landtag ist die Sekundärbahnvorlage zugegangen. Laut § 1 des Entwurfs soll die Regierung ermächtigt werden, zu verwenden: a) zur Herstellung von Nebenbahnen und zur Beschaffung der für dieselben erforderlichen Betriebsmittel 32 513 000 M., b) zum Bau von Nebenbahnen 58 847 000, c) zur Beteiligung des Staates an den Bau einer Eisenbahn von Kreuzenbriegen nach Rastatt a. D. durch Ueberrahme von Aktien 4 000 000, d) zur Förderung des Baues von Nebenbahnen 20 000 000 M., im ganzen 115 860 000 M. Für einige der geplanten Linien ist wegen ihrer militärischen Bedeutung eine Beteiligung des Reichs an den Baukosten mit 80 Proz. bezw. 90 Proz. vorausgesetzt.

Die Herstellung der einzelnen Nebenbahnlinien ist wie bisher von einer angemessenen Beteiligung der Interessenten abhängig gemacht worden.

Die Forderung von 20 Millionen für den Bau von Nebenbahnen wird damit begründet, daß für die finanzielle Unterstützung von privaten und kommunalen Nebenbahn-Unternehmungen von der Staatsregierung bisher Fonds im Betrage von 29 Millionen Mark bewilligt worden sind, während die bewilligten, in Aussicht gestellten und in zahlensmäßig bestimmter Höhe beantragten Staatsunterstützungen auf 45 374 054 M. beziffert. Hiernach wäre die Bereitstellung von weiteren 16 374 054 M. erforderlich. Da jedoch eine lange Reihe von Anträgen auf Bewilligung weiterer Unterstützungen vorliegt oder zu erwarten steht, sucht die Staatsregierung um die Ermächtigung zur Verwendung einer Summe von 20 Millionen Mark nach. —

Eisenbahn-Tarif-Reform. Der preussische Eisenbahnminister plant, wie der „Deutschen Tagesztg.“ geschrieben wird, eine Reform der Eisenbahn-Personen-Tarife. Alle bisher bestehenden außerordentlichen Vergünstigungen, wie z. B. die verlängerte Gültigkeitsdauer der Müdfahrtskarten während der Sommerzeit usw., sollen in der nächsten Zeit aufgehoben werden. Weiter soll die Ausgabe von Sonntagsfahrkarten zu ermäßigter Preisen, die namentlich im Sommer vom Publikum stark demutigt wurden, sehr erheblich eingeschränkt werden. Die geplante Tarif-Reform soll dahin gehen, die Personen-Tarife um etwa 1/3 zu ermäßigen, dafür aber die Müdfahrtsarten ganz zu beseitigen. —

Tatwech von Lorenzen. Aus Kiel wird uns geschrieben: Ueber den famosen früheren Bekämpfer Theodor Lorenzen, den berühmten Schmachtkriegsverweigerer gegen die Socialdemokratie, sind in einer Gerichtsverhandlung am Dienstag dieser Woche recht interessante Dinge bekannt geworden. Derselbe hatte gegen einen früheren diensttunenden Bekämpfer der kaiserlichen Welt bei der Werldirection eine Denunziation eingereicht, daß derselbe in den Jahren 1894—98 gelegentlich für sich kleinere Arbeiten, wie Schlüssel, Pölselben usw. angefertigt habe. Der Betreffende wurde von der Welt seines Postens entlassen und hatte sich wegen Diebstahls kaiserlichen Eigentums zu verantworten. Das Ergebnis war Freisprechung. Ueber die Glaubwürdigkeit des Lorenzen vernommen, sagte ein Vaurat der kaiserlichen Welt aus, daß Lorenzen sich ihm gegenüber als unzuverlässig erwiesen habe. Bei einer Anwesenheit in seinem Bureau habe sich Lorenzen ihm gegenüber demüthig unverhalten, benommen, daß er ihm die Thür habe weisen müssen. Ein solches Benehmen ihm gegenüber habe er sich nur daraus erklären können, daß Lorenzen sich bei höherer Stelle infolge seiner gegen die Socialdemokratie gerichteten Propaganda geduldet glaubte.

Schließlich aber war es mit der Dedung doch zu Ende und man ließ ihn ziehen. Undank ist der Welt Lohn. —

#### Spionagejagd an der deutsch-französischen Grenze.

Aus Elsass-Lothringen wird uns geschrieben: Von der in unserm Grenzlande betriebenen Jagd auf Spionageverdächtige und ihren Erfolgen giebt eine Zuschrift Kunde, welche die kaiserliche Polizeidirection in Metz in Berichtungszwecken dieser Tage an ein Straßburger Blatt gerichtet hat. Danach wurden im Laufe der letzten vier Jahre aus dem Bereich der Polizeidirection Metz wegen vollendeten bezw. versuchten Vandalen durch das Reichsgericht in Leipzig verurteilt: der Kohlenhändler Hamme zu vier Jahren Zuchthaus, der ehemalige Rennerwerter Schmittlitz zu zehn Jahren Zuchthaus, der frühere Depot-Viceschiffelmeister Wehnede zu sechs Jahren drei Monaten Zuchthaus, der Schriftsteller Knister zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, der Bildhauer Steinlen zu 2 Jahren Zuchthaus, der Reisende Durand zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, endlich der Gärtner de God zu 6 Jahren Zuchthaus, im ganzen also sieben Personen zu insgesamt 34 Jahren 10 Monaten Zuchthaus. Weit größer ist aber die Zahl jener Opfer der Spionage, die von reichsständischen Polizei-Organen unter dem bloßen Verdachte der Spionage festgenommen wurden, nach längerer oder längerer Haft aber wieder freigelassen werden mußten, weil die gerichtliche Untersuchung keinerlei belastendes Material gegen sie zu Tage zu fördern vermochte. — Daß man jenseits der Grenze mit derselben Schärfe gegen Spionageverdächtige vorgeht, kann nicht verwundern. Erst dieser Tage erkannte das Appellgericht zu Nancy gegen den in Metz wohnhaft gewesenen Sprachlehrer Vidal, der vom Zuchtpolizeigericht in St. Mihiel zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, auf die vom Staatsanwalt eingeleitete Berufung auf eine Gesamtfrist von drei Jahren Gefängnis und 3000 Fr. Geldbuße. Vidal war bei den letzten großen Manövern an der Maas von den französischen Behörden unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden und soll wichtige, die französische Artillerie betreffende Schriftstücke an eine fremde Macht ausgeliefert haben. Er beteuerte jedoch in beiden Verhandlungen aufs nachdrücklichste seine völlige Unschuld. —

Dresden, 23. Jan. (Sig. Ver.) Landtag. In der zweiten Kammer wurde heute die von der Regierung vorgelegte Novelle zum Einkommensteuergesetz, deren wesentlichen Inhalt wir schon besprochen haben, beraten. Die Vorlage selbst ist unbedeutend, es kam bei der Gelegenheit aber zu einer interessanten allgemeinen finanzpolitischen Debatte, die vom Präsidenten, dem konservativen Führer Dr. Mehnert, demonstriert eingeleitet wurde. Die gekürzte Bilanz des Staats, an der speziell die Konservativen schuld sind, indem sie im vorigen Landtag die von der Regierung verlangte Steuerreform (Vermögenssteuer) rundweg ablehnten, scheint den Herren nun doch recht unbehagen zu

werden. Dr. Mehnert hielt eine Steuerrede zu Gunsten der armen Bevölkerung und er hatte dabei das Maß, daß ihm von keiner Seite geglaubt wurde. Er verlangte von der Regierung erneute Initiative zu einer Steuerreform, die aber die arme Bevölkerung nicht belasten dürfe. Denn gerade deswegen hätten die Konservativen im vorigen Landtage — die Vermögenssteuer abgelehnt. Was der Herr unter „milder bemittelt“ verstehen mag! Finanzminister v. Meydorf erklärte bittig, daß man von ihm doch vernünftigerweise nicht schon wieder eine Vorlage verlangen könne, nachdem eben erst eine solche, mit aller Sorgfalt von der Regierung ausgearbeitet, abgelehnt wurde. Mit andern Worten: Ganz und gar will die Regierung nicht Handlanger der Konservativen sein. Mit förmlicher Schadenfreude wurde Herr Mehnert seitens der Rationalisten, wenn auch recht höflich und diplomatisch, gesagt, daß man an die gute Absicht der Konservativen nicht eher glaube, als bis ihr Vollen von wegen den „harten Schultern“ in die That umgesetzt sei. Unser Genosse Frähdorf vollends sagte den Herren ohne große Umschweife unter Anklage der Situation direkt auf den Kopf, daß er an der christlichen Absicht der Konservativen zweifle. Er wies auch ganz richtig auf die Steuerpolitik der Konservativen im Reich und den Gemeinden hin. Jetzt käme man nun auf das, was die Sozialdemokraten von jeher wollen: Vermehrte Heranziehung der Reichen. Die Vorlage wurde zwei Deputationen unterworfen. — Bemerkenswert ist noch, daß man im außerordentlichen Etat 20 Millionen, im Eisenbahn-Etat 6 Millionen Mark durch Abstriche zu sparen gedenkt. —

**Grober Unfug im Himmel.** Gegen Redacteur Dr. Reinhold Geseke ist wegen einer in Nr. 43 des „Simplicissimus“ gebrachten Illustration „Im Himmel“ samt Text das gerichtliche Verfahren auf Grund des „Groben Unfug“-Paragraphen eingeleitet worden.

Das „Inkrimierte“ Bild ist eine ebenso drollige wie unschuldige Darstellung von Th. Th. Heine, auf der die Anstellung eines schlichten Weibes mit Engelsflügeln mit Stiff und Wort geschildert wurde. Offenbar gehören die Engel noch nicht zu den kirchlichen Einrichtungen und man hat statt zu dem lieben § 166 zu dem Nacht-alles-Paragraphen dem groben Unfug seine Zuflucht genommen. —

### „Spargroschen.“

Nach der letzten Veranlagung von Anfang 1896 waren in Preußen 6014 Personen, die ein Vermögen von mehr als 1 Million Mark hatten, gegen 5440 im Jahre 1897 und 5212 im Jahre 1898. Die Zahl der Millionäre hat in den letzten zwei Jahren also um 574 oder 15,5 Proz. zugenommen. Von ihnen haben 3905 (1897: 3549) ein Vermögen von über ein bis zwei Millionen, 1630 (1461) ein solches von über 2 bis 5 Millionen, 348 (315) ein solches von 5 bis 10 Millionen, 67 (61) von 10 bis 15 Millionen, 36 (31) von 15 bis 20 Millionen, 11 (9) von 20 bis 25 Millionen, 6 (5) von 25 bis 30 Millionen und 11 (6) von mehr als 30 Millionen. Von allen Millionären wohnen 4767 (3977) in den Städten und 1740 (1543) auf dem Lande. Unter den zehnfachen Millionen befinden sich 94 (81) in den Städten und 37 (36) auf dem Lande. Von den reichsten 11 Personen mit über 30 Millionen Mark Vermögen wohnen 4 in Schlesien, je 2 in Oesterreich und in Rheinland, 1 in Westfalen und 2 in Berlin. Im ganzen zählt Berlin 1306 Millionäre gegen 1221 im Jahre 1897, so daß ihre Zahl um 85 oder 7 Proz., mithin verhältnismäßig noch nicht halb so stark wie im ganzen Staat zugenommen hat. In Reg.-Bez. Potsdam, wozu die Vororte von Berlin gehören, sind 136 Millionäre vorhanden gegen 109 im Jahre 1897, so daß hier eine Zunahme von 23 Proz. stattgefunden hat. Von den Berliner Millionären haben 830 (772) 1 bis 2 Millionen, 367 (339) 2 bis 5, 72 (86) 5 bis 10, 16 (16) 10 bis 15, 14 (12) 15 bis 20, 3 (2) 20 bis 25, 2 (4) 25 bis 30, 2 (0) über 30 Millionen Mark. Stark vertreten sind die Millionäre außerdem noch in den Regierungsbezirken Breslau, Magdeburg, Wiesbaden, Düsseldorf und Köln. Unter allen Millionären sind 23 (im Jahr 1897 22) vorhanden, die ein Einkommen von noch nicht 3000 Mark haben. Es sind dies vornehmlich wohl Besitzer von Poststellen, Vorortlandwirten u. dergl.; von ihnen fallen 3 (6) auf Berlin und 5 (6) auf den Regierungsbezirk Potsdam. Während die Zahl der Millionäre sowohl absolut als relativ gestiegen ist, sind die kleinen Kapitalisten, die ein Vermögen von 6000—20 000 M. besitzen, wohl absolut — entsprechend der Zunahme der Bevölkerung — gestiegen, relativ aber hat sich ihre Zahl vermindert. 1899 zählte man 507 123, zwei Jahre vorher 581 212 in diese Kategorie einfallende Personen; auf je 100 aller Personen kamen jedoch 1899 nur 48,87, zwei Jahre vorher 49,26 solcher mit einem Vermögen von 6000—20 000 M.

Von hoher Wichtigkeit für die Beurteilung der Konzentration des Kapitals ist die Frage, wieviel das Vermögen der einzelnen Gruppen von Personen beträgt. Da ergibt sich das Resultat, daß die sämtlichen Gruppen der Personen mit einem Vermögen bis zu 200 000 M. mit ihren Anteilsgewinnern von dem Gesamtvermögen der Steuer zurückbleiben, während die Vermögen von mehr als 200 000 M. hierfür darauf beteiligt sind. Die Vermögen über 500 000 M. bringen 33,19 (im Vorjahre 31,81), die kleineren unter 32 000 M. 16,60 (im Vorjahre 16,61) und die mittleren 508,2 (im Vorjahre 51,58) Prozent des Steuerfolls auf. Am härtesten sind die Vermögen über 2 Millionen angewachsen, sie haben sich von 14,24 auf 15,17 Proz. vermehrt. Die mehr als zweifachen Millionen bringen 5,1 Millionen Steuern gegen 4,5 Millionen im Vorjahre auf. Diese amtlichen Daten beweisen von neuem die Wichtigkeit der von der Sozialdemokratie stets vertretenen Anschauung, daß die Konzentration des Kapitals in immer schnellerer Weise vor sich geht. —

### Ausland.

#### Verbanung der Gefangenen von Montjuich?

Ins Madrid wird berichtet: Die Königin habe den Wunsch ausgedrückt, den Namenstag des Königs durch einen Gnadenakt zu feiern und der Ministerrat habe darauf beschlossen, die Strafe der anarchistischen Gefangenen von Montjuich in Verbannung umzuwandeln.

Auf diese Weise will man offenbar der weiteren Erörterung der skandalösen Vorgänge in den spanischen Gefängnissen aus dem Wege gehen. Darauf deutet auch die Thatsache hin, daß die Regierung vor wenigen Tagen eine Revision des Montjuich-Prozesses abgelehnt.

Der Prozeß kommt, wie wir einer zusammenfassenden Madrider Korrespondenz der „Post“ entnehmen, aus dem Jahre 1895, in dem in Barcelona auf eine Prozedur eine Dynamitbombe geschleudert wurde, die eine große Anzahl von Leuten tötete und verwundete. Infolge dieses Anschlages wurden etwa 100 Anarchisten verhaftet und gerichtlich belangt; 5 wurden standrechtlich erschossen und etwa 20 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Als der erste Eindruck, den dieser schreckliche Vorfall verursacht hatte, darüber war, begann das Gerücht sich zu verbreiten, die erschossenen und verurteilten Leute seien unschuldig gewesen. Die Polizei habe sie eingekerkert, um einen Preis von 10 000 Pesetas, der auf die Entdeckung der Ursache des Verbrechens gesetzt worden war, einzustufen, und durch schreckliche Foltern, die auf Fort Montjuich, wo die angeblichen Anarchisten untergebracht worden waren, ins Werk gesetzt wurden, den unglücklichen Gestandnisse abzufragen. Hierauf brachte die Presse haarsträubende Enthüllungen über die in den Katakomben von Montjuich verübten Grausamkeiten. Im ganzen Lande regte sich ein Gefühl des Abscheus und der Entrüstung gegen die Heulerseite von Montjuich, und ungestüm wurde die Revision dieses Prozesses verlangt. Die Regierung konnte nicht länger dieser allgemeinen Bewegung gegenüber thatenlos verharren und gab dem Generalkapitän von Barcelona Befehl, eine Untersuchung betreffend die Vorgänge auf Montjuich vorzunehmen.

Die Folge dieser Untersuchung ist nun wohl die mit Verbannung verbundene „Begnädigung“, nachdem die Revision des Prozesses, um Polizei, Gefängnisbeamte und Offiziere nicht bloßstellen zu müssen, abgelehnt worden ist.

**Madrid, 23. Januar.** Der Senat beschloß, einen Antrag des Grafen Almonos in Erwägung zu ziehen, welcher fordert, daß die Regierung und die Generale, welche an dem Kriege mit den Vereinigten Staaten teilgenommen, zur Verantwortung gezogen werden sollten. — In parlamentarischen Kreisen wird hierzu bemerkt, daß das Kriegsgericht nur die Generale abgeurteilt habe, welche in Manila und Santiago de Cuba sich ergaben, nicht aber den Generalkapitän von Cuba und diejenigen Staatsmänner, welche die Frage der Friedensschließung erörterten. Diese letzteren habe hauptsächlich der Antrag Almonos im Auge. Wenn sie gerichtlich verfolgt werden sollten, so würde sich der Senat als Oberster Gerichtshof konstituieren, um sie abzuurteilen.

### Frankreich.

**Affirmationisten-Prozeß.** In der Mittwochssitzung führt der Staatsanwalt aus, daß das Verzeichnis der Deputierten, von denen er vorgestern mitteilte, sie veränderten ihre Wahl der Unterstützung durch die Affirmationisten und ihre Organe, nicht von ihm herrühre, sondern aus einem durch Affirmationisten geleiteten Blatt stamme. Der Staatsanwalt drückt sodann seine Freude darüber aus, daß die Deputierten, welche er im Auge gehabt habe, sich dagegen verwahrt hätten, von den Affirmationisten unterstützt zu sein. —

### Italien.

**Eine allgemeine Verräucherung** aller Kriegsmaterialien will Herr Pelloux vornehmen, um die Reorganisation der Artillerie durchzuführen zu können. Er hofft durch Verkauf aus Fortifikationsgründen, aufgelassene Festungen und von anher Gebrauch gelehnten Gewehren alten Systems die hierzu nötigen Mittel zu beschaffen.

### Rußland.

**Finnische Zustände.** Das Mittel, womit sich die Finnen in erster Reihe der Russifizierung zu entziehen suchen, ist die Auswanderung. Schon 1897 wanderten aus Finnland 2300 Personen aus, 1898 3636 und 1899 ist die Zahl, angesichts der immer bewährter werdenden Unterdrückung auf 13 042 gestiegen. Die vierfache Anzahl gegen das Vorjahr, das schon fast die doppelte Auswanderung als 1897 hatte. Die meisten gehen nach Amerika, ein Teil nach Australien, neuerdings aber wieder in abnehmendem Maße, da die englische Regierung den Finnen sehr schlechte Anbiederungsplätze anzuweisen läßt. Es wandern besonders junge Männer aus, weil sie die fünfjährige Dienstzeit unter russischem Amtenkommando fürchten.

Im übrigen schreitet die Bergewaltung rasch vorwärts. Schon im Sommer waren durch eine förmliche Resolution die in Finnland existierenden Vereine für „liberalistisch“ erklärt und daß von 1901 ab Vereinsbildungen der „Befähigung des Kaiserbedürfnis“. Aber auch jetzt werden jeder Vereinsbildung die größten Schwierigkeiten bereitet, die Statuten bedürfen der Genehmigung des Senats, werden monatlang zurückgehalten und die Begründung damit erst nach einem halben Jahr gestattet. Außerdem hat Vobrilow in allen Vereinen seine Spione.

Ferner ist ein Verbot gegen öffentliche Vorträge erlassen, das absolut verfassungswidrig ist. Wieder haben keinerlei Vereinsführungen oder Beaufsichtigungen von veröffentlichten Vorträgen stattgefunden. —

### Amerika.

**Die offene Thür in China.** Washington, 24. Januar. Alle Mächte, welche an den Verhandlungen betreffend die „Offene Thür“ in China teilgenommen haben, haben dem Staatsdepartement Schreiben zugehen lassen, in welchen sie dem amerikanischen Handel in China die „Offene Thür“ zusichern. Nur Japan und Italien haben noch keine förmlichen Zusicherungen gegeben, man glaubt jedoch, daß es sich hier nur um Verzögerungen in der postulierten Beförderung handelt. —

### Parlamentarisches.

#### Kolonial-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Veranlagung des Kolonial-Etats fortgesetzt bei dem Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet. Die Einnahmen aus dem Eisenbahnbetriebe sind mit 85 400 M. angelegt. Abg. Müller-Gulda (C.) hat kein Vertrauen zur Rentabilität der Nambara-Bahn und verweist auf die ungenügenden Nachrichten über den ostafrikanischen Raiffeisenbau. Er bezweifelt, daß wenn der Reichstag diese ungenügenden Nachrichten früher gekannt hätte, der Antrag seitens des Reichs bewilligt worden wäre. Die Bahn sei ein verträgliches Unternehmen gewesen. Der ganze Fruchtverkehr landwärts habe in einem halben Jahre nur 690 Centner betragen, die Kaffee-Ausfuhr müsse also sehr unbedeutend gewesen sein. Er glaube nicht an den Kaffeeexport. Der Bahnerwerb sei ein „gründlicher Reinfall“. Abgeordneter Dr. Müller-Sogon (fr. Rp.) hegt Zweifel, daß Nambara sich überhaupt für den Kaffeebau eigne, zumal Gesundheits- und Pflanzkrankheiten den Kaffeebau bedrohen. Abg. Graf Armin (Rp.) giebt zu, daß der Kaffeebau vorübergehend gelüftet habe, aber darum sei eine Rentabilität dieses Anbaues keineswegs für alle Zeit ausgeschlossen. Zudem sei Nambara ein fruchtbares Land, wo selbst für den Fall, daß der Kaffeebau nicht rentiere, andere Erzeugnisse die Bahn rentabel machen würden. Das Unternehmen sei noch jung, er glaube aber sicher an ein Steigen des Verkehrs. Kolonialdirektor v. Buchta hält eine pessimistische Auffassung für unbedeutend. Besonders Gewicht sei auf die politische Bedeutung der Nambarabahn zu legen. Es sei sichere Aussicht, daß der Kaffeeexport sich heben werde. Man stehe erst im Beginn der Unternehmungen. Die rheinische Plantagen-Gesellschaft habe 85 Pf. pro Pfund Nambarakaffee erzielt und beabsichtige sogar, eine neue Plantage anzulegen. Das beweise doch, daß der Anbau von Kaffee nicht aussichtslos sei. Abg. Webel verweist auf den schlechten Zustand der Nambarabahn und beklagt sich über die antäglichen Denkschriften der Anstaltslosigkeit des Kaffeebaus. Die Hungersnot in Ostafrika habe 62 000 Menschen fortgerafft. Direktor v. Buchta erinnert an die Hungersnot in Indien. Gleichwohl denkt kein Engländer daran, Indien aufzugeben. Unsere Kolonialpolitik ist erst 15 Jahre alt. In dieser kurzen Zeit sei verhältnismäßig viel geleistet worden. Allerdings sei Mut und Optimismus erforderlich bei allen Kolonialunternehmungen. Graf Stolberg bemerkt, er habe beim Anlauf der Nambarabahn sich keinen Illusionen hingeeben und auch gewußt, daß die Bahn in schlechtem Zustande sei. Er könne keinen „Reinfall“ in diesen Kauf erblicken. Ueber die Rentabilität der Bahn könne man erst nach Jahrzehnten ein zuverlässiges Urteil haben. Abg. Dr. Baasche (nat.): Wegen der Kostlage des Kaffeebaus in Nambara brauche man nicht zu verzweifeln. Diese Kostlage herrsche zur Zeit überall. Darum sei aber ein späteres Gedeihen der Kaffeeplantagen nicht ausgeschlossen. — Der Titel wird darauf mit großer Mehrheit bewilligt, ebenso die Anträge der Einnahmen aus Zöllen: 1 750 000 M. und aus Abgaben, Gebühren etc.: 613 200 M. — Der Antrag: **Reichszuschuß 6 830 000 M.** wird einstweilen ausgelegt und zur Verhandlung über die Ausgaben übergegangen. Bei Titel 1: Beamtenbesoldungen, erklärt Direktor v. Buchta auf Anfrage des Referenten, daß es leider nicht möglich sei, einen ständigen Civilvertreter des Gouverneurs zu bestellen wegen eventuell zu befürchtender Konflikte. Die Frage der Stellvertretung wird von Hall zu Hall geregelt. Auf eine Anfrage des Abg. Eichhoff (fr. Rp.) erklärt Direktor v. Buchta, daß es sich bei den Verhandlungen mit dem Kongostaat um Grenzregulierungen, nicht um neue Landesvererbungen handle. Eine von Graf Armin beantragte Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald eine Abänderung der Verordnung für die Kolonien, vom 9. Oktober 1898, in Erwägung zu ziehen, wird darauf mit großer Mehrheit angenommen. Die Anträge für Beamtenbesoldungen werden nach der Vorlage genehmigt und die weitere Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

**In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags** ist gestern abend die Wahl des Abg. Graf Dönhoff-Friedrichstein (A. Königsberg; Königsberg-Land, Fischhausen; Ions.) b e a n s t a n d e t worden. Es sollen Beweisverhandlungen stattfinden über verschiedene Behauptungen überreicher Proteste. Graf Dönhoff-Friedrichstein war in der Stichwahl mit 9715 gegen 7413 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden.

### Partei-Nachrichten.

**„Wählen Sie nur tüchtig drauf los!“** In diese Worte des Polizeipräsidenten Wohlgenuth wird die Erinnerung wieder aufgerufen durch den kürzlich erfolgten Tod des braven Genossen, der bei der Entlassung des Spiegels die Hauptrolle spielte. Genosse **Walthasar Luz** ist in New York gestorben. Luz, der Ende der achtziger Jahre in Basel als Schneider arbeitete, war einer der Unerfahreneren, die unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes im Dienste des roten Postmeisters den „Jülicher Socialdemokrat“ und andere verbotene Schriften über die Grenze nach Deutschland schafften. Durch irgend einen Zufall kam Luz mit dem Polizeikommissar Wohlgenuth in Mülhausen in Verbindung und dieser glaubte, in Luz ein brauchbares Werkzeug für seine lichtlose Thätigkeit zu finden, wofür er ihm natürlich gute reichsdeutsche Spitzelnennungen bot. Luz ging im Einverständnis mit andern Genossen auf den Plan ein und ludie Wohlgenuth auf Schweizerisches Gebiet. Dort wurde der Spiegel durch die Polizei festgenommen und im weiteren Verlauf der Sache wurde seine ganze Thätigkeit aufgedeckt und ihm sein edles Handwerk unmöglich gemacht. Allerdings wurde auch Genosse Luz von den schweizerischen Behörden geopfert. Er wurde aus der Schweiz ausgewiesen und ging nach New York, wo er sich weiter als Schneider durchschlug. In letzter Zeit litt er unter langer Arbeitslosigkeit, bis er vor wenigen Wochen wieder gutlohnende Arbeit erhielt. Er hinterläßt eine kranke Frau und drei Kinder.

**Partei-Organisation.** Die Parteigenossen in Rasthenow haben beschlossen, das Vertrauensmännersystem aufzugeben und alle Geschäfte dem Wahlverein zu übertragen.

**Partei-Organisation.** Der sozialdemokratische Verein für Dresden-Albstadt hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 3907 M. Er zahlte 500 M. Unterstützung an die Arbeiter-Beber, 200 M. an die Steinarbeiter in Dresden, 100 M. an die Leberarbeiter in Bistritz, 100 M. an die Partei. Die Mitgliederzahl ist von 1109 am Anfang des Jahres auf 956 am Schlusse zurückgegangen. Diese beauerliche Thatsache führte zu einer längeren Diskussion. Es soll mit allen Mitteln für die Vermehrung der Mitglieder gesorgt werden.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**„Höchst wahrscheinlich“ grober Unfug.** Zwei Parteigenossen in Sachsen wurden vom Schöffengericht zu je acht Tagen Haft verurteilt, weil sie den Agitationskalender auf dem Lande verteilt haben. Tugend welche „Befähigung“ wurde nicht nachgewiesen, das Urteil begnügt sich mit der Behauptung, daß „höchst wahrscheinlich“ Leser des Kalenders den „Irrelehren“ zugänglich gemacht“ worden seien. Was möchte diesen höchst wahrscheinlichen Irrelehren in Sachsen erst passieren, wenn sie der „Irrelehre“ nun gar überführt wären.

**Wegen Reichskanzler-Belästigung.** Belästigung des Staatssekretärs Bogdanowitsch und der Beamten des Reichsamtes des Innern hatte sich am Dienstag der verantwortliche Redacteur der „Schlesw. Post. Volksztg.“, Genosse Korn vor der Strafkammer in Kiel zu verantworten. Die Belästigungen sollten enthalten sein in zwei Artikeln der „Volkszeitung“ vom Juni 1899: „Wie die Regierung das Juchtausgesetz begründet“, und vom Oktober 1899: „Der Kampf gegen die Juchtausvorlage“. Die mehr denn vierstündige Verhandlung gestaltete sich zu einer eingehenden Kritik des verurteilten Gesekentwurfs und der somosen Denkschrift seitens des Angeklagten und des Verteidigers, um die Wahrheit der Behauptungen der beiden Artikel zu erbringen und die Schärfe der Kennerungen als berechtigt zu erweisen. Sie fielen den eventuellen Beweisanzug, die Professoren Könnies oder Schmöller oder Wagner über die Richtigkeit der statistischen Angaben der Denkschrift zu vernehmen. Das Gericht setzte die Urteilsverlesung bis kommenden Dienstag aus.

### Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Man schreibt uns aus Wien, 23. Januar: Die Regierung hat sich endlich zu einem ersten Schritt aufgerafft. Sie hat, wie telegraphisch gemeldet, eine Kommission eingesetzt, die aus Vertretern des Ministeriums des Innern, des Justiz-, Ackerbau-, Handels- und Eisenbahnministeriums bestehen wird und die täglich unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten oder des Ackerbau-ministers alle den Streit betreffenden Mitteilungen entgegenzunehmen und alle auf den Streit bezüglichen Verfügungen treffen soll. Es ist ein wahrhaftiges Streikministerium, was man da improvisiert. Uebrigens hat die Regierung in den Streit unmittelbar eingegriffen. Sie hat in das mehrschleifische Streikgebiet den Justizminister Spens-Boden und in die böhmischen Bezirke den Sektionschef Blumfeld entsendet, die für die von der Regierung zu ergreifenden Maßnahmen die geeignete Grundlage finden sollen. Herr v. Spens war, bevor er in die Regierung eintrat, Statthalter von Mähren und hat bei dem großen Ansehen der Textilarbeiter in Brünn die Vermittlerrolle mit viel Energie, Takt und Arbeiterfrömmlichem Sinn geführt. Man setzt daher auf seine Intervention erste Hoffnungen. Herr v. Blumfeld hat bis vor kurzem das Ackerbauministerium geleitet. Ob er die nötige Autorität aufbringen wird, um den Progen in Klados zu imponieren, ist leider nicht sicher.

Die Mitteilung der Regierung berichtet, daß die beiden Abgeordneten mit den entsprechenden Vorschlägen versehen sind. Das ist auch die Hauptsache, denn der Starbrenn der Kohlenprogen ist nur zu brechen, wenn ihnen die Regierung klar macht, daß sie ihnen sonst unangenehm werden würde. Die Kohlemagnaten sind in Steuerkreisen, in Tariffragen, in unzähligen Verwaltungsangelegenheiten auf das Wohlwollen der Regierung angewiesen, so daß eine energische Hand ihre freche Hartnäckigkeit wohl zu brechen vermöchte. Die Regierung muß wollen, dann wird sie auch können. Die Kohlenbarone haben offenbar einen Verlanf des Streiks erwartet, wie er schon zweimal erlebt wurde. Sie rechnen darauf, daß einestheils die Kohle, andernteils ihre Provokationen die Arbeiter zu irgend einer Unbesonnenheit treiben werden, wo dann die Kohlenbergwerke in Aktion treten können. Wenn es aber Tote wie Verwundete gegeben hat, so ist der Streik gewöhnlich zu Ende; und auf diesen katastrophalen Ausgang spekuliert eben die Unternehmerruche. Aber diesmal geht die Sache nicht so „einfach“. Einestheils beweist die Allgemeinheit des Streiks eine so gewaltige Kolossalität für das gesamte Erwerbsleben, daß die Regierung es nicht wagen darf, gleichmütig beiseite zu stehen, und andernteils ist man in allen Kreisen des brutalen Terrorismus der Unternehmer gründlich satt und der Regierung könnte es rechtibel gehen, wenn sie den Ausbeutern aktive oder passive Mitspieler leisten wollte.

**Aus Posen** wird uns berichtet: Da die Werks-Unternehmungen auf die von den Bergarbeitern Sonnabend vorgelegten Forderungen nicht antworteten, ist am Dienstag früh der allgemeine Streik zum Ausbruch gekommen. Fast alle Werke stehen, auf den wenigen, wo noch gearbeitet wird, wird im Laufe des Tages der Betrieb eingestellt werden. Die Ruhe und Ordnung unter den Bergarbeitern ist eine ausgezeichnete und wurde dieselbe auch nicht durch das Eintreffen eines härteren Gendarmerte-Aufgebots gestört. Freitagabend finden große Versammlungen der Streikenden statt, in welchen unter andern Reichrats-Abgeordneter Dr. Leo Verlauf, der aus Wien heute hier eingetroffen ist, als Vertreter des hiesigen Wahlkreises sprechen wird. Die Situation für die Bergarbeiter ist eine günstige.

## An die deutschen Vergleute

erläßt der Vorsitzende des „Deutschen Vergleute- und Hüttenarbeiter-Verbandes“ in der Verbands-Zeitung einen Aufruf, in welchem er die moralische und materielle Unterstützung der streikenden österreichischen und oberösterreichischen Kameraden fordert. Er mahnt dringend keine Uebersichten mehr zu verfahren, damit durch Lieferung von Kohlen in die Streikgebiete den Streikenden der Kampf nicht erschwert werde. Weiter wird zu Sammlungen für die Streikenden aufgefordert und bekannt gegeben, daß als 1. Rate 1000 M. für die österreichischen Brüder vom Verbandsvorstand abgesandt worden sind. Am Schlusse wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeitszeitverkürzung und Lohnbewegung auch in den deutschen Revieren ihren Widerhall finden und ähnliche Kämpfe, wie sie jetzt in Oesterreich ausgefochten werden, in nächster Zeit auch in Deutschland ausbrechen können. Schon deshalb müsse Solidarität geübt werden.

Im Anschluß hieran sei mitgeteilt, daß die Vergleute des mitteldeutschen Braunkohlenreviers auf einer Konferenz, die am Sonntag in Halle tagte, beschloßen, den ausständigen Kameraden in Böhmen zu Hilfe zu kommen. In einem Aufruf werden die Vergleute aufgefordert, jede Uebersichten und Uebersichten zu verweigern. Auch soll, soweit es in den Kräfte der deutschen Vergleute gestellt ist, darauf hingewirkt werden, daß keine Kohle nach den österreichischen Absatzgebieten versandt wird.

**Wien, 24. Januar.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Einigungsamt für Ostau wird am Sonnabend in Oberberg zusammengetreten. In Mies und Pilsen ist es für Donnerstag einberufen. Die Unternehmer der Gewerke von Kladno, die gestern in Prag beim Statthalter waren, haben die Bescheidung abermals abgelehnt. Die Arbeiter von Schadowitz und Schaglar in Ostböhmen haben die Forderungen formuliert und wollen nötigenfalls Freitag in den Streik treten. In Pilschowitz stehen bereits die Eisenwerke der Montangesellschaft still, dasselbe droht den Werken der Prager Eisenindustrie. Zusammen kommen 2000 Arbeiter außer Arbeit. Die Kohlennot wächst in Böhmen immer mehr, der Preis ist bereits auf das Vierfache gestiegen. Meldungen über Betriebsstörungen und Reduzierungen mehren sich immer mehr.

**Karlsbad, 24. Januar.** (B. Z. W.) Gestern stellten 336 Vergleute die Arbeiter ein und überreichten ihre Forderungen betreffend Lohnerhöhung, achtstündige Arbeitszeit etc. Zwei Porzellanfabriken reduzierten bereits infolge der Kohlennot ihren Betrieb. Das Sprudelwerk in Karlsbad stellte den Betrieb im Subhause ein.

**Mürschau, 24. Januar.** (B. Z. W.) Auf den Zechen im Mieser Bezirk streiken heute 4414 Arbeiter. Auf dem Hegerlschachte, wo gestern noch vollzählig gearbeitet wurde, erschienen heute bloß 183 Arbeiter.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik der Korbmacher** in Berlin und Umgegend dauert unverändert fort. Da in der Vertrauensmännerversammlung und der Generalversammlung der Holzarbeiter der Antrag, den nicht vollberechtigten Korbmachern die volle Unterstützung zu gewähren, abgelehnt worden ist, so haben die 50 vollberechtigten Kollegen einstimmig beschloßen, einen Teil ihrer Unterstützung den nicht vollberechtigten Kollegen zukommen zu lassen, und somit eine insofern zufriedene Haltung der Kollegen hergestellt. Daß die Situation für uns eine günstige ist, das beweist die am Montag stattgefundene Sitzung mit den Arbeitgebern, in der die Herren so scharf aneinander gerieten, daß einer nach dem andern sich entfernte. Der anwesende Arbeitsvermittler Maas empfahl nun den noch übrig gebliebenen Meistern, den Vorschlag anzunehmen, einzeln mit der Kommission zu verhandeln, um so einer Verständigung näher zu kommen.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Holzarbeiter!** Für Tischler und Drechsler ist über die Möbelabrik von Manqu, Gerstenberger, Frankfurt a. O., Biegelstr. 20, die Sperre verhängt. Dies zur Beachtung. Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbands.

**Flottenvorlage und Arbeiter.** Wie wir berichteten, haben die Arbeiter des Vulkan einige Forderungen an die Werksleitung gestellt. Es war von der Direktion nur zugesagt worden, 20 Proz. Zuschlag für Ueberstunden und 25 Proz. Zuschlag für Sonntagsarbeit zu gewähren. Auf eine Erhöhung der Accordlöhne und Verkürzung der Arbeitszeit ist die Direktion nicht eingegangen. Charakteristisch für die Auffassung, in welcher Art eine Interessensvertretung der Arbeiter dem Werk gegenüber vor sich gehen soll, sind die „Verhandlungen“, die nach dem Stattfinden der 4 großen Versammlungen gepflogen wurden. Es wurden nämlich ca. 200 Arbeiter von den Meistern ausgesucht, und diese nach dem Speisesaal bestellt. Dort hielt der Herr Direktor Stahl diesen Arbeitern einen zweistündigen Vortrag, in welchem er die Wichtigkeit der in dem Schreiben an die Direktion aufgestellten Forderungen bestritt und erklärte, daß die Forderungen undurchführbar seien.

Die ganze Aktion sei, so meinte der Herr Direktor weiter, durch „Heger“ von außen hereingetragen. Von 22 M. pro Stunde könne zwar ein Arbeiter eine Familie von 8-10 Köpfe nicht ernähren, doch es sei ja eigene Schuld der Arbeiter, wenn die Familie so stark werde, und dann müsse eben die Frau mitarbeiten. Gegenüber den Vertretern der Arbeiter wurden bei der „Unterhandlung“ nicht zugelassen — und damit war die Vorstellung fertig.

Die Arbeiter aber sind der Meinung, daß sie sich mit diesem „Erfolg“ nicht beruhigen, und so fanden denn am Sonntag, den 21. d. M., abermals 4 Versammlungen statt, die ebenso gut besucht waren als die ersten, und in welchen eine Resolution einstimmig Annahme fand, in der 1. gegen die Abweisung der Forderungen, 2. die Art und Weise der Verhandlungen, und 3. gegen die Unterstellung protestiert wird, daß die Aktion von außenstehenden Hegeren in Szene gesetzt sei. Die Arbeiter verlangen in der Resolution weiter, daß nochmals — aber mit von den Arbeitern gewählten Vertretern — verhandelt werde, da die Forderungen bei einigem guten Willen durchführbar seien.

Es ist sonderbar, daß dieselben Leute, die Millionen an dem Flottenbau verdienen, die die Kosten der Schiffe mit der Motivierung in die Höhe bringen, die Arbeitslöhne seien geringen, daß diese Leute es einfach für unmöglich erklären, die Löhne der Arbeiter so zu stellen, daß diese ihre Familien gut ernähren können! Das ist der „Segen“, den die Arbeiter vom Flottenbau haben!

**Lohnbewegung der Bergarbeiter in Oberschlesien.** Das Bild des Streiks verändert sich von Tag zu Tag. Die Streikenden sind ohne Leitung und Organisation. Eine Versammlung der Ausständigen, um sie zu organisieren und Ordnung in den Streik zu bringen, ist unmöglich, da die Polizei die Wirtse zu mahregeln droht, falls sie ihre Säle hergeben. So scheidet die Unternehmerrchaft in Trüben, die unorganisierte Arbeitererschaft wird eingeschüchert und giebt sich mit leeren Versprechungen zufrieden.

Am „Hohenzollern“ und „Hohenlohehütte“ ist der Streik durch versprochene Lohnerhöhung (10 Proz.) beigelegt; auf „Heinig“ bezugnehmend. Von „Vorsigwerk“ fehlen genaue Nachrichten. Gestreikt wird auf „Florentine“ (Rattowitzer Akt.-Ges., 1700 Mann Beschäftigte) und nach unbestimmten Nachrichten auf „Hubertushütte“ (Rattowitzer Akt.-Ges.). Die Schächte der Florentine-Grube sind sogar, ohne daß der geringste Grund dafür vorliegt, mit Militär besetzt. Die unendliche Anwesenheit der vielen Polizeibeamten und des Militärs reizt die Arbeiter geradezu zu Gewaltthaten, sie sind sonst vollständig ruhig und besonnen. Auf

„Hohenzollern“ ist es Sonnabend zwischen Streikenden und Polizeisten zu einer blutigen Standalszene gekommen.

Ueber diese Vorgänge berichtet das „Oberschl. Tagbl.“ folgendes: Am Sonnabendnachmittag 5 Uhr hatte der Generaldirektor eine Versammlung ins Zeichenhaus einberufen, welche von gegen 1000 Mann besucht war. — Es wurden von den Ausständigen Anträge entgegengenommen. Bergdirektor Janik, der eine Ansprache an die Leute halten wollte, wurde des öftern unterbrochen. Generaldirektor Dr. Stephan machte den Ausständigen den Vorschlag, sich mit zehn Prozent Lohnerhöhung zufriedenzulassen. Er wurde jedoch unterbrochen mit den Worten: er solle polnisch sprechen, deutsch verstanden sie nicht. Sie verlangten für die Häner 1,50 M. und für die Schlepper 1 M. pro Schicht Lohnzuschlag. Die Verwaltung ließ sich aber auf die Forderungen der Leute nicht ein. Als dem Jureden der Grubenbeamten nicht Folge gegeben wurde, schritt die auf der Grube anwesende Gendarmerie ein und drängte die Menge aus dem Zeichenhaus auf den Grubenplatz. Die Gendarmen schlugen mit der blanken Klinge auf die Menge ein und es ging ohne blutige Kämpfe nicht ab. Die Menge wurde auf die Chaussee getrieben, wo sie von den Gendarmen auseinander gesprengt wurde. Nach einer halben Stunde war die Chaussee geräumt. Alle Schantwirtschaften wurden polizeilich geschlossen.

**Der Streik in Oberschlesien.** Allein auf den beiden Kohlengruben „König“ und „Königin Luise“ hat der preussische Bergsteuerrat im Geschäftsjahr 1898/99 einen Reingewinn von über 10 Millionen Mark geerntet („König“: 2,7 Millionen Mark, „Königin Luise“: 7,5 Millionen Mark). Die Kohlenpreise sind um 3 bis 5 Pfennig pro Centner gestiegen; die Löhne sind dagegen dieselben wie früher geblieben. Der Direktor (Hilger) hat eine Petition um Lohnerhöhung sehr ungnädig beantwortet und den Petenten geschrieben, daß er zukünftige Forderungen überhaupt nicht mehr beantworten würde. Und doch war eine Lohnerhöhung so leicht möglich. Hätte man nur durchschnittlich jeden Arbeiter im Jahre 100 M. mehr verdienen lassen, so hätte das der Verwaltung nicht ganz 1,4 Millionen Mark gekostet, der Reingewinn hätte also immer noch 8,5 Millionen Mark betragen.

Ganz besonders verhaßt macht sich die Verwaltung durch ihre ungerechtfertigte Verletzung des Koalitionsrechts und durch Nachregelung organisierter Arbeiter. Es wäre hohe Zeit, daß diese Verletzung des Koalitionsrechts durch vom Staat bezahlte Beamte bei der Verprechung des Vergelächts zur Sprache gebracht wird.

**Die Vergleute des Teich-Weisenjesser Braunkohlenreviers,** sowie des Neuselwiz-Koziyer Bezirks beabsichtigen, im April d. J. in eine Lohnbewegung einzutreten. Seit länger Zeit ist für den Ausbau des Verbandes Sorge getragen, und weisen die Mitglider einen sehr beträchtlichen Mitgliederbestand auf. Die aufgestellten Forderungen, die am 1. April d. J. den Grubenverwaltungen überreicht werden sollen — falls nicht eintretende Umstände eine frühere Einreichung benötigen — sind folgende:

1. Sämtlichen Arbeitern, ober- und unterirdisch, ist eine Lohnzulage von 10 Proz. zu gewähren.
2. Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich.
3. Abschaffung der Frauenarbeit.
4. Abschaffung der getrennten Gedinge.

Ausbauung des Sanitätswesens nach den zu Ostern auf dem Vergleuter-Kongress zu Halle gefassten Resolutionen.

Eine große Anzahl von Vergleuter-Versammlungen in den verschiedensten Orten beider Bezirke, die sehr zahlreich besucht waren, hat diesen Forderungen zugestimmt, auch deren Einreichung am 1. April beschloßen. Sostentiva kommen die Verwaltungen, die in den letzten Jahren durchweg gute Einnahmen zu verzeichnen hatten, diesen gerechten Forderungen entgegen, so daß es zu einem friedlichen Ausgleich kommt.

**Out ab vor den Chinesen!** Vor einiger Zeit trieb der Kapitän eines englischen Dampfers einen an Bord beschäftigten Chinesen durch fortgesetzte viehische Mißhandlungen so weit, daß er auf der Elbe über Bord sprang und ertrank. In Hamburg angelangt, weigerten sich nun 18 chinesische Kollegen des in den Tod Gehetzten, wieder an Bord zu gehen, ehe nicht der Kapitän und der ebensowohl verhaftete erste Offizier von der Reederei abberufen seien, und begaben sich bei der Hafenpolizei in Schutzhaft. Jetzt hat die Reederei nachgegeben.

**Für politisch erklärt** wurde in Hannover die Zählstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter. Als Grund wird angegeben, daß sie nach ihren Statuten ihr Verbandsorgan den „Proletarier“ unentgeltlich an die Mitglieder liefere. Das Blatt sei sozialdemokratisch und deshalb der Verband politisch.

**Die Konfektionschneider** in Speyer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen im allgemeinen eine Erhöhung der Accordpreise um 15 Proz. und Extravergütung einiger Nebenarbeiten. Die Unternehmer hatten in einer Konferenz beschloßen, den Arbeitern eine Zulage von 2 bis 5 Proz. zu gewähren. Diese Zugeständnisse hat eine gut besuchte Versammlung der Schneider als zu unbedeutend abgelehnt und ist der Streik proklamiert.

**Unsere eiserne Polizei!** Die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe des Verbandes der Antreibergehilfen in Labbach hatten sich vor der Düsseldorf-er Strafkammer zu verantworten, wegen Abhaltung einer polizeilich nicht angemeldeten Versammlung, die nicht stattgefunden hat. Die Ortsgruppe hatte sich am 8. September gebildet und auf den 10. September war eine Versammlung im Lokale des Wirts R. anberaumt, deren Anmeldung bei der Polizei unterlassen worden war. Vor Beginn der Versammlung erklärte ein Kommissar, dieselbe dürfe, weil nicht angemeldet, nicht stattfinden. Der Wirt verschloß darauf die Thür zu seinem Lokal, damit niemand hereinöfne. So fand die Versammlung natürlich nicht statt, die Vorstandsmitglieder und der Wirt erhielten aber trotzdem einen Strafbefehl, weil sie eine öffentliche Versammlung abgehalten hätten, ohne der Polizei Mitteilung zu machen, bezw. weil der Wirt den Saal hergegeben habe. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten frei, der Anwalt legte Verurteilung ein, doch sprach auch die Düsseldorf-er Strafkammer die Angeklagten frei.

### Ausland.

**Die Wiener Weerschmiedeschneider** traten in den Ausstand, weil die Fabrikanten das Kartell kündigten.

**In den Londoner Docks** haben die bisher vom Schiffsheeren-Verband kontrollierten „freien“ — d. h. nichtgewerkschaftlichen — Hafenarbeiter einen erfolgreichen Kampf um Lohnaufbesserung durchgeführt, der ihnen Lohnaufbesserungen bis zu 20 Prozent eingetragen hat. Bei diesem Kampf stand ihnen die Gewerkschaft hilfreich zur Seite, und das Resultat ist, daß mehr als fünfhundert der bisher unorganisierten Arbeiter der Gewerkschaft beigetreten sind. Der günstige Stand des Arbeitsmarktes macht es dem Schiffsheeren-Verband unmöglich, die Docks noch weiter in der bisherigen Freiheit — will sagen Vormöglichkeit zu erhalten. —

## Vom Kriegsschanzplag

ist die wichtigste Meldung ein Telegramm des Generals Buller vom Dienstagabend. Es wird darin ein Angriff auf die Hauptstellung der Boeren angekündigt. Buller telegraphierte am 23. d. M., 8 Uhr 20 Minuten abends aus Spearman's Lager: General Warren hält die Position, welche er am 21. d. M. erobert hat. Etwa 1400 Jards vor ihm liegt die feindliche Stellung auf dem westlichen Teil des Spionkop. Dieselbe liegt höher als Warrens Stellung und es ist deshalb unmöglich, in dieselbe hineinzufahren. Man kann sich dem Spionkop nur nähern über eine Reihe von offenen Schluchten durchgezogene Flächen.

Die von Warren besetzt gehaltenen Bergklämme sind so steil, daß sich Kanonen nicht hinaufbringen lassen. Wir beschließen die feindliche Stellung mit Haubitzen und Feldgeschützen, welche auf niedrigerem Terrain hinter der Infanterie aufgestellt sind. Der Feind erwidert das Feuer mit Grenot-Geschützen und anderen Kanonen. In diesem Artillerieduell ist der Vorteil auf unserer Seite, da der Feind in Verschanzungen Schutz zu suchen scheint. Die feindliche Artillerie schießt uns nicht viel Verluste zu. Heute Abend soll versucht werden, den Spionkop zu nehmen, den Vorsprung des Gebirges, welcher den Flügel der feindlichen Stellung gegenüber der Richards Drift bildet und diese Stellung von der anderen Stellung gegenüber der Spionkop trennt. Der Spionkop beherrscht fast alle feindlichen Verschanzungen.

Man kann nicht gerade sagen, daß diese Veröffentlichung sehr siegeszuversichtlich klinge, und siegeszuversichtlich klingt auch nicht, was am Mittwoch die „Times“ über die Operationen schreiben:

„Bis jetzt zeigt nichts an, daß General Warren die Hauptstellung des Feindes erreicht hat oder mit ihm in mehr als sieben Vorpostenstellungen ins Gefecht gekommen ist. Die Boeren haben Zeit gewonnen, Mannschaften, Geschütze, Munition und Vorräte nach ihrer Stellung hinaufzuschaffen; und so lange diese Stellung nicht genommen ist und die Verteidiger derselben nicht niedergeworfen und vernichtet sind, kann der Entschluß von Ladysmith nicht als gesichert angesehen werden.“

Sehr ominös ist auch die folgende, von London aus verbreitete Meldung: Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Lourenço Marques vom 24. telegraphiert: Eine aus Pretoria kommende Depesche enthält nähere Einzelheiten über das Gefecht bei Ouders Hoop, das am Sonnabend begann. Es wird in derselben gemeldet, daß die Boeren vier- oder fünfmal täglich ihre ermüdeten Soldaten durch frische Mannschaften ersetzen. Die Boeren verloren einen Toten, zwei leicht Verwundete. Bei den Boerentruppen herrscht die zuverlässigste Stimmung. Die britischen Truppen haben schwere Verluste erlitten. Botha übernahm den Oberbefehl über die Truppen auf dem Spionkop. Cronje wurde anderwärts hingeführt. Im englischen nördlichen Lager herrscht Verwirrung, man sah, wie die Truppen sich ziellos hin- und herbewegten.

Klingt das nicht beinahe, als ob man die Welt auf eine neue Niederlage vorbereiten wollte?

### Aus Ladysmith.

Aus Ladysmith, 22. Januar, wird dem „Standard“ gemeldet, die Einschließung der Stadt sei so dicht als je. Das Bombardement dauere fort. Nach einer Doljeldbratung aus Pretoria versuchte die Besatzung von Ladysmith während der Kämpfe am Sonnabend eine Demonstration, die aber durch die Wachsamkeit der Vorposten vereitelt wurde.

### Ein Boerenbericht.

London, 24. Januar. Aus dem Lager der Boeren am oberen Tugela wird vom Sonntag berichtet: Nachdem Kommandant Botha dem britischen Vorstoß am Sonnabendmorgen Einhalt gethan, erwartete man, der Feind würde bis Montag untätig bleiben. Am Sonnabendnachmittag erlachte man jedoch aus Anzeichen im nördlichen Lager der Engländer, daß ein weiterer Vorstoß beabsichtigt wurde. Botha und Cronje standen auf den hohen Hügel, über welche der Weg nach Ladysmith führt. Das furchtbare Feuer der Maschinengewehre erfüllte die Luft mit einem wahren Höllelärm; erst die eintretende Dunkelheit machte dem Kampf ein Ende. Bei Sonnenaufgang bemerkte man, welche erhebliche Verluste die Engländer gehabt. Auf Seiten der Boeren war Feldornet Ernst Ermels gefallen. Alsobald rückten im Centrum der englischen Stellung am Swartkop, wo ein zweiter Weg nach Ladysmith über die Hügel führt, die Engländer von den niedrigen Kopjes vor, die am Ufer des Tugela liegen. Sie erreichten ungehindert die zweite Reihe der zerstückten liegenden Kopjes; als sie jedoch in den Bereich der Maschinengewehre kamen, mußten sie anhalten, obwohl die Schiffsgeschütze, wie gewöhnlich, unter furchterlichem Dröhnen feuerten. Die Engländer sammelten nimmehr ihre Toten und Verwundeten.

Wir verzeichnen noch die folgenden Meldungen vom Modder River, beide vom Dienstag datiert:

Montagabend wurde unter dem Schutze heftigen Artilleriefeuers ein Aufklärungsangriff gegen Magerfontein zu unternommen. Der Feind, der das Geschützfeuer sehr gut erwiderte, ist, wie sich herausstellte, noch sehr stark an Zahl. Das Schießen dauerte nach dem Dunkelwerden noch fort und wurde auch heute früh wieder aufgenommen.

Eine mittels Heliographen aus Kimberley eingetroffene Nachricht besagt, daß die Boeren heute die Beschießung kräftig wieder aufgenommen haben.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 17. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Tragikomische Sozialspiele. — Der französische Sozialismus und der Vorläufer Kongress. — Von G. Vogardelle. — Neue Vorschläge zur Reform der Sozialversicherungen in England. — Von Eduard Bernstein. — Moderne Sozialisten. — Von Dr. Alfred Rapp. — Die neue Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. — Von E. Legien. — Literarische Rundschau. — Hefttitel: Eine deutsche Reichshadt. Von Wilhelm Bloch.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Rume, 24. Januar.** (B. Z.) Eine Anzahl kroatischer und italienischer Studenten überfielen ein ungarisches Kasino, wo ein Jahrestag gefeiert werden sollte, insultierten die daran beteiligten Ungarn thätlich und schlugen alle Fenster ein. Mehrere Studenten wurden verhaftet.

**Paris, 24. Januar. Deputiertenkammer.** Der Deputierte Motte spricht sich sehr tadelnd über den Staatsanwalt Dulot aus, weil dieser, ohne Beweise zu erbringen, in dem Assumptionsprozess etwa 30 Deputierte namhaft gemacht habe, die von den Assumptionsisten unterläßt sein sollten. Der Justizminister Ronis erwidert, Dulot habe nur einen Zeitungsartikel verlesen. Der Minister fügt hinzu, eine Karte des Deputierten Vernard sei bei den Assumptionsisten in Vorbezug ausgegeben worden. Vernard protestiert heftig gegen diese Behauptung und nennt den Minister und Dulot Lügner. Vernard wird zur Ordnung gerufen. Während der Rede des Justizministers werden auf der Rechten und bei den Nationalisten stürmische Protestrufe laut, Lofes wird zur Ordnung gerufen. Mehrere Deputierte protestieren gegen das Vorgehen Dulots, darauf erregt Vernard abermals das Wort und erregt sich in heftigen Beschimpfungen des Justizministers. Es wird mit großer Majorität beschloßen, Vernard zeitweilig von den Sitzungen auszuschließen. Vernard weigert sich den Saal zu verlassen. Deschanel unterbricht die Sitzung, hierauf tritt eine Abteilung Soldaten den Saal und geleitet Vernard, welcher dagegen protestiert, hinaus. Einige Nationalisten rufen Vernard, während er die Wandelgänge passiert, Weisfall zu.

Nach Wiederabnahme der Sitzung weist Justizminister Ronis die gegen ihn gerichteten Anschuldigungen mit Enttäufung zurück. (Weisfall.) Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt: Was eine Interpellation über die Frage anlangt, so müsse man den Ausgang des Assumptionsisten-Prozesses abwarten. Hierauf wird die Angelegenheit mit 319 gegen 114 Stimmen auf einen Monat vertagt. (Weisfall.) Sodann wird die Beratung des Budgets fortgesetzt.

**Buenos Aires, 24. Januar.** (Telegramm des „Neuerischen Bureau“.) Nach Meldungen aus Rosario ist die Pest daselbst aufgetreten. Ein strenger Sanitätslockdown ist gezogen worden.

Reichstag.

134. Sitzung vom 24. Januar 1900. 1 U. z.

Am Bundesratsitz: Hr. v. Thielmann.  
Die zweite Etatsberatung wird beim

Etat des Reichschatzamt

fortgesetzt.

Die Beratung beginnt beim Titel: Staatskredit.

Hr. Lude (V. d. V.)

belegt sich über die Verfälschung des Branntweins. Dem Konsumenten müsse eine Gewähr geboten werden, daß er für sein Geld auch unverfälschte Ware bekomme. Redner verlangt ferner, daß Weinsteuern, statt zum Weinanbau benützt zu werden, gebraucht werden könnten und befragt sich über zu formale Handhabung des Branntweinsteuerverfahrens. — Daß die Branntweinsteuer eine Liebesgabe für die Großgrundbesitzer sei, ist ein Märchen. Die ganze Landwirtschaft ist an dem Profitieren der Branntweinrenten interessiert. Eine Professore, die dies näher darlegte, handte ich auch an den Abg. Richter, er handte sie mir aber unangeführt zurück. (Große Heiterkeit links.) Das beweist, daß die Herren Freisinnigen für die Bauern kein Interesse übrig haben. (Widerspruch links, sehr richtig! rechts.) Die Herren verlangen immer, daß die Landwirte höhere Löhne zahlen, das können sie aber nicht, wenn ihnen immer größere Lasten aufgelegt werden. Redner fährt dies des weiteren aus, wird aber vom Präsidenten Graf Ballestrem zur Sache gerufen, als er auf die Schlußlasten zu sprechen kommt.

Reichs-Schatzsekretär Hr. v. Thielmann  
(auf der Tribüne schwer verständlich)

erklärt auf die Beschwerden, betreffend Branntweinverfälschung, nicht eingehen zu können, da diese Materie nicht zu seinem Fach gehöre.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats.

Ebenso debattelos werden erledigt der Etat der Reichs-Schuld und der Etat für den Rechnungshof des Deutschen Reichs.

Hierauf wird die Beratung der Anträge Ag 11 c und Gen. (Soc.) und Lengmann (fr. Sp.) auf baldige Vorlegung eines

Reichs-Vergesetzes

fortgesetzt. In Verbindung damit steht die Beratung des Antrags P e t o d a (C.) auf Einführung sonntäglich Schutzmahregeln für Zünftlerarbeiten.

Hr. Thiele (Soc.)

In den bisherigen Debatten über Erlaß eines Reichs-Vergesetzes wurde von den Gegnern meines Antrags geltend gemacht, daß eine größere Belastung des Bergwerkes nicht zulässig sei. Aber die Befürchtung ist nicht begründet, daß der Bergbau durch eine etwas größere Belastung unrentabel werden wird. Die Verträge über die Niederrheinischen Montanwerke ergeben für das Jahr 1897, daß an 8264 Arbeiter etwas über 3 Millionen Mark an Löhnen gezahlt sind. Der Bruttogewinn betrug 2 671 000 Mark, und es blieb ein Reingewinn von über 1 440 000 Mark übrig. Im Jahre 1898 betrug der Bruttogewinn ziemlich 2 800 000 Mark und der Reingewinn überstieg 1 1/2 Millionen. Bei so hohen Gewinnen kann wohl eine Festsetzung der Löhne und eine weitere Ausdehnung für sorgfältige Inspektion nicht als zuviel verlangt hingestellt werden. Die Bergwerks-Unternehmer freilich sehen die Forderungen der Bergarbeiter ganz anders an.

Von einem der Redner ist darauf hingewiesen worden, daß die Löhne der Arbeiter stetig seien. Das ist bei den Braunkohlenbergwerkern nicht der Fall. Das Einkommen hat sich zwar ein wenig erhöht, dafür sind aber die Arbeitsleistungen erheblich größer geworden. Von 1897—1898 stieg die Arbeitsleistung der Arbeiter im Gebiet des Oberbergamts Halle um 6 1/2 Proz., während der Lohn nur um 3,2 Proz. bei den unterirdischen Bergarbeitern, um 1,9 Proz. bei den Tagelöhnern stieg. Also eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 2,5 Proz. eine Steigerung der Leistungen um 6 Proz.

Wie außerordentlich gestiegen die Leistungen sind, mag folgender Vergleich zeigen. Im Jahre 1888 förderte jeder Bergmann des mitteldeutschen Braunkohlenreviers ca. 681 Tonnen im Durchschnitt, 10 Jahre später, 1898 betrug die Förderung pro Kopf aber 780 Tonnen. Der Wert der 1888 gefördert Kohlen betrug für den Arbeiter 170 Mark, im Jahre 1898 1708 Mark. Von den 188 Mark Mehrertrag sind aber den Arbeitern im Durchschnitt nur 45 Mark als Lohnerhöhung zugefallen. Das Mehrerzeugnis fließt der Unternehmer ein. Dabei sind gerade im mitteldeutschen Braunkohlenrevier die Löhne zahlreicher als in irgend einem anderen deutschen Bergrevier. Die Arbeit ist dort auch außerordentlich gesundheitschädlich. Ein Bergmann, der 35 Jahre alt ist, der 10—15 Jahre in die Grube gegangen ist, sieht aus wie ein gebrochener Mann. Hier könnte nur durch eine eingehende Inspektion Besserung geschaffen werden.

Als zweites Beispiel dafür, wie begründet die Einwendung ist, die Bergwerksbesitzer heute zu sehr belastet, führe ich die Mansfelder Bergwerks-Gesellschaft an, der ja von Dr. Arendt ein hohes Loblied gesungen ist. Die Verhältnisse in diesem Revier sind aber geradezu traurig. Gewöhnlich stellt sich der Vork, daß die Schächte so beschaffen sind, daß man beinahe vielleicht in gebärdeter Stellung darin gehen und sich häufiger ausruhen kann. Das ist aber dort nicht der Fall. Die Vergleute müssen acht Stunden lang auf der Seite liegen, haben auf der linken Seite und unter dem linken Arm ein Brett und müssen in dieser liegenden Stellung beständig Erz hacken. Ueber sich, links und rechts, vor und hinter sich haben sie nur Steine und die Dunkelheit wird nur durch das böhrende Grubenlicht erhellt. Dabei ist die Gewerkschaft ein Lohnsystem eingeführt, das geradezu schändlich ist. Es ist das System des sogenannten Kaufgebildes. Die Zonne Erz wird mit 15 Mark im Kaufgebilde angeboten. Eine Kameradschaft kauft das Gebilde. Eine bietet 12 Mark, eine andere 10 Mark und schließlich wird manchmal die Zonne Erz mit 7 oder 8 Mark zur Förderung übernommen. Dabei wird der Lohn monatlich einmal gezahlt und zwar immer am 15. Der Lohn für den vorausgegangenen Monat, die 14 Tage Lohn, bleiben also noch stehen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind dort 18 000 Mann beschäftigt. Nehmen wir an, daß ein jeder 2 1/2 Mark verdient, so macht das 45 000 Mark und in 14 Tagen 1/2 Million. Die Jinsen dieser halben Million sollen stets der millionenschweren Gewerkschaft in die Tasche.

Ebenso ist die Ausbeutung der Kinder dort eine geradezu schandliche. 724 jugendliche Arbeiter sind in der Mansfelder Bergwerks-Gesellschaft beschäftigt, davon 684 unter Tage. Diese Kinder müssen Karren von 3—4 Centnern laden und sie durch ganz enge Gänge hindurch schieben. Ihr rechtes Bein ist mit einem Riemen an die Karre gebunden. Unter dem linken Arm und am linken Bein haben sie ein Holzbrett. So müssen sie sich unter dem harten Gestein 50—100 Meter fortbewegen. Für diese Arbeit bekommen sie einen Lohn von 1,28 bis 1,48 Mark pro Tag. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei ist die Mansfelder Bergwerks-Gesellschaft ein millionenreich. Sie hat nach dem Handels-Innenbericht von 1897 bei 49 Millionen Mark Einnahmen und 46 Millionen Mark Ausgaben und drei Millionen Mark Ueberschuß, im Jahre 1898 und vier Millionen Mark Ueberschuß. Da ist noch nicht eingerechnet die Summe von drei Millionen Mark, die bereits als Dividende gezahlt wurden.

Natürlich sind unter den erwählten Arbeitsbedingungen die fittlichen Verhältnisse unter den Arbeitern nicht gerade die besten. Gewiß gibt es gerade in dem Mansfelder Revier eine große Reihe von sehr wichtigen und braven Leuten, aber zugleich kommen in diesem Revier die meisten Notheitsvergehen in ganz Mittel-

deutschland vor. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde deshalb auf diese Leute wahrlich keinen Stein, denn wenn die Arbeitsverhältnisse so sind, wo soll da die sittliche Bildung herkommen. Juden sind die Leute geradezu auf Vernehmung der Steiger angewiesen, denn die Zonne Erz wird nicht bezahlt nach dem, was gefördert wird, sondern nach dem, was in die Schütte kommt, und über die Menge dessen, was ausgehoben werden muß, entscheiden die Steiger. Diese Steiger sind es andererseits, die die Löhne außerordentlich drücken und geradezu fanatisch alle Bestrebungen der Arbeiter, sich zu organisieren, unterdrücken. Vor kurzem noch sind fünf Arbeiter entlassen worden, die zum Teil 8—10 Jahre im Dienst standen und die sich absolut nichts halten zu Schulden kommen lassen. Lediglich weil sie dem Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband beigetreten waren. Es ist ganz zweifellos, daß infolge dieser Zustände eine gewaltige Minderung unter den Bergarbeitern herrscht, von der manche keine Ahnung haben, obwohl sie mitten unter ihnen wohnen.

Bei unserer Forderung eines Reichs-Vergesetzes ist uns das Wichtigste, daß der Staat endlich den Versuch macht, die Accordarbeit in Bergwerksbetriebe vollständig zu verbieten. — Das feste Gebilde muß für alle Arbeiter eingeführt werden und ferner muß ein gewisser Minimallohn gewährleistet werden. Es darf nicht vorkommen, daß eine stündliche Schicht unter Tage mit weniger als 4 Mark entlohnt wird. Die jetzigen Gewinne der Bergwerksbesitzer genügen sehr wohl dazu, um eine derartig feste Entlohnung zu ermöglichen. Die Kohlenpreise werden ja bei jeder Gelegenheit erhöht, denken Sie doch nur an den großen Streik, der jetzt in Oesterreich ausgebrochen ist. Sofort ist der Preis der Kohle wegen Kohlemangels in die Höhe gegangen. Und daselbst geschieht jeden Winter, ohne daß die Produktionskosten sich auch nur um einen Pfennig vermehren. — Jedenfalls muß aber unbedingt der Accordlohn abgeschafft und ein Minimallohn bewilligt werden.

Auch die Inspektion ist sehr mangelhaft. Mir hat einmal ein Bergmann erzählt, er habe in 15 Jahren einmal einen Bergbeamten zu Gesicht bekommen. Die Bergbeamten gehen nicht etwa in den von mir bezeichneten Gängen umher, sie gehen nur in den Hauptgängen spazieren, wo die Pferdebahn fährt. So kann nur durch Abhilfe geschaffen werden, wenn den Bergarbeitern selbst ein Teil der Kontrolle gegeben wird. Es ist nur ein Gebot der Menschlichkeit, daß endlich auf diesem Gebiete eine einheitliche reichspolitische Regelung eintritt. Wenn die Regierung bis jetzt eine sozialpolitische Maßnahme ergriffen hat, hat sie stets einen Fehler gemacht. Hoffentlich thut sie hier das Rechte. Denn ich trage kein Bedenken zu sagen: Kein Thron eines deutschen Bundesfürsten ist so wertvoll, wie die Gesundheit irgend eines Bergarbeiters. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Franken (natl.):

Im rheinisch-westfälischen Bezirk sind die Löhne der Bergarbeiter wesentlich gestiegen. Die Direktoren haben auch freiwillig für gesunde und fruchtbar Arbeiterwohnungen gesorgt. Der Abg. Sachse hat kürzlich auch das Grubenunglück auf der Zeche „Vorwärts“ erwähnt und zugewinkt, daß Sicherheitsvorrichtungen da waren. Wer nun die Explosion verschuldet hat, ist nicht zu ermitteln gewesen. Auch wir bedauern, daß dabei Bergarbeiter ums Leben gekommen sind. Aber der Tod macht eben keinen Unterschied. Die Männer der Preussischen Bergbauverwaltung, die ein Mann wie der Abg. Sachse ein Sachverständiger in Bergarbeiterfragen ist. Wo berechnete Klagen laut werden, wollen wir gern die Hand bieten, um dem Bergarbeiter in seinem schweren Verufe Erleichterungen zu schaffen.

Hr. Hilde (natl.):

Der Abg. Thiele hat es gerügt, daß die jugendlichen Bergarbeiter oft in so niedrigen Gängen arbeiten müssen. Wollte man aber überall größere Räume herstellen, so würden dadurch so gewaltige Kosten entstehen, daß der Bergbau überhaupt nicht mehr lohnte. In den niedrigen Gängen müssen junge Leute beschäftigt werden, erwachsene können dort nicht arbeiten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ob Sie (zu den Sozialdemokraten) das für richtig halten, kann mir gleich sein. Ich erkläre gern, daß unsere ganze Partei den Wunsch hat, dem Bergmann in seinem schweren Verufe Erleichterungen zu bringen. Aber den Wunsch des Abg. Thiele, daß man im Reichs-Vergesetz die Accordarbeit beseitigen möchte, kann ich nicht teilen. Die fleißigen und geschickten Arbeiter würden auf einmal degradieren. Im Bergwerk läßt es sich nun einmal nicht machen, daß die Arbeiter alle in einem großen Saale thätig sind. Sie müssen einzeln arbeiten, und da muß jedem Gelegenheit gegeben werden, sich durch Fleiß und Geschicklichkeit ein höheres Einkommen zu verschaffen als die anderen. Abg. Sachse hat in der letzten Sitzung, in der wir vom Reichs-Vergesetz sprachen, auch ausgeführt, die Arbeiter hätten von der „Westfalia“ nicht den Lohn bekommen, der ihnen versprochen worden sei. Es ist aber vor Gericht festgestellt worden, daß die Angabe, es sei ein Mindestlohn von 4 Mark versprochen worden, nicht wahr ist. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Herr Sachse hätte das Urteil kennen müssen. Ein Bergarbeiterführer hat ja die Leute verführt, zu fliehen. Wenn aber Herr Sachse von dem Prozeß nicht erfahren hat, dann hat er so leichtfertig gehandelt, daß wir ihm in Zukunft nicht wieder glauben werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr Sachse hat schließlich behauptet, die Verriegelungsvorrichtungen seien selten im Stande. Schand daran sind die Arbeiter. Sie benutzen die Vorrichtungen erst, wenn der Vergunpaktor kommt. Sind sie dann nicht in Ordnung, dann können sie natürlich nicht in einem Augenblick in Stand gesetzt werden. Die Lösung geht aber nicht von der Verwaltung, sie geht von den Arbeitern aus. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hr. Arendt (Sp.):

Ich danke dem Redner für die Sympathie, die er den Mansfelder Vergleuten entgegengebracht hat. Herr Thiele hat recht, der Bergbau ist schwer, aber das liegt in der Natur des Bergbaus, und das ist nicht zu ändern, wenn man den Bergbau selbst nicht aufgeben will. Die Mansfelder Vergleute werden älter als Herr Thiele gesagt hat. Amürieren sie sich aber zeitig, so kommen sie auch zeitig in Pension. Das Lohnsystem, das in Mansfeld besteht, ist bei den dortigen Vergleuten durchaus bestritten. Mir ist noch keine Beschwerde zugegangen und ich bin doch Landtags-Abgeordneter für den Kreis Mansfeld. (Lachen links.) Es ist nur eine Stimme der Anerkennung unter den Arbeitern für die Betriebsleitung. Die Arbeiter sind jahrelang beschäftigt worden, ohne daß der Bergbau für die Bergwerks-Gesellschaft brachte. Wenn jetzt wieder eine kleine Dividende verteilt wird, so ist das nichts Unrechtes. Die Art der Agitation der Herren Thiele und Sachse wird der Sozialdemokratie so sehr schädlich erwünschten Eingang in das Mansfelder Gebiet nicht schaffen. Wohlthaten sind vorgekommen, es handelt sich aber dabei nicht um die eingefessenen Mansfelder Vergleute, sondern um eingewanderte, namentlich um Ausländer, Italiener. Schlimmer wie anderswo ist es in Mansfeld auch nicht. Die Mansfelder Vergleute sind so hochentwickelt, daß sie sich der Sozialdemokratie nicht ergeben haben. Daher auch der Jörn der Sozialdemokratie.

Herr Thiele sprach von Versteigungen. Wie hoch müßte das Einkommen der bestbezahlten Steiger und der bestbezahlten Kameradschaften sein, wenn so hohe Summen abgeführt werden könnten. Warum bringt Herr Thiele nicht substantiierte Beweise für seine Behauptungen? Er wird es nicht können. Häuser besitzen viele Steiger, aber auch viele Arbeiter. Durchstreiferien in größerem Umfang aber kommen nicht vor. Die Steiger bekämpfen die Sozialdemokraten nicht fanatisch wie die Arbeiter selbst. Von einer dumpf gährenden Stimmung der Mansfelder Vergleute ist keine Rede, es herrscht überall frohe Unversicht. Das beweist auch der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Für die Sozialdemokratie stimmen nur Nicht-Vergleute. (Lachen links.) In Bergarbeiterorten sind für mich 1100, für die Sozialdemokratie

9 Stimmen abgegeben worden. Die Vergleute legen ihre Ehre daran, daß keine sozialdemokratische Stimme unter ihnen abgegeben wird. In Mansfeld bekämpfen eben die Arbeiter die Sozialdemokratie und diese Art der Bekämpfung aus den Arbeiterkreisen heraus ist für die Arbeiter, deren Interessen zu schützen die Herren zwar vorgeben, die durch die henerischen Agitationen aber nur geschädigt werden. (Beifall rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Thiele-Halle (Soc.):

Ich habe mich wochen nur so wenig als möglich mit den politischen Verhältnissen des Mansfelder Bergreviers beschäftigt, aber die Ausführungen des Herrn Vorredners zwingen mich daraus noch etwas näher einzugehen, um zu zeigen, in wieviel schlechten patriarchalischen Verhältnissen die Vergleute dort sich befinden. Herr Arendt sagte, ihm hätte noch kein Bergmann eine Beschwerde vorgebracht. Nach den Erfahrungen, die ich im Mansfelder Bezirk gemacht habe, finde ich das begreiflich. Ich möchte die Worte, die mir gegenüber über die Person des Herrn Arendt und den Zwang, ihn zum Reichstag wählen zu müssen, gefallen sind, nicht wiederholen. Das aber kann ich ihm sagen: Schmeicheleien waren es gerade nicht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wie sollen sich diese Leute also mit ihren Beschwerden persönlich an Herrn Arendt wenden? Wenn Sie glauben, Sie seien der Vertraute der Vergleute, so sind Sie auf dem Holzwege, Herr Arendt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie schämen uns auch zu sein, wenn Sie meinen, wir hätten die Vergleute, weil wir sie noch nicht für uns gewonnen haben. Wie sieht es denn mit der Mansfelder Organisation? Sie bestand gegen Gesetz und Recht, solange das Verbindungsverbot politischer Vereine noch Gesetz war. Obwohl alle politischen Tagesfragen in den einzelnen Vereinen erörtert wurden, wurden die Vereine von der Staatsanwaltschaft nicht als politisch angesehen. Die Versammlungen des reichstreuere Vereins sind oft schlecht besucht. Die Steiger aber zwingen die Leute zum Versammlungsbesuch. So sagte der Augspitzer Steiger Enke, ein Donnersvetter soll dreinschlagen, wenn die nächste Versammlung nicht besser besucht ist. (Heiterkeit.) So sieht die Musterorganisation der Mansfelder Vergleute aus. Doch zu wichtigeren Dingen! Herr Arendt verlangte den Beweis für die Unrechtheit der Steiger. Nun, einem Winden kann man nicht das Sehen beibringen, und wenn Herr Arendt behauptet, die Verhältnisse dort zu kennen und von dieser Versteiftheit trotzdem nichts gemerkt hat, so muß er blind sein. Wenn er aber durchaus Beweise verlangt, so will ich ihm auch einen Fall anführen. Der Steiger Rothe, mit „H“ in Vennsdorf, mit „n“ (Heiterkeit), hat mit dem Material der Gewerkschaft und von Maurern und Zimmerleuten der Gewerkschaft für sich ein Haus errichten lassen und das sind nicht Häuser, die die Gewerkschaft befürwortet. Ebenso ist es auch jedem, der die Verhältnisse dort kennt, ganz bekannt, daß dort häufig Steiger die Frauen der Vergleute als ihr Eigentum betrachten. Wenn wir solche Behauptungen in unserer Presse aufstellen, werden wir ja immer bestraft. Denn der Beweis der Wahrheit kann nie erbracht werden, weil die Leute aus Furcht, entlassen zu werden, die Aussage verweigern. Denn im Mansfelder Kreise abgelegt zu werden, bedeutet so viel als des Landes verwiesen zu werden. Herr Arendt hat es weiter so hingestellt, als seien die Verhältnisse im Mansfelder Revier so günstig, daß es für die Arbeiter ein wahrer Genuß wäre zu verunfalligen. Dagegen spricht die Thatsache, daß gerade aus diesem Gebiet heraus außerordentlich viel Klagen an das Reichs-Versicherungsamt kommen wegen zu geringer Festsetzung der Rente. Die Leute werden zum Teil direkt um ihre Rente geprellt. — Wenn Herr Arendt behauptet hat, daß er von einer erregten Stimmung unter den Mansfelder Vergleuten nichts wisse, so beweist das auch wieder nur, daß er gegenüber den Thatsachen blind ist. — Von einer großen Arbeiterfürsorge der Mansfelder Unternehmer, die Herr Arendt rühmend hervorhob, kann keine Rede sein; gewiß sind ja einige Wohlthäter für die Arbeiter gebaut, aber was will das sagen bei einer Anzahl von 80 000 Arbeitern. Wie traurig die Verhältnisse der Arbeiter dort sind und wie zurückgeblieben sie geistig sind, geht auch schon daraus hervor, daß Giesleben, welches seiner Zeit einen Luther in die Welt schickte, heute einen Arendt zu seinem Vertreter wählt.

Hr. Dabach (C.):

Herr Hilde hat bestritten, daß die Verriegelungsanlage erst eingerichtet wird, wenn die Inspektion kommt. Das ist aber auch nicht behauptet worden. Thatsache dagegen ist, daß die Verriegelungsanlage meist erst in Betrieb gesetzt wird, wenn sich der Aufsichtsbeamte naht. (Sehr richtig! im Centrum.) Das ist auch in einer Gerichtsverhandlung im Anschluß an das Unglück auf der Zeche „Vorwärts“ durch die Jüngern allgemein anerkannt worden. Danach liegen die Anlagen oft bis einen Monat lang außer Betrieb. Die Strafe, zu der die Unternehmer verurteilt wurden, war trotzdem eine sehr geringe. Da ist es nicht zu verwundern, wenn diese Leute in ihrer Profitgier gerne die kleine Geldstrafe auf sich nehmen, weil sie durch die Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften oft das Zehn- bis Hundertfache dieser Summen wieder verdienen. (Sehr richtig! links.)

Wenn man uns auf die Landesgesetzgebung zur Abhilfe dieser Uebelstände verweist, so ist erstens zu bemerken, daß einzelne Staaten nicht einseitig mit der Herabsetzung der Arbeitszeit u. S. vorgehen können, und außerdem werden wir später in diesem Hause ein viel besseres Vergesetz zu Stande bringen, als dies in den Einzelstaaten möglich wäre. Ich erinnere nur an die Roselle zum Vergesetz, die 1892 der Minister v. Verlepsch dem preussischen Abgeordnetenhaus vorlegte. Sie wurde auch von den Nationalliberalen als das bestmögliche Gesetz. Schließlich ist für uns auch der Grund maßgebend, daß es nur durch ein Reichs-Vergesetz verhindert werden kann, daß Arbeiter, die nach einer anderen Gegend gehen, ihre Ansprüche an die Anapflichtklassen verlieren. (Bravo! im Centrum und links.)

Hr. Dr. Arendt (Sp.):

Gegenüber dem Abg. Thiele will ich nur konstatieren, daß ich mit mehr als der Hälfte der Stimmen aller Wahlberechtigten in den Reichstag gewählt bin und denselben Kreis im Abgeordnetenhaus seit 10 Jahren verrete. Das läßt doch darauf schließen, daß ich bei den dortigen Vergleuten großes Vertrauen genieße. Der Fall des Steigers Rothe, den Herr Thiele anführte, wird selbstverständlich untersucht werden. Eenergisch verwahren muß ich mich aber dagegen, daß Herr Thiele den Steigern im allgemeinen den schweren Vorwurf macht, sie betrachten die Frauen der Vergleute als ihr Eigentum. Herr Thiele hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, es sei in Mansfeld ein Genuß für die Arbeiter zu verunfalligen, da die Renten so hohe seien. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß wenn die Gesundheitsverhältnisse dort so wären, wie es der Abg. Thiele hinsichtlich der Kosten der Anapflichtklassen im Mansfelder Revier viel größer sein müßten als anderswo, und daß das nicht der Fall wäre. Von einer glänzenden Fürsorge für die verunfalligten Arbeiter habe ich nicht gesprochen. Im übrigen gelten die Mansfelder Einrichtungen für Arbeiterwohlthätigkeit seit lange als musterhaft. — Die Vernehmung des Herrn Thiele über Luther und mich halte ich für zu geschmacklos, um auf sie einzugehen. (Witze des Präsidenten.)

Vizepräsident Schmidt: Das Wort „geschmacklos“, angewandt auf ein Mitglied des Hauses, halte ich für nicht parlamentarisch.

Hr. Thiele (Soc.):

Ich habe nicht behauptet, daß die Steiger im allgemeinen sich an den Frauen der Vergleute vergingen (Widerspruch rechts), sondern selbstverständlich bezog sich meine Äußerung nur auf einzelne Steiger. Ich muß ferner erneut behaupten, daß Herr

Arndt die Verhältnisse der Bergleute als besonders günstig hingestellt hat, während sie außerordentlich ungünstig sind. Wenn sich schließlich Herr Arndt auf die große Zahl von Stimmen beruft, die er bei den Wahlen erhält, so will ich nur bemerken: wenn dort in der That die Wahl eine geheime wäre und die Arbeiter nicht Wahrgelungen fürchteten, so würden ihm von seinen vielen Stimmen sehr bald recht wenige übrig bleiben. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Das Schlusswort erhält

Abg. Sachse (Soe.):

Es ist behauptet worden, die Bergleute selbst wollten nichts von der Abschaffung der Accidatbeit wissen. Sicherlich würden sie aber mit Freuden dafür eintreten, falls als Schlichtlohn nicht mehr solche Hungerlöhne gezahlt werden wie jetzt. — Was den Vorfall auf Reche „Anfertigung“ anlangt, so wurden dort 33 ungrische Arbeiter durch die Polizei vertrieben, als sie den ihnen versprochenen Lohn von der Verwaltung verlangten. Der dortige „Generalanzeiger“, ein sogen. unparteiisches Blatt, berichtet nach den eigenen Äußerungen der Leute: 20 Gulden Schlichtlohn sei ihnen versprochen, aber nur 1,50 Gulden hätten sie erhalten, im übrigen hätten sie von ihren Ersparnissen leben müssen. Gätten sie gewußt, wie wenig dort zu verdienen sei, wären sie lieber in Ungarn geblieben. — Auch die dortigen christlichen Arbeitervereine haben verlangt, daß man nicht Ausländer als Lohnarbeiter benutze. Unsere nationalen Arbeiter verstehen eben die nationale Politik, die die Unternehmer im Interesse des Geldsais treiben, nicht. — Herr Hilb hat behauptet, daß die Bergleute nicht zu Ueberstunden gezwungen würden. Thatsache ist aber, daß, wer die Ueberstunden nicht macht, hinausfliegt. Es kommt vor, daß öffentlich angeschlagen wird: „wer die Ueberstunden nicht machen will, möge sich auf dem Bureau melden“, und daß die Leute, die sich dann melden, sofort entlassen werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Herr Arndt hat es für gerechtfertigt erklärt, daß der Arbeiter Lohn, weil er wegen Bettelns bestraft war, entlassen wurde. Das war recht schön, Herr Abgeordneter, diesem Arbeiter, der sich aus eigener Kraft später so emporgearbeitet hat, es vorzuwerfen, daß er zur Zeit, als es ihm ganz schlecht ging, auf der Landstraße betteln mußte. — In dem Fall des Maschinenwärters aus dem sächsischen Bergwerk muß ich zugeben, falsch berichtet zu sein. Ich bedauere es sehr, daß der sächsische Herr Bundesratsmitglied heute nicht anwesend ist. Ueberhaupt ist es ein Armutszugnis für uns parlamentarischen Zustände, daß an Schwermühen der Bundesratsmitglieder leer ist. Ueberdies muß ich dabei bleiben, daß wenn auch in diesem einzelnen Falle der Mann nicht 30 Stunden mit Einschluß des Sonntags gearbeitet hat, doch im Gegensatz zu der Behauptung der Gewerbeinspektoren in einzelnen sächsischen Bezirken des Sonntags Ueberstunden gemacht werden, ohne daß die Erlaubnis des Bergamts dazu eingeholt wird. Ueberdies will ich hier feststellen, daß der Arbeiter, der sich für mich erkundigt hatte, wer die 30 Stunden gearbeitet hätte, nur wegen dieser Nachfrage sofort entlassen ist. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Mit so niedrigen Mitteln kämpfen die Unternehmer gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit. — Herr Dertel hat die v. Arnim'schen Werke ganz besonders in Schutz genommen. Die Zahl der Krankenkasse ist aber dort thatsächlich eine besonders hohe. Ich würde dem Herrn Dertel empfehlen, einmal statt ins Bad auf vier Wochen in diese Arnim'schen Werke in Arbeit zu gehen, dann würde es seiner weisen Weife wohl bald leichter werden, seinen umfangreichen Korpus zusammenzuhalten. (Große Heiterkeit.)

Abgeordneter Dertel mißt seinen Rock auf und zeigt, daß er heute gerade eine schwarze Weife trägt. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Ich komme zu den Ausführungen, die neulich der Abg. Hilb mir gegenüber gemacht hat. Der Abg. Hilb hat sich schwere Verleumdungen gegen die Bergarbeiter zu schulden kommen lassen. Er meinte, die Anaptychast-Krankenkassen zahlten neuerdings  $\frac{2}{3}$  des Lohnes als Krankengeld. Da sei es kein Wunder, wenn die Arbeiter jetzt länger krank seien als früher. Es ist nicht zu bezweifeln, wie Herr Hilb, der doch Vorstandsmittglied der Anaptychastklasse zu Bochum ist, eine solche Behauptung aufstellen kann. Zu dem Statut dieser Anaptychastklasse heißt es ausdrücklich: „Das Krankengeld beträgt die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohns.“ Und Sie werden keine andre Anaptychast-Krankenkasse nennen können, wo mehr gezahlt wird. Ich muß also gegen die Verleumdungen und noch dazu durchaus unrichtigen Angaben des Herrn Hilb protestieren. — Ferner muß ich noch auf die Ausführungen des Herrn Hilb eingehen, in denen er meinte, er sei nicht für geheime Wahlen der Anaptychastklassen. (Widerpruch des Abg. Hilb.) Sie haben sich gegen die geheimen Wahlen ausgesprochen. (Neuer Widerpruch des Abg. Hilb.) Sie sagten ferner nach dem Stenogramm: „Die durch die geheimen Wahlen gewählt werden, sind nicht die Richigen und Soliden, sondern die Schwäger und Schreier, die abends auf den Bierbänken sitzen.“ Das ist wieder eine schwere Verleumdung. Wo auch immer Arbeiter gewählt werden, es sei zu welcher Funktion es wolle, Schwäger werden niemals gewählt. Ich weiß nicht, Herr Hilb, ob das in Ihrem Kreise bei den Reichstagswahlen etwa vorkommt. (Große Heiterkeit.) Die aber ihre Rechnungen richtig durchblicken, die werden allerdings gewählt. — Ich muß Herrn Hilb ferner darauf aufmerksam machen, daß auch in seinen Betrieben Geldstrafen vorkommen, und zwar Geldstrafen bis zu 6 M. Jedenfalls möchte ich Herrn Hilb dringend bitten, wenn er wieder einmal über Bergarbeiterfragen sprechen sollte, sich nicht wieder so schwere Verleumdungen zu schulden kommen zu lassen. Ich möchte auch noch kurz auf die Täuschungen hinweisen, die in Bergwerken leider immer noch vorkommen. Hört man, es kommt ein Inspektionsbeamter, dann werden plötzlich weniger Arbeiter unter Tage beschäftigt, damit es so ansieht, als sei immer so viel Luft vorhanden. Wären diese Arbeiter an der Kontrolle beteiligt, so könnte so etwas nicht vorkommen.

Zum Schluß noch einige Worte über die Möglichkeit, ein Vergütungsgesetz einzuführen. Die jährlichen Ausgaben würden nicht zu hoch sein, und die Grundverwaltungen wären ganz gut im Stande, diese Kosten zu tragen. Es wird allgemein bekannt sein, daß die deutschen Grundverwaltungen noch nie so günstige Geschäfte gemacht haben wie in den letzten Jahren, namentlich seit 1897. Dem gegenüber sind freilich die Lohnsteigerungen geradezu verschwindend. Ich habe hier ein Verzeichnis, das über die Verhältnisse von 46 Gewerkschaften des weisfällischen Gebietes Aufschluß giebt. Da ist z. B. die Ange der Reche „Konstantin der Große“ von 13 250 am Anfang des Jahres 1898 auf 16 800 am Ende desselben Jahres angewachsen. Unter den 46 Bechen haben nicht weniger als 39 ganz gewaltige Anstiege zu verzeichnen. Demgegenüber sind die Durchschnittslöhne z. B. in Sachsen um nur 18 M. gestiegen. Und wenn die Regierung ihre Statistik offenerhandelt aufstellte, würde sich sofort nachweisen lassen, daß der Mehrerwerb nur durch das kolossale Wachsen der Sonntagsarbeit zu erklären ist. Wir wünschen nicht, daß diese Verhältnisse durch die Gesetzgebung in den Einzelstaaten geregelt werden. Da schiebt es ein Staat auf den andern; keiner will den Anfang machen. Die Klagegegengesetzgebung muß eingreifen. Es ist hohe Zeit, daß die kläglichen Verhältnisse im Bergarbeiterstande beseitigt werden. Wenn Sie nur wollen und ein Herz für die Arbeiter haben, dann wird es auch vorwärts gehen und die Regierung wird glimpflich genug sein und unsren Vorschlägen beitreten. Mit dem Zusatzantrag Letocha sind wir einverstanden. Ich bitte Sie nochmals, uns nicht auf die Landesgesetzgebung zu verweisen; da werden wir nie und nimmer zum Ziel kommen. Hier ist der richtige Ort, Wandel zu schaffen. Ich bitte Sie, stimmen Sie unsern Anträgen zu. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Die freisinnigen Antragsteller verzichteten auf das Schlusswort.

Präsident Graf Ballestrem:

Der Abg. Sachse hat es für angemessen erachtet, die Körperlichkeiten des Herrn Abg. Dertel in scherzhafter Weise in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen. Da dies in gutmüthiger Weise erfolgt ist (Heiterkeit), habe ich nicht geglaubt, daß er

gegen die Ordnung des Hauses verstoßen hat. Ich möchte aber allen Herren Kollegen anheimgeben, doch nicht dem Beispiel des Abg. Sachse zu folgen. (Bravo! rechts.) Wohin soll es führen, wenn wir die körperliche Ermüdung des andern bis Uebersicht ziehen? Das würde nach meiner Ansicht gegen die Ordnung des Hauses verstoßen. (Sehr richtig! rechts.)

In einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Dertel (L.):

Da ich fürchte muß, daß ich in den engen Gängen, die der Herr Abg. Thiele erwähnt hat, nicht in der Lage wäre, zu arbeiten, kann ich dem Rate des Abg. Sachse leider nicht folgen. (Große Heiterkeit.)

Hierauf werden die Anträge Letzmann und Agster mit dem bereits früher begründeten Zusatzantrag des Abg. Letocha, der Sanktionsvorschriften für die Arbeiter in Zinkhütten fordert, gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Antrag Prinz Ardenberg und Genossen betreffend Änderungen des Strafgesetzbuchs im Sinne einer Verschärfung der Strafen für Ruppel u. s. w., sogenanntes lex Feinze.)

Schluss 5 Uhr.

## Abgeordnetenhans.

2. Sitzung vom 21. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Hr. v. Hammerstein.

Die zweite Etatsberatung wird beim

### Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung

fortgesetzt.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (Loni):

So glänzend die allgemeine Finanzlage ist, so wenig scheint das, was in dem Etat zu landwirtschaftlichen Zwecken neu eingestellt ist. Alles in allem sind es nur rund 150 000 M. für praktische landwirtschaftliche Zwecke. Und dem steht ein Ordinarium an Verwaltungskosten für die Generalinspektionen u. s. w. in Höhe von 900 000 M. gegenüber. Das Extra-Ordinarium enthält für wirklich praktische landwirtschaftliche Zwecke im ganzen 240 000 M. Da kann man nicht sagen, daß unsre Wünsche beim Finanzminister Widerhall gefunden haben. Um so einbringlicher müssen wir aber an den Landwirtschaftsminister die Mahnung richten, daß er nicht in dieser Weise fortfahre, sondern recht bald ein besseres Tempo auf dem Wege der Fürsorge für die Landwirtschaft einschlage. (Sehr richtig! rechts.) Leider verfährt sich die Lage der Landwirtschaft infolge der Lenteat immer mehr. Es muß ein Gesetz zur strengeren Bekämpfung des Kontraktbruchs geschaffen werden, ähnlich wie es in Anhalt bereits besteht. Dann aber muß der Minister dafür sorgen, daß eine strenge Aufsicht über die Stellenvermittlung seitens der Landesregierung geführt wird; ermöglicht wird sie durch die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, es bedarf nur des schleunigen Erlasses der preussischen Anstaltungsbestimmungen. Dazu aber muß den ausländischen Arbeitern der Aufenthalt für längere Zeit eingeräumt werden. Dann muß der Etat der Landwirtschaft Sanktionen gegen die Einfuhr von giftigen Düngemitteln, die oft ein allgemeines Pflanzensterben verursachen. Bei der Seuchenbekämpfung muß mehr Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft genommen werden, die oft mehr geschädigt werden durch die Sperremaßnahmen als durch die Seuchen selbst. In Zeiten allgemeiner Verelendung, wie wir sie im vorigen Jahre hatten, kann man doch nicht Hagen und Günde, Schwärmen und Fliegen, die Träger des Aufstadiums sind, an die Kette legen. Da sollte man nicht die einzelnen Gehölze unter Sperre legen, sondern die letztere lieber über große Bezirke erstrecken. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß bei den Mandaten die Seuche nicht durch Treppendurchgänge von Kreis zu Kreis, von Provinz zu Provinz verschleppt wird. Auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose muß noch viel mehr gethan werden. Es ist eine Thatsache, daß die Verbreitung unter den Menschen vielfach durch die Milch tuberkulöser Kühe vor sich geht. Es muß ein Gesetz erlassen werden, durch das für solche Tiere die Anzeigepflicht und Abhaltung vorgeschrieben wird. Wenn eine Entschädigung seitens des Staates für die geschlachteten Tiere gewährt wird, wird sich kein vernünftiger Landwirt einer solchen Pflicht entziehen. In dem Maße ist vom Standpunkt der Landwirtschaft auch die Fassung, welche das Reichs-Fleischengesetz erhalten hat. Dieses Gesetz bietet der Landwirtschaft Stetigkeit statt des geforderten Dreies.

Landwirtschaftsminister Hr. v. Hammerstein  
(sehr schwer verständlich):

Ich kann feststellen, daß in den letzten zehn Jahren für praktische landwirtschaftliche Zwecke mehr als 13 Millionen Mark mehr aufgewendet worden. Das ist mehr als in den übrigen Staaten. Wir können auf diese Thatsache mit Befriedigung blicken. Die Landwirtschaftsminister sind von wesentlichem Nutzen für die landwirtschaftliche Verwaltung. Die in den Landwirtschafts-Etat eingestellten Positionen für Anstaltungen betreffen nur nicht schiffbare Flüsse und geschehen hauptsächlich im Interesse der Landwirtschaft. Die Klagen über die Chilisalpeter-Vieferanten, die giftige Dünstoffe liefern, werden mich veranlassen, eine Untersuchung zu veranlassen und für strengere Kontrolle zu sorgen. Was die Lenteat und die Bekämpfung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter betrifft, so kann ich mitteilen, daß bereits in den nächsten Monaten eine Vorlage erscheinen wird, die den Forderungen des Antrags Gamp entspricht. Ueber die Einzelheiten kann ich mich jedoch nicht verbreiten, zumal die Vorlage in vielen Punkten nicht von meinem Ressort, sondern vom Ministerium des Innern ausgearbeitet wird. In der Seuchenfrage ist es schwer, allen Wünschen gerecht zu werden. Die einen klagen über zu große Strenge, die andern fordern rigorosere Maßregeln. Die richtige Mitte zu finden, ist da nicht leicht. Die Frage der Verbreitung der Tuberkulose durch tuberkulöse Kühe halte auch ich für außerordentlich wichtig. Ein mir liegt es nicht, wenn man nicht so eiliglich vorgeht, wie Herr v. Mendel wünscht; doch darf nicht vergessen werden, daß die Frage eine außerordentlich finanzielle Bedeutung für die Staatskasse hat. In einer Begleichung stimme ich mit Herrn v. Mendel vollständig überein. Das ausländische Fleisch darf, wenn es in den inländischen Bezirke tritt, nicht günstiger behandelt werden, als das inländische. Dieser Standpunkt ist durchaus berechtigt; ich glaube aber auch, daß ihn die Reichsregierung teilt. Was die Lenteat betrifft, so möchte ich noch hinzufügen, daß es je länger je mehr notwendig werden wird, durch Anwendung vermehrter Maschinenkraft dem Arbeitermangel vorzubeugen. Leider wird dieser Fortschritt durch den Mangel an genügendem Betriebskapital verhindert, woran überhaupt die Landwirtschaft leidet.

Abg. v. Sanden (natl.):

Den guten Willen der landwirtschaftlichen Verwaltung erkenne ich an, aber Thatsache bleibt, daß in diesem Etat herzlich wenig für die Landwirtschaft geschehen ist. Es muß mehr gethan werden, besonders für landwirtschaftliche Schulen, wenn auch die Not der Landwirtschaft durch den Etat allein nicht beseitigt werden kann. Offenlich wird der Minister das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen und dafür sorgen, daß die Landwirtschaft beim Abschluß neuer Handelsverträge nicht wieder zu kurz kommt. (Bravo! rechts.)

Abg. Schmig (C.):

Die Landwirte sind keineswegs neidisch auf die Industriellen, aber es drängt sich ihnen das Gefühl auf, daß sich der Aufschwung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft vollzieht, und das wäre zu bedauern. Das Beispiel Englands muß uns ein Mene Zerkel sein. Es ist Pflicht der Regierung, den Verfall der Landwirtschaft zu verhindern. Gelegenheit dazu bietet sich beim Abschluß neuer Handelsverträge. Redner weist

auf den steigenden Import von Margarine hin, den er als höchst bedenklich bezeichnet, weil die auswärtigen Fabrikanten nicht an die Bestimmungen des Margarinegesetzes gebunden sind und nicht verpflichtet seien, Selsand zuzusetzen, so daß die Feststellung, ob Margarine oder Butter geliefert sei, sehr erschwert werde. Der Fällung würden dadurch die Wege geebnet. Redner klagt weiter darüber, daß das Volk sich zu wenig auf dem Lande nicht den Wünschen der Agrarier entgegenkomme.

Regierungskommissar Müller

erklärt auf die Anfrage des Vorredners, warum die Statistik über die hypothetische Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes nicht fortgesetzt worden sei, sie sei eingestellt worden, weil aus dem mitgeteilten Material so ungenügende Schlüsse für die Landwirte gezogen worden seien, daß es nicht im Interesse der Landwirte liegen konnte, sie fortzusetzen.

Abg. v. Eynatten (C.):

klagt über den ländlichen Volksschulunterricht, der sich auf viel zu viel Gegenstände erstreckt; sogar die Raumlehre wird gelehrt. Was soll der Dorfjunge damit anfangen? Es genüge durchaus, wenn er bis zum 13. Lebensjahr in die Schule ginge. Auf dem Lande ist ein dreizehnjähriger Junge zu Hause viel besser zu brauchen, als daß er mit 14 Jahren noch in die Schule müsse. Die 15. und 16. jährigen Juchsen sollten zwangsweise auf dem Lande gehalten werden; jeht lände es ihnen leider frei, in die Stadt zu gehen, die Quelle aller ihrer Lasten. Auf diesem Wege lasse sich die Lenteat einschränken, die durch die Ausdehnung des Kleinbauernes noch gefördert werde. Auch die Kleinbauern schaffen ländliche Arbeiter in die Stadt.

Abg. Dr. Girsch (fr. Sp.):

Daß die Landwirtschaft mit schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hat, haben wir stets anerkannt und sind auch bereit, ihr jede mögliche Hilfe zu gewähren, die nicht auf Kosten anderer Klassen erfolgt. Zu den Mitteln, die wir fruchtig acceptieren, gehört in erster Linie die Verbesserung der Ausbildung der Landwirte. Die jetzige Regierung läßt es an Fürsorge für die Landwirtschaft nicht fehlen. Von 1850 bis 1890, also in vierzig Jahren, ist der landwirtschaftliche Etat von 4 auf 11  $\frac{1}{2}$  Millionen gestiegen, von 1890 bis 1900, also in zehn Jahren, jedoch von 11  $\frac{1}{2}$  auf 27 Millionen. Natürlich besagen diese Zahlen nicht, daß auf einzelnen Gebieten nicht noch weitere Verbesserungen notwendig sind. Die Bekämpfung, daß die Not der Landwirte in den letzten Jahren gestiegen sei, ist falsch. Das zeigen die Ergebnisse der Vermögenssteuer. Unsere Kapitalisten, die gut zu rechnen verstehen, würden nicht Millionen in Grund und Boden investieren, wenn sie nicht auf eine angemessene Rente rechneten. Mit der Landwirtschaft geht es jetzt wieder besser; natürlich ist sie wie alle andern Erwerbszweige Schwankungen unterworfen. Aber es ist falsch, zu sagen: die Landwirtschaft ist am Ende. In den Ruf: Thut Eueren Anteil auf, die Landwirtschaft muß erhalten werden, können wir nicht einstimmen. (Lärm rechts.) Die Agrarier wünschen als großes Mittel die Erhöhung der Getreidezölle bei den neuen Handelsverträgen. Von Ihrem Standpunkt des ökonomischen Egoismus ist diese Forderung ja begründet. Aber sind Sie denn allein im Lande? Werden die Handelsverträge nach Ihren Wünschen geändert, dann leidet die Exportindustrie darunter. Im Reiche wird Propaganda für die Flottenvermehrung getrieben. Aber wenn die Flotte Zweck haben soll, müssen wir doch wachsenden Handel mit dem Auslande haben. Die Arbeiter würden doppelt unter der Erhöhung des Brotzolls leiden, als Konsumenten und als Produzenten, so weit sie in der Exportindustrie thätig sind. Leidet die Exportindustrie durch die neuen Handelsverträge, so wird ein Heer von Arbeitslosen entstehen mit allen schrecklichen Folgen für das Gesamtwohl. — Als Grundriß bezeichnet Herr von Mendel die Lenteat. Da müssen wir uns nun gegen alle Polizei- und reaktionären Maßregeln erklären, auf die Sie Wert legen. Herr von Mendel hat das anhaltische Gesetz gegen den Kontraktbruch der Arbeiter, das sogenannte kleine Juchsengesetz, sehr gelobt. Aber dies Gesetz darf uns wirklich nicht zum Vorbild dienen. So ist die Landflucht nicht erfolgreich zu bekämpfen. In der „Koslober Zeitung“ fragt ein Landwirt mit Recht: „Glaubt man etwa die Landflucht damit aufzuhalten, daß man die landwirtschaftlichen Arbeiter schlechter behandelt als die andern, daß man sie unter Ausnahmeregeln stellt?“ Zahlen Sie (nach rechts) Ihren Arbeitern höhere Löhne, wenn es geht. Und sollte es nicht gehen, so geben Sie ihnen wenigstens die Rechte, die ihre Brüder in der Industrie haben. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Wie wäre es weiter, wenn wir nach Analogie der Fabrikinspektoren Landwirtschaftsinspektoren schäfen, um den Wünschen der landwirtschaftlichen Betriebe zu Gunsten der Landarbeiter zu stemmen? (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Geschieht das, dann werden sich die Arbeiter auf dem Lande wieder wohl fühlen. Sie müssen ihrem Freiheitsdrange entgegenkommen, den alle Sozialenmer als treibendes Moment für die Landflucht bezeichnen. Reizere Mittel nützen nichts. Der Herr Minister hat ein Gesetz angekündigt, das den Anträgen Gamp aus vorigem Jahr Rechnung trägt und das zunächst dem Landesökonomie-Kollegium zur Erörterung vorgelegt werden soll. Ich kann nicht beurteilen, wie dieser Gesetzentwurf aussieht, aber Dinge wie Freizügigkeit und Koalitionsrecht sind doch Reichsangelegenheiten und nicht Sache der Einzelstaaten. (Sehr richtig! links.) Wir werden jede Erleichterung der Freizügigkeit bekämpfen. Durch solche Mittel wird nur Erbitterung unter den Arbeitern erregt. Wenn Sie auch zum intensiven Betrieb übergehen und Maschinen in weitem Umfang anwenden, so brauchen Sie desto intelligentere Arbeiter. Und gerade die intelligenten Arbeiter vertreiben Sie durch solche reaktionäre Bestrebungen, während sie durch höhere Löhne und höhere Rechte auf dem Lande gehalten werden könnten. Redner empfiehlt weiter bessere Schulbildung auf dem Lande und nicht Verschlechterung des Unterrichts, wie Herr v. Eynatten wollte. Die Jugend darf nicht durch eine Art Klaunder aus dem Lande geschickt und daneben ihre Ausbildung vernachlässigt werden. Nur durch organisierte Selbsthilfe kann der Landwirtschaft geholfen werden. (Bravo! links.)

Abg. Hr. v. Wangenheim (L.):

In vielen Zweigen der Landwirtschaft ist es ganz unmöglich, die Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Vor Illusionen, auf diesem Wege die Lenteat los zu werden, kann nur gewarnt werden. Die Landwirtschaft ist in erster Linie abhängig von der ganzen Zoll- und Handelspolitik. Der Getreidebau bleibt die Grundlage der Landwirtschaft. Hier kann nur der Staat helfen: er muß bei den neuen Handelsverträgen die Wunden heilen, die er bei den bestehenden der Landwirtschaft geschlagen hat. Herr Girsch hat wieder verlangt, daß aus der Haut der Landwirtschaft bei den neuen Handelsverträgen Nerven geschnitten werden. Wir sind anderer Ansicht. Die Industrie kann viel eher Opfer bringen, als wir. Kann unser Export ohne Schaden der Landwirtschaft gesteigert werden, so haben wir nichts dagegen. Wir meinen aber, daß die deutsche Industrie vor allem den inländischen Markt vollkommen beherrschen sollte, wo sie noch für eine Milliarde Produkte unterbringen kann. Erst muß die heimische Wirtschaft und der heimische Markt gefördert werden, dann erst, so weit es geht, die Produktion für das Ausland. Für eine künstlich gezüchtete Exportindustrie dürfen aber nicht zu große Opfer gebracht werden. (Bravo! rechts.) Von Ausnahmeregeln gegen die Arbeiter ist keine Rede. Wir verlangen nur, daß der Arbeiter, der mit dem Arbeitgeber einen Vertrag schließt, wie jeder andre gezwungen ist, den Vertrag zu halten und ihn nicht willkürlich zu brechen. Dies allein streben wir an. Die Herren von der Linken reden aber immer von den Dingen am liebsten, von denen sie nichts verstehen. (Langanhaltender Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Schluss 4 Uhr.

**Verfassungen.**

Die Freie Vereinigung der Civil-Berufsmänner hatte am 16. Januar ihre Versammlung abgehalten. Nach Besetzung des...

Der Verein der Zimmerer nahm am 21. Januar in seiner Generalversammlung den Bericht über die letzte Vierteljahrsabrechnung entgegen.

Nach Aufhebung des Inverbindungstretens-Verbots, sowie den gefassten Beschlüssen der zweiten Konferenz, tritt für die Berliner Zimmerer zum Zweck der einheitlichen Leitung und Verwaltung...

Die Beschlüsse der zweiten Konferenz, vom 1. April 1900 nachfolgende Änderung in Kraft: 1. Der Verein der Zimmerer Berlins und der Umgegend...

In der hierauf folgenden Diskussion war die große Mehrzahl der Redner für die Einführung des neuen Systems, welches geeignet sei, eine starke Organisation zu schaffen...

Holzarbeiter-Verband. Die Brände der Kohlarbeiter beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung mit Beschlüssen...

Parisen würden nur gemacht, um die Maßregeln einzuschneiden; auch werde Sonntagarbeit verlangt. Ueberstunden würden nicht bezahlt.

Die Ledergerbwerke-Arbeiter und -Arbeiterinnen hatten am 18. d. M. eine Branchenversammlung abgehalten, in welcher das Mitglied Brückner einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt.

Niddorf. In der Versammlung des Vereins „Vorwärts“ vom 16. d. M. gab der Kassierer Müller den Kassensbericht.

Reinickendorf. Der hiesige Wahlverein nahm in der Sitzung am 14. d. M. den Bericht des Vorstandes entgegen.

Im Arbeiter-Bildungsverein in Mariendorf sprach am 17. d. M. Reichstags-Abgeordneter Friß Jußel über das neue Jugendgesetz.

ernannt. Die Bücherausgabe soll Sonnabends von 8 1/2-9 1/2 Uhr abends erfolgen.

Abendhof. Im Socialdemokratischen Arbeiter-Bildungsverein hielt am 18. d. M. Dr. Curt Freudenberg einen überaus interessanten Vortrag über die sociale und hygienische Bedeutung der Profstitution.

Erster. Am Sonntag fand hier eine glänzend verlaufene Volksversammlung statt, die sich mit den bevorstehenden Gemeindevahlen beschäftigte.

Reinickendorf. Der hiesige Wahlverein nahm in der Sitzung am 14. d. M. den Bericht des Vorstandes entgegen.

Im Arbeiter-Bildungsverein in Mariendorf sprach am 17. d. M. Reichstags-Abgeordneter Friß Jußel über das neue Jugendgesetz.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Donnerstag, 25. Januar. Opernhaus. Der Evangelinam. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das Bärenfell. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater**

Behrenstrasse 55/57. Neue Debüts! Neue Debüts! Liane de Vries. Litke Carlsen. Rapoli. Carmen Rosario.

**Apollo-Theater.**

Sensationeller Erfolg! Im Reiche des Indra. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater, sowie im „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

**Central-Theater**

Die kleine Excellenz. Operette in drei Akten von Richard Heuberger. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.

**Carl Weiss-Theater**

Lenore, die Grabesbraut. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Vorrang. Morgen: Lenore. Sonntag: Nachmittags 4 Uhr. Kinder-Vorstellung. Donnerstagen. Kleine Preise.

**Schiller-Theater**

(Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: In Behandlung. Komödie in 3 Akten von Max Dreger. Freitag, abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

**Thalia-Theater.**

Tal. AmstlVA 6440, Drosselstr. 72/73. Täglich: Noch nie dagewesener Vollen-Tochterfolg! Im Himmelhof. Thomas, Thierscher, Selmerding, Junzermann, Paulmaier.

**Metropol-Theater**

Behrenstrasse 55/57. Neue Debüts! Neue Debüts! Liane de Vries. Litke Carlsen. Rapoli. Carmen Rosario.

**Apollo-Theater.**

Sensationeller Erfolg! Im Reiche des Indra. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater, sowie im „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

**Central-Theater**

Die kleine Excellenz. Operette in drei Akten von Richard Heuberger. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.

**Carl Weiss-Theater**

Lenore, die Grabesbraut. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets haben Vorrang. Morgen: Lenore. Sonntag: Nachmittags 4 Uhr. Kinder-Vorstellung. Donnerstagen. Kleine Preise.

**Urania**

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr. Zum erstmaligen: „Von den Alpen zum Vesuv“. Hörspiel!

**Passage-Panopticum.**

Der amerikanische Haar-Athlet Sascha hebt mit den Haaren bis 300 Kilo. Théâtre varié 7-10 1/2 Uhr.

**CASTANS PANOPTICUM**

Neu! Neu! Neu! Cecil Rhodes Chamberlain Ohm Krüger General Joubert Boerensoldaten. Cindarella. Drei Märchengruppen.

**American-Theater.**

Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnabl. Der Riese Wilkins. als: Dir. Strieck auf Reisen in Berliner Montotte.

**Reichshallen.**

Täglich: Stettiner Sänger Anf. 8 Uhr. Entr. 50 Pf. Sonntag: 40 Pf. Balkon 75 Pf. Balkon-Tage 1 M. Orchester. 1,50 Fremdenloge 2.

Wirklichen Kaffee-Geschmack besitzt Kathreiners patentierter Malzkaffee, nach wissenschaftlichem Urteil der beste und gesündeste Ersatz für Bohnenkaffee; als Zusatz allgemein beliebt.

**Palast-Theater**

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Das große erstklassige Januar-Programm. Niagara-Frio, Amphradfahrer auf dem 60 Fuß hohen Drahtseil, Fellostas-Truppe, Akrobaten, Latouré, Miniatur-Lachseiter, Bendix, Osadzan, Wichmanns, Vité, Persival, Voss etc.

**Cirkus Schumann.**

Heute Donnerstag, 25. Januar, prächtige 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm. Nur noch einige Tage: Die ersten und einzigen tausenden und schimmenden Hirsche in Deutschland.

**Sanssouci**

Kottbuserstr. 4a. Heute Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger vorzügliches Programm Hoffmanns reich. Schläger Siehste liebe Hanne!

**W. Noacks Theater.**

Bismarckstr. 16. Goldene Berge. Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Willen und Jacobsohn. Musik von Michaelis.

**Schultze,**

Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Blasen- und Harnleiden ohne Verleumdung. 3575 L.

**Möbelstoffe!**

alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf! Moquetts, Plüsch 5,35 M. per Meter (120 cm breit). Muster b. näherer Angabe franco. Berlin S., Emil Lefèvre, Cranichstr. 158.

**Falbe,**

44. Elsassstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Harnleiden ohne Verleumdung. Sprechst. 9 u. 10 abends. Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Verzögerung der Behandlung 10 Proz. 34542

**Arbeits-Bekleidung**

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur. En gros - Detail. 3572 L.

**Oswald Nier's**

reine ungegypste Traubenweine aus Weintrauben. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäuser, bew. hoch. Rabatt! Zeit 1876-79 eig. Centralgeschäfte (44 in Berlin, 261 in Provinzen) nebst Weinstuben u. 1200 Filialen in Deutschland. Ausführl. Illustr. Preisconrat grat. u. fr.

**Noch nie dagewesen!**

Um das gesunde Trinken meiner sämtlichen Weine in allen Kreisen des gebildeten Publikums namentlich schnell einzuführen, gebe ich eine Reklamekiste enthaltend 12 Original-Flaschen Reclawein gen. „Göttertrank“ sowie 30 Proben meiner 30 and. Weinsorten selbst veran. Ueber-raschung. Mark 15 geg. Nachn. od. Vorh. send. d. Betrag. Jede Flasche für nur 2 exot. Glas, Verpackung, Fracht etc. Die Reklamekiste kann in allen meinen Geschäften bestellt werden, wird aber nur franco direct von meinem Hauptgeschäft in Berlin aus versandt. Bitte versuchen Sie, Sie werden für wenig Geld gesunde und schöne Stunden dabei verliehen u. mein Kunde bleiben. OSWALD NIER, Hauptgeschäft: Berlin N., Lindenstr. 130



### Ein schweres Eisenbahn-Unglück

hat sich gestern morgen um 2 Uhr auf dem Bahnhof Schönhauser-Allee des Nordring der Stadt- und Ringbahn zugetragen. Bei der Entgleisung eines Güterzuges wurden der Heizer Tesche aus Hummelburg getötet, der Lokomotiv- und der Zugführer und ein Bremser schwer verletzt, die Maschine und neun von zwölf Wagen zertrümmert.

Zwölf mit Preshohlen beladene Wagen sollten von Hummelburg über den Nordring nach dem Rangierbahnhof zu Kanfow gebracht werden. Der Zug hatte den Bahnhof Schönhauser-Allee und die Ueberführung der Schönhauser-Allee passiert, als er plötzlich mit einem gewaltigen Krachen liegen blieb. Etwa hundert Schritte jenseits — westlich — der Ueberführung liegt eine Weiche, etwa zehn Schritte weiter ein sogenanntes Herzstück, das Maschinen und Wagen nach Ueberfahren der Weiche in das richtige Geleise zu bringen hat. Die Maschine nahm nun auch den rechten Weg, die Wagen aber folgten nicht dem Herzstück, sondern gerieten auf einen falschen Strang. Die Folge war, daß die nachrückenden, schwerverlumpelten Wagen die Maschine mit einem gewaltigen Knack herunterschoben, so daß sie aus dem Geleise flog und sich vollständig umdrehte, und dann umkippte, so daß sie jetzt in Trümmern mit den Wägen nach oben drückt. Die Wagen schoben sich neben- und übereinander zu einem großen mit Preshohlen untermischten Trümmerhaufen, einzelne Teile flogen seitwärts gegen die Weichung. Der Heizer Tesche versuchte, sich durch einen Sprung von der Maschine zu retten, geriet jedoch gerade zwischen die Lokomotive und die nachrückenden Wagen und wurde totgequetscht. Der Lokomotivführer Tieg wurde durch den Dampf, der nach dem Abbrechen des Wasserstandsrohres dem Kessel entströmte, am ganzen Körper schwer verletzt, der Zugführer Kummert, der hinter der Maschine im Bodwagen gesessen hatte, erlitt einen doppelten Schenkelbruch und eine Quetschung der Brust, und einen Bremser, dessen Name noch nicht bekannt ist, wurde ebenfalls der Brustkasten eingedrückt. Zur Befreiung der Verunglückten aus dem Trümmerhaufen wurden sofort die Bahnhofsarbeiter zugezogen. Leider waren während der Nacht nur wenige anwesend, so daß die Rettungsarbeiten ziemlich lange dauerten. Tesche war, als man ihn endlich unter den Trümmern hervorziehen konnte, bereits tot. Die Säuererwundenen wurden der nahegelegenen Unfallstation II zugeführt. Diese ließ sie mit einem Krankenwagen nach dem Lazarus-Krankenhaus bringen.

Hier mußten sie wegen Platzmangels abgewiesen werden (!), so daß man nun erst den weiten Weg nach dem Krankenhaus am Friedrichshain machen mußte. Die Leiche Tesches wurde später nach dem Schauhaus abgeholt. Der Betrieb war an der Unfallstelle vollständig gesperrt. Die Geleise waren zum Teil verbogen und auseinander gerissen. Nur ein Geleise blieb unversehrt. Dieses wurde zunächst von den Trümmern befreit, um den Nordring-Verkehr aufzunehmen.

Viele Tausende gingen im Laufe des Vormittags hinaus, um sich die Unglücksstelle anzusehen. Auch der Vater des verunglückten Heizers Tesche erschien, um sich nach seinem Sohn zu erkundigen, mußte aber erfahren, daß er tot und bereits nach dem Schauhaus gebracht war. Tesche hinterließ eine Frau mit einem dreijährigen Tochterchen. Von der Ueberführung der Schönhauser-Allee und einem nahe an der Strecke gelegenen Müllablageplatz aus hatte man einen vollständigen Ueberblick über die Trümmerstätte. Diese beiden Stellen waren denn auch fortwährend dicht besetzt. Die Trümmer bildeten ein wildes Durcheinander von Maschinenteilen, zerbrochenen Wägen, Rollen- und Bremsenfedern, Puffern, Preshohlen und anderen Gerätschaften aus den zertrümmerten Padwagen, Kleidungsstücke der verunglückten Leute etc. Eine große Vlutlache mit Behirnmasse bezeichneter die Stelle, an der Tesche bei dem Veruche, durch einen Sprung sein Leben zu retten, vielleicht auch bei einem Absturz infolge des heftigen Knacks, zwischen Maschine und Wagen geriet und zu Tode gequetscht wurde. Ein Photograph nahm ein Bild von der Verwüstung auf.

Einen schauerlichen Eindruck machte das Unglück auf die Ohren- und Augenzeugen. Die Bewohner des Hauses Schönhauser Allee 123 wurden um 2 Uhr durch ein furchtbares Krachen aus dem Schlafe geweckt. Bestürzt eilten sie an die Fenster, die nach der Bahn hinausgehen. Im selben Augenblick wurde die Straße plötzlich taghell erleuchtet, wie man erst allmählich erkannte, durch das Kohlenfeuer der zertrümmerten Lokomotive, ein gewaltiges Fischen des austretenden Dampfes überdeckte alle andern Geräusche. Erst als der Dampf sich verzogen hatte und es wieder dunkel geworden war, hörte man die Hysterie der verunglückten Leute, die schauerlich durch die Nacht erschallen. Bald darauf sah man kleine Lichter sich herantreiben. Die getöteten Heizer und andere Arbeiter kamen mit ihren Laternen heran, um sofort sich an die Rettung der verunglückten Kameraden zu machen.

Der Lokomotivführer Tieg und der Zugführer Kummert sind so schwer verletzt, daß kaum noch Hoffnung vorhanden ist, sie am Leben zu erhalten. Beide sind verheiratet. Der dritte Verletzte ist ein Bremser Kohl. Er ist so glimpflich davongekommen, daß er keiner Krankenhaus-Behandlung bedarf sondern nach Hause gehen konnte.

Eine Kolonne der Handwerker machte sich vormittags daran, die zertrümmerten Lokomotive auseinander zu nehmen und den Koloz mit Binden zu heben und in eine andre Lage zu bringen. Der Personenverkehr konnte nachmittags wieder über beide Geleise gehen, der Güterverkehr mußte über den Schräg geleitet werden. Gestern Abend hoffte man, im Laufe der Nacht auch mit der Erneuerung der Gütergeleise fertig zu werden. Die Ursache des Unfalles wird sich mit Sicherheit wohl niemals feststellen lassen. Der Lokomotivführer hörte nur an der Unglücksstelle ein Knacken und Stöhnen auf dem Geleise und in der Maschine. Er schrie das aber der Steigung an jener Stelle zu und wollte um sie besser überwinden zu können, noch mehr Dampf geben. In diesem Augenblick war aber das Unglück schon geschehen.

### Lokales.

**Achtung, 1. Wahlkreis!** Heute abend 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins in den „Spreehallen“, Altkirch. 27. Vortrag des Herrn Dr. Max Schalte über das Socialisengesetz. Diskussion. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Freie Volkshöhe.** Die Mitglieder werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr in den Amnialhallen stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Außer einem Vortrag der Frau Dr. Zepher über Jbsen stehen wichtige Vereinsangelegenheiten auf Tagesordnung.

### Sind die Gemeindefachklassen noch überfüllt?

Es scheint nicht so. Die durchschnittliche Besetzung der Klassen geht ja seit längerer Zeit ständig zurück. Sie war z. B. am 1. Mai 1880 55,64 Kinder pro Klasse, aber am 1. Mai 1899 nur noch 30,67 und am 1. November 1899 30,34 Kinder pro Klasse. Von 1889 bis 1899 macht das pro Klasse einen Rückgang um 5 Kinder. Der Leiter unseres Gemeindefachschulwesens pflegt mit Stolz auf den in diesen Zahlen hervor tretenden Fortschritt zum Besseren hinzuweisen, sobald in der Stadtverordneten-Versammlung darüber gellagt wird, daß die Gemeindefachklassen viel zu stark besetzt sind.

Ein Rückgang um 5 Kinder pro Klasse, d. h. nur um ein Fünftel der Durchschnittsbesetzung von 1889, das ist nun eigentlich für den Zeitraum eines vollen Jahrzehnts gerade kein sehr hervorragender Fortschritt. Die Gemeindefachverwaltung darf also auf die gegenwärtigen Frequenzverhältnisse unserer Gemeindefachklassen keineswegs schon besonders stolz sein.

Sie darf das vor allem auch deshalb nicht, weil durch den andauernden Rückgang der durchschnittlichen Besetzung nichts an der Thatsache geändert wird, daß in die untersten Klassen nach wie vor bis 69 Kinder hineingesteckt werden dürfen, daß diese hohe Zahl häufig auch voll erreicht und gelegentlich — der entgegen stehenden Bestimmung zuwider — sogar noch überschritten wird. So lange nicht die Maximalzahl sehr erheblich herabgesetzt wird, so lange der Mißstand der Ueberfüllung nicht überhaupt beseitigt, sondern nur in seiner Verbreitung beschränkt wird, kann von einer wirklichen Besserung keine Rede sein.

Die oben angegebene durchschnittliche Besetzung ist im übrigen ein Durchschnitt aus allen Klassen. Berechnet man die besonderen Durchschnitte der einzelnen Klassenstufen, so ergibt sich z. B. für den 1. November 1899 als durchschnittliche Besetzung der ersten Klassen 39,95, der zweiten 45,18, der dritten 48,05, der vierten 53,82, der fünften 58,99, der sechsten 58,57 Kinder pro Klasse. In dieser Reihe präparieren sich namentlich die fünften und sechsten Klassen schon mit erheblich weniger günstigen Zahlen als nach dem allgemeinen Durchschnitt. Eine Vergleichung mit den Zahlen von 1889 zeigt überdies, daß gerade die untersten Klassen an dem Rückgang am wenigsten beteiligt sind, obwohl sie als die stärksten überfüllten am ehesten und am meisten hätten entlastet werden müssen.

Noch ungünstiger gestaltet sich das Bild, wenn man jede Klasse einzeln nimmt und aus der Magistrats-Vorlage über die Gemeindefach-Frequenz vom 1. November 1899 ihre Besetzung feststellt. Da ergibt sich, daß von 655 sechsten und 640 fünften Klassen 229 bzw. 243 Klassen mit je 50—59 Kindern und 349 bzw. 348 Klassen mit je 60—69 Kindern besetzt waren. 1 sechste und 1 fünfte Klasse waren sogar mit der bestimmungsgemäßen unzulässigen Zahl von 70 Kindern besetzt. Was nützt es den in solchen Klassen untergebrachten Kindern, daß der Frequenzrückgang anderer Klassen den Durchschnitt verringert hat? Der allgemeine Durchschnitt stellt sich, wie angegeben, gegenwärtig auf rund 30 Kinder pro Klasse, aber für die sechsten und fünften Klassen ist die Besetzung mit weniger als 50 Kindern immer noch recht selten. Etwas häufiger wird sie in den vierten Klassen, aber auch hier giebt es noch eine ganze Menge Klassen, deren Frequenz noch sehr beträchtlich über den Durchschnitt hinausgeht, ja selbst das bestimmungsgemäße Maximum, das für diese Klassenstufe auf 60 festgesetzt ist, wird in 92 (von überhaupt 726) vierten Klassen überschritten. Erträglichere Zustände finden sich erst in den dritten und zweiten und besonders in den ersten Klassen. Natürlich giebt es aber auch hier gelegentlich noch recht hohe Frequenzen und selbst Uebererschreitungen des für diese Klassenstufen auf 50 festgesetzten Maximums.

Die Frage, ob man bei unseren Gemeindefachklassen noch von Ueberfüllung sprechen kann, muß nach den angeführten Zahlen nach wie vor mit einem sehr entschiedenen Ja beantwortet werden. Will man sich dabei — wie billig — auf den Standpunkt einer vernünftigen Pädagogik stellen, so muß man beinahe alle Gemeindefachklassen überfüllt nennen. Es giebt zahlreiche Pädagogen, die 40 Kinder pro Klasse schon für zu viel halten, und nicht wenige möchten die Klassenfrequenz noch unter 30 herabgedrückt sehen. Wo bliebe da der Ruhm der Berliner Gemeindefachschule? Unter 30 ist bei uns, von den Nebenklassen für Säuglingskinder abgesehen, etwas ganz Vereinzeltes, fast nur unter besonderen Verhältnissen zugelassenes, (diese Frequenz hatten nur 1 sechste Klasse, 1 fünfte, 1 vierte, 3 dritte, 8 zweite, 29 erste), und unter 40 ist wenigstens in den unteren Klassen eine große Seltenheit.

Die städtische Schulverwaltung steht freilich erst da eine „Ueberfüllung“, wo die von ihr festgesetzte Maximalzahl überschritten wird. Von diesem Standpunkt aus hat sie dann allerdings ein Recht, die ihr gemachten Vorwürfe als „unberechtigt“ zurückzuweisen, so lange sie „nur“ 69 Kinder in eine fünfte oder sechste Klasse hineinstopft.

**Ein Aufruf zu einer Gedächtnisfeier für Giordano Bruno,** der ein Märtyrer der Wahrheit, am 17. Februar 1600 zu Rom den Holzstoß bestiegen mußte, wird jetzt von einer Reihe angesehenen Männer erlassen. Es heißt in dem Aufruf: „Eine Feier, die nicht nur der Erinnerung dient, sondern auch der Mahnung. In der ganzen Kulturwelt wird der 17. Februar würdig begangen werden, besonders natürlich in Italien, wo dem Propheten und Märtyrer bereits in Neapel und Rom Denkmäler errichtet sind. Deutschland, wo Bruno Jahre hindurch gelebt hat, vor allem Berlin darf nicht zurückbleiben, wenn es sich um eine Kundgebung des freien Geistes handelt — unter den heutigen Verhältnissen weniger denn je.“ Ueber die Einzelheiten der Berliner Feier wird noch Näheres bekannt gegeben. Unter dem Aufruf finden wir die Namen Heinrich Hart, Rechtsanwalt Victor Frankl, Wilhelm Bölsche, Dr. Max Dreher, Prof. Dr. Paul Höpfer, Julius Hart, Dr. Ludwig Jacobowitsch, John Henry Mader, Dr. Gustav Mainz, Dr. Paul Kemmer, Hofkapellmeister Richard Strauß, Professoren der Berliner Universität sind in dem Aufruf zu dieser Feier nicht vertreten.

**Die Stadtverordneten-Wahl im 44. Bezirk** soll am 14. Februar im Krushof stattfinden. Dies Lokal liegt außerhalb des Wahlbezirks und von einigen Straßen soweit entfernt, daß viele Wähler von ihrer Wohnung dahin etwa 20 Minuten zu gehen haben. Was das für Arbeiter bedeutet, die oft erst im letzten Augenblick ihre politische Pflicht wahrnehmen können, braucht hier wohl nicht näher dargelegt zu werden. Für manche Wähler kommt ein derartiges Ständ Wahlkreis-Geometrie der Aufhebung des Wahlrechts nahe. Wer trägt die Schuld an dieser arbeiterfeindlichen Anordnung und liegt ihr eine Absicht zu Grunde? So darf man wohl fragen und gleichzeitig erwarten, daß von zuständiger Seite das Versehen ausgeht, die Wähler des 44. Bezirks dort wählen zu lassen, wo es rechtens ist.

**Beleidigte Kommunalbeamte.** Wegen Beleidigung eines Armenkommissions-Vorstehers wurde ein hiesiger Einwohner vom Schöffengericht I zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Einem andern wurde von demselben Gericht wegen Beleidigung eines Mitgliedes der Vorkaufs-Kommission eine Geldstrafe von 25 M. auferlegt, die im Nichtbeitragsfalle durch 5 Tage Haft abgedrückt werden sollen.

**Mit der öffentlichen Impfung** ist es in Berlin recht mangelhaft bestellt. Auch es schon bedenklich genannt werden, daß die Mütter gezwungen sind, oft einen stundenlangen Weg nach dem Impfstoffal zurückzulegen, so steht es um die Impfung selber recht nicht zum besten. Von Ordnung kann nur in sehr bedingtem Maße die Rede sein. So werden in dem Impfstoffal in der Wilhelmstraße 117 beispielsweise den Ankommenden keine Nummern gegeben, so daß die Frauen, denen die Energie und die Lust zum Drängen fehlt, oft eine beträchtliche Zeit hinter dem rückwärtsloferen Teil der Anstehenden zurückbleiben müssen. Es ist nichts Seltenes, daß eine entkräftete Mutter mit ihrem Kinde auf dem Arm eine bis zwei Stunden stehend zu warten hat, bis an sie die Reihe kommt. Dem nur die wenigsten finden in dem engen Klassenzimmer, in das sie eingepfercht werden, auf den Schulbänken Platz; und da des Raum mangels wegen immer nur eine Person mit einem Kinde eingelassen wird, so ist eine Abwechslung im Halten des kleinen Geschöpfes ausgeschlossen. Ist die Impfung nach einer Wartezeit von abermals einer halben Stunde beendet, so wird die Mutter von einem Schuttmann in ein andres Zimmer gewiesen, wo in ähnlicher Anordnung wie vorher, die Abnahme erfolgt. Auch bedeutet ein Polizeibeamter hier den Müttern in energischem Tone, daß sie sich mit den Kleinen der Kleinen möglichst zu beeilen hätten. Manche Mutter zieht es daher vor, ihr Kind auf dem kalten zugigen Korridor in Ordnung zu bringen.

Sollte es in einer Stadt wie Berlin, wo so vieles Geld für überflüssige Dinge ausgegeben wird, nicht möglich sein, hier schlauesten Wandel zum Besseren zu schaffen?

**Erhöhung der Alterszulagen für Gemeindefachlehrer.** Die Stadtverordneten-Cassell und Genossen haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, wenn möglich, für das Etatsjahr 1900—1901, jedenfalls aber für das Etatsjahr 1901—1902 eine Erhöhung der Alterszulagen der Lehrer an Gemeindefachschulen derart zu bewirken, daß nach 17 Dienstjahren 1800 M., nach 20 Dienstjahren 1900 M., nach 23 Dienstjahren 1700 M., nach 26 Jahren 2000 M., nach 29 Jahren 2200 M., nach 31 Jahren 2400 M. gewährt werden.“

**Zu dem Vorkommnis auf dem städtischen Schlachthof,** über das wir jüngst berichteten, wurde von sachmännlicher Seite geschrieben, daß es sich hier um einen äußerst seltenen Fall handle. Dem scheint leider nicht so zu sein. Denn ein ähnlicher und ebenso schlimmer Vorgang beschäftigt schon wieder die Behörden. Der Schlachtermeister Brunzel aus Straßau schlachtete vorgestern auf dem städtischen Schlachthof mehrere Schweine. Nachdem die Fleischhau diese als vollständig gesund freigegeben hatte, schaffte er sie nach seinem Stand Nr. 338 in der Centralmarkthalle, um sie an Ladenaufkäufer weiter zu verkaufen. Am Dienstagmorgen erschienen nun bei einem Polizeiarzt auf dem städtischen Schlachthof ein Ladenaufkäufer mit Schweinefleisch, das er von Brunzel an dem bezeichneten Stande gekauft hatte, weil er glaubte, darin Tuberkelbacillen entdeckt zu haben. Die Untersuchung auf dem Polizeischlachthof ergab, daß die Befruchtung des Fleisches sofort wurden Schritte getan, um das andre Fleisch dem Verkehr zu entziehen. Da Brunzel nicht anwesend war, so ließen sich ein Polizeiarzt und der Wachtmeister der Markthallenpolizei den Stand von der Verwaltung ausschließen. Die Untersuchung zeigte, daß auch der Teil, der sich von dem Schwein noch in dem Stande befand, so stark tuberkulös war, daß man es sofort der Abdeckeri übergeben mußte. Man fand aber nur noch die Hälfte des Schweins vor, und von dieser war der Schinken auch schon verkauft, ohne daß man den Käufer kennt.

**Der Polizeipräsident v. Windheim** hat in Begleitung des Deputierten der Veterinärpolizei, Regierungsrat Kauf, des Polizeihauptmanns Müller und anderer Persönlichkeiten, wie die „Allg. P.-Ztg.“ mitteilt, unter Führung des Direktors Hausburg die Fleischschau auf dem Schlachthof einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Wie weiter gemeldet wird, will das Ministerium des Innern energische Vorkehrungen treffen, damit sich solche Mißstände in der Fleischschau nicht wiederholen, wie sie in letzter Zeit von uns geschildert worden sind, nicht wiederholten.

**Die Errichtung eines Gymnasiums vor dem Halleischen Thor** fordert der städtische Ausschuss dieses Stadtteils in seiner vorgestrigen Versammlung.

**Englische Vortragsreihe.** Die Vortragsreihe, welche bereits am 18. Januar ihren Anfang genommen haben, werden am Donnerstag, den 1. Februar fortgesetzt. Wir wollen nicht unterlassen, nochmals darauf hinzuweisen, daß heute abend drei weitere Vorträge beginnen, und zwar ebenfalls mit einem Vortrag über „Wohnungs-hygiene“. Ueber dieses Thema sprechen: Dr. Rudolf Vennhoff in der 110.—174. Gemeindefachschule, Schönhauser Allee 166a; Dr. Otto Schifan in der 189. Gemeindefachschule, Stephanstraße 24, und Dr. Paul Gerusein in der 40. Gemeindefachschule, Gneisenaustraße 7.

Zu den Vorträgen haben nicht nur die Kaffeemilch-Lieber, sondern auch deren Familienangehörigen unentgeltlich Zutritt. Eine Legitimation ist nicht erforderlich. Die Vorträge beginnen Punkt 8 1/2 Uhr. Die gute Aufnahme, welche die ersten Vorträge beim Publikum gefunden haben, läßt erwarten, daß der Besuch hierfür noch besser werde.

**Selbstmordversuch eines Berliner Desfrandanten.** Der Buchhalter Otto Koppe, der bei der hiesigen Subdirektion einer Spiegelglas-Verfärbungsgesellschaft angestellt und nach Unterschlagung von etwa 8000 M. flüchtig geworden war, hat in Reu-Mappin einen Selbstmordversuch unternommen. Er brachte sich zwei Revolverkugeln bei und liegt im Reu-Mappiner Krankenhaus hoffnungslos darnieder.

**Eine schwere Gasexplosion,** bei der drei Personen erheblich verletzt wurden, erfolgte gestern (Mittwoch) abend in der Leffingstraße 54. Als die Gasflammen der oberen Stockwerke bereits angezündet waren, machte sich im Erdgeschosse, namentlich in der Kellerwohnung des Portiers O. Schulze, ein intensiver Gasgeruch bemerkbar, der sich von Minute zu Minute verstärkte, so daß die Hausbewohner in großer Angst schwebten und sämtliche Lichter auslöschten. Die Gasanstalt wurde benachrichtigt, die sofort einen technischen Beamten und einen Arbeiter entsandte. Diese sorgten zunächst für Abstellung des Hauptabgases und ermittelten dann, daß ein starkes Leitungszweck unter der Portierwohnung besetzt geworden war. Vorher waren schon sämtliche Fenster und Thüren dieser Wohnung längere Zeit geöffnet gewesen, aber dann teilweise wieder geschlossen worden. Der Gasbeamte mochte nun wohl annehmen, daß das ausgebrochene Gas sich bereits verflüchtigt habe, denn er gestattete der Frau Schulz, mit der krummen Lampe die defekte Stelle abzuleuchten. Ehe es aber dazu kam, erfolgte eine gewaltige Detonation, die Thüren und Fenster zertrümmerte und auf weite Entfernung hin verpörrt wurde. Gleichzeitig schlug eine Stichflamme auf, die den Gasbeamten, sowie Frau Schulz mit ihrer ebenfalls anwesenden 17-jährigen Tochter erfasste, so daß diese laut um Hilfe rufend nach dem Hofe stürzten. Alle drei wiesen im Gesicht und an den Händen starke Brandwunden auf, die auf der nächsten Unfallstation stark beschädigt und die Marmorbestattung am Treppenaufgange abgerissen. Die alarmierte Feuerwehr fand den entstandenen Brand schon gelöscht, brannte aber doch längere Zeit zum Aufräumen.

**„Von den Alpen zum Vesuv“** ist der Titel des neuen Ausstattungs-vortrages, der am Mittwochmittag in der Ueana einer geladenen Gesellschaft vorgeführt wurde. In wirkungsvollen Bildern geht es vom Brenner zum Gardasee, von da nach Venedig und hierauf Rom entgegen, das in moderner und in den besten antiker Pracht vor uns aufsteigt. Nachdem wir Livoli und den Wasserfall der Ania gesehen, beschäftigte sich der zweite Teil des Vortrages mit Neapel, Pompeji, Capri, Sorrent und Amalfi, um auf dem Gipfel des Vesuv Halt zu machen. Aus der Fülle der Bilder ragen namentlich hervor die venezianische Mondscheinlandschaft, der Wasserfall der Ania, die blaue Grotte und die prächtige Wandeldekoration, die uns den Golf von Neapel von der Höhe des Vesuv aus zeigt.

Was den geistigen Gehalt des Vortrages betrifft, so schien er uns nicht so auf der Höhe zu stehen, wie man es von der Arbeit eines Gelehrten, wie Herrn Dr. E. Schwahn, erwarten sollte. Es ist ja gewiß ein hartes Stück, dem unbefangenen Zuhörer in der kurzen Zeit von anderthalb Stunden nicht allein die landschaftliche Herrlichkeit der italienischen Landschaft, sondern auch, so gut es in diesem knappen Rahmen zulässig, die kulturhistorische Bedeutung des für die Menschheit einzigen Landes zu erschließen. Aber wir meinen, daß es kein Unglück gewesen wäre, wenn der Vortrag sich ein klein wenig mehr als gefaselt vom Stil des Gartenlaubens-Kunstlebens entfernt, über das angenehme Geplauder des Normalreisenden erhoben hätte. Man sollte auch mit der Wandeldekoration als Hintergrund einen Hinweis auf den Kulturstand eines Volkes nicht verschmähen. Gewiß ist der Vortrag auch in der gestern gehaltenen Form aller Achtung wert, aber so leicht und so leicht, wie sich Italia darin giebt, dürfte sie dem modernen Menschen nach allen, was er von ihrer Gegenwart weiß, kaum erscheinen.

**Die volkstümlichen Hochschulkurse**, auf die wir mehrfach hinweisen konnten, haben in der Bevölkerung Berlins vollste Anerkennung gefunden, die sie verdienen. Alle Kurse sind bis auf den letzten Platz von einer aufmerksamen Zuhörerschaft besetzt, und die Lehrer verstehen, soweit unsere Erfahrung reicht, ihrem Publikum auch die schwierigeren Gegenstände in wohlüberdachtem Vortrage verständlich zu machen. Dienstagabend wohnten wir im Kunstgewerbe-Museum dem ersten von Prof. Dr. Graf über griechische Bildhauerkunst gehaltenen Vortrag bei. Herr Graf behandelte die Anfänge dieser Kunst, soweit Spuren aus der Zeit vom achten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung an von ihr Zeugnis ablegen, und wußte in besonders glücklicher Darstellung von der schrittweisen Entwicklung der griechischen Künstlergenerationen ein Bild zu geben. Angenehm war die Erklärung der unbefangenen Freude an Modellen, welche die Griechen über frühere und spätere Völker emporhob, überzeugend und lichtvoll. Es verdient bemerkt zu werden, daß sowohl zu diesem, wie auch zu anderen Kursen die Frauen ein besonderes zahlreiches Kontingent stellen.

Vielleicht findet an dieser Stelle ein Hinweis Beachtung. Von Quartal zu Quartal haben die Hochschulkurse an Vielseitigkeit gewonnen; und besonders behandelt die für diesen Winter angelegten Vorträge die mannigfachen Wissensgebiete. Und dennoch sehen wir im Vergleich zu der ersten Serie vom Herbst 1898 eine Lücke. Das rein volkswirtschaftliche Gebiet, das damals besonders in dem von Herrn Professor Schmoller über Handelsgeographie gehaltenen Vorträgen wirksam behandelt wurde, liegt nach dem letzten Anlauf unberührt da. Unter allen späteren Kursen findet sich kein einziger, der sich über socialpolitische und geschichtliche Gegenstände verbreitet. Welche Ursache lag vor, fortan gerade dies Gebiet zu meiden?

**Feuerbericht.** Mittwochnachmittag gingen Prenzlauer Allee 202 Lumpen in Flammen auf. Gertraudenstraße Nr. 18/19 war durch Unvorsichtigkeit ein kleiner Wohnungsbrand entstanden, bei dessen Abkämpfung sich die Wohnungsinhaberin Brandwunden an den Händen zuzog. Vormittags mußte Kolbitzener Damm 43 in einem Kaminfenster ein Schindelfeuer abgelöscht werden, das Regale und Wachen zerstörte. Weidenweg 29 erfolgte in der Wohnung des Kadettens Pojer ein Zimmerbrand, der anscheinend auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Dienstagabend wurde die Behr nach Lützowstraße 73 gerufen, wo ein kleiner Zimmerbrand zu beseitigen war. Dasselbe war Schiffbauerdamm 15 der Fall. Ein Alarm nach Spenerstraße 6 war dadurch veranlaßt, daß dort auf einem Bodenlager liegende Utensilien sich entzündet hatten. Kommandantenstraße 49 mußte ein Brand beseitigt werden, der Gardinen und Möbel beschädigte. Außerdem erfolgte noch ein Ausbruch nach Reichensbergerstraße 130. Hier hatten Lumpen und Gerümpel in einem Keller feuer gefangen, das infolge starker Verqualmung nur schwer abgelöscht werden konnte.

**Aus den Nachbarorten.**

**Brit.** Im Volks-Bildungsverein (bei Dorn) spricht Genosse Stramm am Freitagabend 8 1/2 Uhr über „Russische Denkwürdigkeiten“.

**Zu Adlershof** läßt das Mandat des Gemeindeverwalters Genossen Wadepuhl am 1. April ab. Da die Wählerliste bis zum 30. Januar ausliegt, muß bis zu diesem Tage jeder Parteigenosse die Liste nachgesehen und seinen etwa notwendig gewordenen Einspruch erhoben haben. Wer seine Zeit hat, die Liste nachzusehen, wolle sich bei Stemmwedel, Bismarckstr. 53; Wadepuhl, Genossenschaftsstr. 20; Tempel, Kronprinzstr. 6; oder bei Hildebrandt, Feldbergstr. 10, unter Abgabe der Steuerkarte oder des Mietskontrahats melden.

Am den am 29. ds. Mis. stattfindenden Ergänzungswahlen für den Gemeinderat, deren Mitglieder von 9 auf 12 erhöht werden, wird sich die Partei nicht beteiligen, da ein Hausbesitzer gewählt werden muß und ein solcher innerhalb des Kreises der Parteigenossen nicht vorhanden ist.

**Zu Dalldorf** liegen die Wählerlisten zur Gemeindewahl bis zum 30. Januar aus. Wer keine Zeit hat, selber auf das Gemeindebureau zu gehen, wolle sich bei Steinforth, Rosenthalerstraße 4 und bei Clausius, Oranienburgerstr. 16 im Laden.

**Die Steuerjahre der Stadtgemeinde Schöneberg** werden im Etatsjahre 1900/1901 auf derselben Höhe erhalten bleiben, wie im letzten Jahre. Die Gemeinde-Einkommensteuer wird 100 Proz. der Staats-Einkommensteuer betragen.

**Die Arbeiter-Krankenversicherung in Charlottenburg.** Die Mitgliederzahl sämtlicher Arbeiter-Krankenkassen, soweit sie den Anforderungen des Krankenversicherungsgesetzes genügen, einschließlich der eingeschriebenen Hilfsklassen, welche im Jahre 1896 bei den Arbeitern zwischen 13 250 (im Januar) und 15 896 (im Juli) schwankte, belief sich im folgenden Jahre im Minimum auf 13 432 (Februar), im Maximum auf 17 000 (November), im Jahre 1898 im Minimum auf 15 264 (Januar), im Maximum auf 18 848 (Juli). Bei den Arbeiterinnen schwankte die Zahl im Jahre 1896 zwischen 2314 (Januar) und 2698 (Oktober), 1897 zwischen 2308 (Februar) und 3002 (November), 1898 zwischen 2892 (Januar) und 3324 (Dezember). Rechnet man die monatlichen Mitgliederzahlen als Prozent des jedesmaligen Jahresdurchschnitts, so zeigt sich deutlich, wie die Mitgliederzahl, und da diese wesentlich von der Beschäftigung der Arbeiter abhängt, wie die Erwerbslosigkeit im Laufe der Jahre schwankt. Januar, Februar, zum Teil auch noch März, stellen für beide Geschlechter am ungünstigsten, während Juli und August, zum Teil auch noch Oktober beim männlichen Geschlecht, dagegen November und zum Teil noch Oktober und Dezember beim weiblichen Geschlecht am günstigsten stehen.

Was die Mitgliederzahl betrifft, so wiesen Ende Dezember 1898 die beiden Orts-Krankenkassen 11 766 männliche und 3004 weibliche, im Jahresdurchschnitt 11 876 männliche und 2921 weibliche Mitglieder auf. Die zwölf Betriebs-Fabrik-Kassen zählten 3111 männliche und 181 weibliche, im Durchschnitt 3396 männliche und 185 weibliche Mitglieder, die beiden Zimmungs-Krankenkassen der Bäcker und Waler zusammen 238 männliche und 14 weibliche, im Durchschnitt 274 männliche und 12 weibliche Mitglieder, die eingeschriebenen Hilfsklassen 1774 männliche und 41 weibliche, im Durchschnitt 1762 männliche und 40 weibliche Mitglieder. Alle Klassen zusammen zählten Ende Dezember 1898 16 889 männliche und 3188 weibliche, im Durchschnitt des Jahres 17 908 männliche und 3158 weibliche Mitglieder.

An Krankheitsfällen entfielen bei allen Klassen zusammen auf das männliche Geschlecht 151 659, auf das weibliche 35 670, an Sterbefällen 144 bezw. 14. Von je 100 männlichen Mitgliedern erkrankten 44,3, von je 100 weiblichen 47,2. Auf je 1 männliches Mitglied kamen 8,8 Krankheitsstage, auf je 1 weibliches 11,3. Auf je eine Erkrankung kommen beim männlichen Geschlecht 10,8, beim weiblichen 23,9 Krankheitsstage.

Die Einnahmen betrugen im Jahre 1898 bei den Orts-Krankenkassen 389 090,05 M., bei den Betriebs- und Krankenkassen 111 176,40 M., bei den Zimmungs-Kassen 4979,11 M. und bei den eingeschriebenen Hilfsklassen 54 979,45 M., insgesamt 560 225,01 M. Die Ausgaben beliefen sich bei den einzelnen Krankengruppen auf 386 890,31 bezw. 105 838,52 bezw. 4391,92 bezw. 48 350,98 M., insgesamt auf 545 471,73 M. Die Klassen erzielten einen Gesamtüberschuß von 312 146,81 M.

Außer den dem Kranken-Versicherungsgesetz entsprechenden Kosten befanden sich Ende 1898 noch 5 freie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften genehmigte Hilfsklassen in Charlottenburg mit insgesamt 1585 Mitgliedern. Ferner hatten noch 25 Verwaltungsstellen auswärtiger Krankenkassen ihren Sitz in Charlottenburg.

**Ueber die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder** hat jetzt auch der Polizeidirektor von Charlottenburg eine Verordnung erlassen. Diese stimmt mit den in Berlin und andern Vororten erlassenen Bestimmungen überein.

**Der Arbeiter Höberle**, der in Potsdam wegen Doppelmordes im Untersuchungsgefängnis sitzt, hat jetzt auch eingestanden, daß er sein Kind selber erdrosselt hat. Höberle hatte er immer nur zu gefunden, daß er seine Frau erwürgt hätte, weil diese das Kind umgebracht hätte.

**Gerichts-Beilage.**

**Bildung und Umsturz.** Eine Ausschreitung zweier Akademiker, des stud. jur. Rog Trantow und des stud. med. Fiedler, beschäftigte gestern die letzte Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz. Trantow war vom Schöffengericht zu 100 M. wegen Mißhandlung, Fiedler wegen großen Unfugs zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden, wobei folgender Thatbestand als erwiesen angenommen worden war: Als der Buchdrucker Niskan in der Nacht zum 20. April v. J. gegen 4 Uhr von der Nacharbeit kam und auf dem Wege zu seiner Wohnung das Kastanienwäldchen passierte, bemerkte er zwei Herren, die Kies vom Erdboden aufhoben und damit nach den elektrischen Bogenlampen warfen. Niskan war soeben an einem Schuhmann vorbeigegangen, er schrie zurück und teilte ihm seine Wahrnehmungen mit. Der Beamte überzeugte sich, daß einer der „Herren“ das Wesen fortsetzte, er ging an ihn heran und ließ sich dessen Studentenkarte zeigen, die auf den Namen des Angeklagten Fiedler lautete. Die Persönlichkeit des Buchdruckers Niskan wurde ebenfalls festgestellt und damit war diese Angelegenheit erledigt. Niskan ging seines Weges über die Friedrichsbrücke weiter, der Beamte sah, daß die beiden Studenten ihm folgten. Am folgenden Tage erstattete Niskan Anzeige, daß er das Opfer eines Ueberfalls geworden sei. Die beiden Studenten hätten ihn in feiger Weise überfallen und mißhandelt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurden diese Angaben bestätigt.

In der Urteilsbegründung hieß es: „Mit Rücksicht auf die umstürzlerischen Bestrebungen, deren Anhänger es sich angelegen sein lassen, derartige Ausschreitungen von Gebildeten zum Ziele ihrer Angriffe zu machen, mußten die Angeklagten bestrebt sein, ihr Benehmen streng innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu halten und sich vor Ausschreitungen zu hüten“.

Am gestrigen Termin erhoben die Angeklagten den Einwand, daß sie noch eine Weile hatten trinken wollen und nicht nach den Bogenlampen, sondern nach dem Laternenständer gewesen hätten. Der am wenigsten Treffsichere sollte die Weise bezahlen. Durch diesen Einwand wurde erwiesen, daß auch Trantow sich an dem großen Unfug beteiligt hatte. Der Gerichtshof hob bei der Urteilsverlesung hervor, daß die Angeklagten gar keine Veranlassung gehabt hätten, gegen das erste Urteil Berufung einzulegen; ihr Einspruch sei zu verwerfen.

Wären wir eitel, so könnten wir es uns zur Ehre anrechnen, daß der „Umsturz“ als eine Kraft betrachtet wird, deren moralische Wirkung stark genug sein sollte, um auch akademische Müepel im Jamn zu halten.

**Der Arawalkprozeß in Augsburg.** Aus Augsburg wird uns über die Schwurgerichts-Verhandlung, auf die wir gestern bereits hinwiesen, berichtet: Das Verhör der Angeklagten nimmt fast den ganzen Tag in Anspruch. Der Angeklagte Mehringer, Vorsitzender der Zahlstelle Augsburg des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, gibt u. a. an: Der Zweck meines Verbands ist, die Lage der Arbeiter im Baugewerbe, insbesondere die Lohnverhältnisse zu verbessern. Im Herbst 1898 war zum erstenmal vom Streik die Rede. Es ist aber davon abgeraten worden, weil die Organisation noch nicht so festem Fuß gefaßt hatte. Im April 1899 ist der Streik mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden. Es wurde nur versucht, mit den Arbeitgebern ein Benehmen zu treffen, die Verhandlungen sind aber gescheitert. Von den 27 Baumeistern, welche die Forderungen unterzeichnet haben, in Wirklichkeit nur drei oder vier bewilligt. Es sollten dadurch alle Arbeiter um 3 Pfg. aufgebessert werden. So haben es auch die Arbeitgeber verstanden. Es lag kein Mißverständnis, sondern eine Täuschung vor. Die Unternehmer haben ihr Versprechen nicht gehalten, sondern sich eines Wortbruchs schuldig gemacht. Die Meister haben nur freunde Arbeiter, darunter auch Italiener, zu gewinnen gesucht und zu diesem Zwecke den Leuten auswärts fälschlicherweise vorgespiegelt, daß der Streik bereits beigelegt sei. Am Sonntag, den 15. Juli 1899, wo die Italiener hier ankamen, standen wir Streikposten auf dem Bahnhof. Es waren mehrere Baumeister, Postere und Schuppenleute anwesend, um die Italiener zu empfangen und zu eskortieren. Sie sind nach dem Schlag- und Reichhof geführt worden. Wir sind ihnen nachgegangen, um zu sehen, wo sie hinkommen. Am Montag, den 17. Juli, hörten wir, daß die Italiener nach der Seidenfabrik überführt worden sind. Wir suchten aber nicht, daß die Italiener in der Fabrik auch beherbergt wurden. Unsere Streikposten sind deshalb hinausgegangen, um mit ihnen in Verbindung zu treten und durch gütliches Zureden auf sie einzuwirken.

Von den übrigen Angeklagten stellen die meisten jede aktive Beteiligung an den Arawalken entschieden in Abrede. Mehrere behaupten, daß sie von den Schuppenleuten mißhandelt worden sind.

Vor Eintritt in die Zeugenernehmung stellte Rechtsanwalt Dr. Bernheim den Antrag, es möge an Ort und Stelle ein persönlicher Augenschein durch den Gerichtshof und die Geschworenen vorgenommen werden. Die Mitverteidiger schließen sich diesem Antrage an und verzichteten auf die Zuziehung der Angeklagten.

Zustizrat Herzfelder beantragt, die drei Sanitätsleute, welche auf der Wache im Förstnerhäuschen der Seidenfabrik stationiert waren, als Zeugen zu laden.

Der Staatsanwalt bekämpft diesen Antrag, da die Vorgänge im Bahnhof in keinem Zusammenhange mit der Anklage sache stehen.

Rechtsanwalt Dr. Bernheim: Ich schließe mich dem Antrage an. Es werden hauptsächlich Schuppenleute als Belastungszeugen erscheinen. Sämtliche Schuppenleute haben vor dem Landgericht auf Eid gelungnet, daß sie sich einer Mißhandlung schuldig gemacht haben. Wenn nun durch einwandfreie Zeugen bestätigt wird, daß tatsächlich solche Mißhandlungen vorgekommen sind, so ist das für die Verteidigung von wesentlichem Wert.

Rechtsanwalt Bernheim: Auch ich schließe mich dem Antrage an. Was die Schuppenleute während der Aufrührertage gegen die Vorschriften gethan haben, ist menschlich ganz genügt begreiflich und entschuldbar, aber während der Aufrührertage sind seitens der Schuppenmannschaft Exzesse der schwersten Art, Mißhandlungen der größten Art, Uebergriffenungen der Dienstvorschriften der geblühlichsten Art vorgekommen. Das ist für die Verteidigung erheblich. Das ist wesentlich für die Beurteilung der Angeklagten.

**Zum Gattenmord-Prozeß in Liegnitz** erhalten wir von dort folgendes Telegramm: Richtschöffeninspektor Markwig, welcher vergangene Woche vom hiesigen Schwurgericht wegen Gattenmordverurtheilt, verurteilt gegen Mittergutsbesitzer Berndt, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hat gegen dies Urteil Revision eingelegt.

**Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle** zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann — Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus — ist geöffnet: wochentags von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 3—6 Uhr.

**Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher** (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 25. d. M., abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Versammlung. Gaste willkommen.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie.** Die Januar-Übungsstunde kann Umhänge halber erst morgen, Freitag, abends 9 Uhr, in der Dresdenstraße 45 stattfinden.

**Vermishtes.**

**Der Rhein** ist in seinem mittleren Lauf in fortwährendem Steigen begriffen, während im Oberrhein ein Fallen des Wassers gemeldet wird. Die Uferwege der Weste bei Warmen sind auf weite Strecken überschwemmt. Der Strom führt Stämme, Sträncher u. mit sich. Auch der Keiser ist plötzlich über 2 Meter gestiegen. Das ganze Reichthal ist übersüht. Ganze Fabriken wurden niedergedrückt.

**Durch niedergehendes Gestein** wurden, wie man uns Leimbach i. Th. berichtet, in den Freiesleben-Schächten (Thüringen) im Mansfeldischen Gebirgsstreife fünf Bergleute überrascht. Vier kamen mit geringfügigen Verletzungen davon,

während der fünfte, der Bergmann Anort, unter den Gesteinstrümmern begraben wurde und nur als Leiche hervorgeholt werden konnte.

**In München-Glabach** ist die Weberei L. Rosenthal gänzlich ausgebrannt. Der Schaden ist beträchtlich. — In Mannheim brannte die Malzmühle Hoffstätter u. Co. nieder. Der Schaden wird auf 100 000 M. angeschlagen. — Ferner sind das Schiffsmaschinenhaus und die Schloßerei der Schiffswerft Henry Koch in Lübeck infolge Kurzschlusses durch Großfeuer teilweise zerstört worden. Es ist ein erheblicher Materialschaden entstanden. Die Betriebstätigkeit ist umso empfindlicher, als die Werft mit Aufträgen überhäuft ist.

**In Königsberg i. Pr.** ist gestern der linke Flügel des städtischen Rathhauses ausgebrannt. In dem Barenlager des Fürst v. Bodenstein, das sich dort befand, ist ein 17jähriger Lehrling verbrannt.

**Ueberfall durch einen Soldaten.** In Gnesen wurde eine junge Frau von einem Soldaten des dortigen Infanterie-Regiments angefallen. Der Soldat packte sie am Genick und warf sie der Länge nach zu Boden. Auf ihr Geschrei kam der Ehemann schnell genug hinzu, warf sich auf den Uebelthäter und hielt ihn fest. Als letzterer sah, daß er nicht entkommen konnte, geberdete er sich wie ein Rasender. Die junge Frau ist erkrankt, und da sie sich in geeigneten Umständen befindet, ist noch keineswegs abzusehen, welche Folgen diese Nothzeit haben kann.

**Tölmord eines Bankdirektors.** Wie man aus Lemberg meldet, hat sich der Direktor der „Galizischen Vorschubbank“ Franz Kuczynski in Reszow wegen mißlicher Vermögensverhältnisse erschossen. Das Revisionskomitee der Bank erklärt, daß die Bücher in Ordnung seien.

**Gegen die Urwüchsigkeit des bayerischen Landvolkes** zieht man jetzt mit Wirbachtlicher Sittenstrenge zu Felde. Vor dem Schöffengericht zu Dachau in Oberbayern hatten sich vor einigen Tagen drei Mägdelein zu verantworten, die bei einem Bauern zu Indersdorf im Dienste stehen und beschuldigt sind, gegenwärtig der Ernte-Arbeiten auf dem Felde einen 19 Jahre alten Dienstknecht mit Anwendung von Gewalt eines Kleiderstücks entledigt zu haben, das zwar im klassischen Altertum als barbarisch verworfen wurde, unter der christlichen Kultur untes rauhen Nordens jedoch von unansprechlicher Notwendigkeit erscheint. Außerdem sollen die Mägdelein den Hut des Knechts mit einer sehr „muffigen“ Flüssigkeit gefüllt haben. Die Beklagten wurden beschuldigt, dadurch öffentliches Vergerais erregt zu haben. Der Thatbestand wurde durch Zeugen festgestellt, worunter einer die Strafthat als einen landesüblichen Scherz hinstellte. Auch der Verteidiger der Angeklagten bezweifelte die Vorkommnisse als böse, auf dem Lande aber übliche „Scherze“, die dort so tragisch nicht genommen und als sittliches Vergerais nicht empfunden werden. Die Angeklagten sind in der Hauptsache geständig. Das Gericht sah die Sache sehr ernst auf und verurteilte das eine Mädchen wegen Sachbeschädigung mit Rücksicht auf die dabei zu Tage getretene besondere Nothzeit zu acht Tagen Gefängnis, verwies jedoch im übrigen die Angeklagten wegen Nothigung und Sittlichkeitsvergehens an das Landgericht München II.

**Ein 15-jähriger Vatermörder.** In der Gemeinde Saint-Georges-d'Orca bei Montpellier erhob, wie aus Paris berichtet wird, der 15-jährige, als gefährlicher Raufbold beschriebene Georges Picapont seinen 48-jährigen Vater, weil dieser ihm eine berechnigte Miße hatte zu teil werden lassen.

**In Italien** nimmt die Influenza einen gefährlichen Umfang an. Turin hatte Dienstag 52 Tote durch diese Krankheit. Die mittlere Sterbeziffer beträgt 20. In Livorno wurden 12 000 Influenzafälle seit 14 Tagen konstatiert. Auch in Rom wüthet die Influenza stark.

**Marktpreise von Berlin am 23. Januar 1900**  
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Z. Nr.		14.90		13.90		Schweinefleisch 1 kg		1.90		1.10	
*Fleisch	14.20	13.50	Rindfleisch	1.80	1.10						
*Küchlein	13.80	13.00	Hammelfleisch	1.60	1.10						
*Butter	15.00	14.20	Butter	2.60	2.00						
*Käse	14.10	13.40	Ger 80 Stck	6.00	3.00						
*Korn	13.30	12.60	Korn	1.60	1.40						
*Rindfleisch	4.32	4.16	Korn	2.30	1.00						
*Schaf	7.20	6.00	Gerste	1.80	1.00						
*Schaf	10.00	9.00	Gerste	1.60	0.80						
*Schaf	45.00	40.00	Gerste	2.80	1.40						
*Schaf	70.00	60.00	Gerste	1.40	0.80						
*Schaf	7.00	6.00	Gerste	1.40	0.80						
*Schaf	1.00	1.20	Gerste	12.00	3.00						
*Schaf	1.20	1.00	Gerste	per Schock	12.00	3.00					

\* Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftscommission — Rotteungstelle — und umgerechnet vom Folgerpräsidium für den Doppelcentner. † Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt** vom 24. Januar. Aus Frankreich, wo die Getreidepreise in den letzten Tagen um 1/2 Pfennig gestiegen sind, hatte man heute schwächere Notierungen erwartet, doch blieben die Preise fest und gewannen noch eine Kleinigkeit. Auch Auesia war nach schwächerem Beginn gut erhold. Das Geschäft war auf Deckungen und Realitäten etwas belebter, besonders in Weizen, welcher am Freitag bis 0,75 M. anzog, während Roggen unter dem Druck drohenden Inlandsangebots fest und nur behauptet war. Mittags ging auch Weizen infolge matter Notierungen in Ostreich Ungarn im Preis zurück und schloß 0,25 M. über gestern. Oster lag still, sah unverändert. Rohöl am mittigen Paris 0,20 M. weichen.

Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter über loco mit 47.— (+ 0,13) gehandelt.

**Städtischer Schlachtviehmarkt.** Berlin, 24. Januar 1900. Amlicher Bericht der Direction. Zum Verkauf standen: 300 Rinder, 1992 Kalber, 303 Schafe, 9538 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Metz (beziehungsweise für 1 Pfund in Ft.): für Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00.—00, b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00.—60; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00.—00; d) gering genährte leben Alters 00.—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00.—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00.—00; c) gering genährte 47.—50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte Färsen höchsten Schlachtwertes 00.—00; b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00.—00; c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut ausgewählte jüngere Kühe und Färsen 00.—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 46.—49; e) gering genährte Kühe und Färsen 43.—45. — Kalber: a) fetter Kalber (Schlammkalber) und beste Sontkalber 70.—76, b) mittlere Fleischfärsen und gute Sontkalber 62.—66, c) geringe Sontkalber 50.—56, d) ältere, gering genährte (Fleischer) 40.—43. — Schafe: a) Rahmschaf und jüngere Rahmschaf 60.—63, b) ältere Rahmschaf 55.—58, c) mäßig genährte Schaf und Schafe (Merzschaf) 47.—52, d) Schafweide (Merzschaf) (Schafweide) 00.—00. — Schweine: a) vollfleischige, der fetteren Rassen und deren Zuchtungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 47, b) mäßig 00.—00, c) fleischige 44.—46, d) gering entwidelt 41.—43, e) Sauen 42.—43.

**Berlin und Tendenz.** Vom Rinderaustritt blieb ungefähr die Hälfte unverkauft. Der Kalberhandel gestaltete sich langsam; es wird kaum auverkauft. Die Schafe wurden bis auf 35 Stück verkauft. Der Schweinemarkt verlief schwebend. Um 1 Uhr wurde wegen Ausbruch von Klauenleude die Schweineauktion verboten.

**Witterungsüberblick vom 24. Januar 1900, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Höhe über Meer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwettendorf	758 M.	SW	4 wolkig	3	7.4	Paris	734 M.	SW	2 bedekt	10	10
Berlin	780 M.	SW	3 bedekt	7	7.5	Berlin	780 M.	SW	5 gld. bed.	7	7
Potsdam	764 M.	SW	3 bedekt	7	7.5	Berlin	780 M.	SW	5 wolkig	7	7
München	766 M.	SW	3 bedekt	7	7.5	Berlin	780 M.	SW	2 wolkig	7	7
Wien	764 M.	SW	4 bedekt	7	7.5	Berlin	780 M.	SW	2 wolkig	7	7

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Januar 1900.** Jemlich trübe und regnerisch mit mäßigen bis frischen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau